blätter des iz3w

nr. 31 januar 74

Herausgeber: Informationszentrum Dritte Welt
D-78 Freiburg, Postfach 5328, Tel o761/711o1

Zusammengestellt und herausgegeben von: P. Arnold, P. Arntz, F. Bammel, S. Bartels, R. Beckert, I. Berghanner, G. Cremer, E.-H. Flammer, J. Geue, F. Hemmerich, B. Merk, H. Pöttker, P. Riedesser, J. Rösel, A. Sommerfeld, B. Stein, M. Weicker, W. Witzel. Konten: Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148 239-755; Schweiz: Postscheckkonto Basel Nr. 4o-35899 (G. Stingl). Jahresabonnement bei 10 Nummern DM 18,- Einzelpreis DM 1,9o.

4. Jahrgang

Neujahrsgruss

Im Jahre 1974 werden mehrere Millionen Menschen an Hunger sterben und es werden Bücher darüber geschrieben werden. Eminente Wissenschaftler werden den Nobelpreis erhalten. Die Zahl der Arbeitsunfälle wird steigen, ebenso die Profite der Industrie. Eine neue Mode wird die Röcke wieder knielang gestalten, das Frühwerk Friedrich Schillers entdecken und Kinderwagen der 50iger Jahre werden auf Kunstauktionen hoch gehandelt. Ein schonungsloser Bestseller wird die Verworfenheit der kapitalistischen Klasse zu kapitalistischen Preisen in einem kapitalistischen Verlag anprangern. Bundeskanzler Willy Brandt, Papst Paul VI., UNO-Chef Waldheim und KPDSU-Chef Breshnew werden sich kritische Stimmen und politische Aufgeschlossenheit wünschen und um Augenmaß und Mäßigung bitten. Die Entwicklungshilfe und die Arbeitslosigkeit in der Dritten Welt werden zunehmen. China wird die UDSSR einen Papiertiger, die UDSSR China einen blutbefleckten Kollaborateur nennen. In Washington werden Experten auf Tonbänern Summtöne, politische Kolumnisten in Nixons Gesicht Verfallserscheinungen entdecken.

Die photographische Sonnenbeobachtung aus dem Weltraum geht einem Höhepunkt entgegen; desgleichen die Waffenexporte in die Dritte Welt; desgleichen die Fluchtgelder in die industrielle. Die Neuordnung des Währungssystems schreitet unaufhaltsam und unwi derstehlich seiner Vollendung zu, wiewohl von einer Währungskrise unterbrochen.

Das Bundeskartellamt wird Anzeichen wettbewerbsschädigenden Verhaltens bei den Mineralölkonzernen entdecken, die CDU Anzeichen der Regierungsunfähigkeit bei der SPD, Wolff von und zu Ameronggen Tendenzen zur Loslösung von der Marktwirtschaft. Germanisten werden eine Konferenz über "das Individuum als prototypische Gestaltung des frühmittelalterlichen Minnelieds"



gestalten, in Würzburg wird es zu einer heftigen Auseinandersetzung über die "Aussagefähigkeit des Neuen Testaments in unserer Zeit" kommen, es werden Leserbriefe geschrieben werden.

Das iz3w wird erscheinen (monatlich) und manche Leser werden ihre Abonnements nicht bezahlen.
Kurzum: Wir erwarten von dem neuen Jahr nichts Neues. Trotzdem:

Prosit.
DIE REDAKTION

Peru

Das peruanische Militärregime unter Präsident Velasco, 1968 durch einen unblutigen Putsch an die Macht gekommen, konnte sich bis zum vergangenen Jahr im Ausland eines größeren Ansehens erfreuen als faschistische Diktaturen des Kontinents. Reformen im Agrarsektor und Enteignungen einiger amerikanischer Konzerne ließen die Militärregierung als reformerisch erscheinen. Über die tatsächlichen Verhältnisse, z.B. die politische Repression, die gerade im vergangenen Jahr erheblich angewachsen ist, drangen wenig Informationen über die Presse ins Ausland. Zu den jüngsten Hetzkampagnen gegen fortschrittliche Lehrer und Journalisten zählt auch die Beschlagnahmung der Nummer 4 der sozialkritischen Zeitschrift "Sociedad y Política" durch das Militär. Der Herausgeber Anibal Quijane wurde des Landes verwiesen.

Der Beitrag von Quijano zu diesem Heft "La coyuntura política y las tareas de la clase obrera" konnte für die vorliegende Nummer der "blätter des iz3w" nicht rechtzeitig übersetzt werden und wird daher erst in Nr. 32 erscheinen.

Um die konkreten Bestrebungen der Militärjunta, Informationen durch Gewaltmaßnahmen zu unterdrücken, wenigstens ansatzweise zu unterlaufen, hat eine Berliner Gruppe das beschlagnahmte Exemplar vollständig reproduziert und stellt es allen Interessierten zur Verfügung.

Die Revista enthält u.a. folgende Beiträge:

- Concentracion del ingreso y Autoritarismo político en el Perú (Julio Cotler)
- El papel de los generales (Alain Joxe)
- La coyuntura política y las tareas de la clase obrera (Anibal Quijano)

Bestellungen können gerichtet werden an:

AG Perú
c/o M. Kipura
1 Berlin 65
Utrechterstr. 8

Bei Einzelbestellungen beträgt der Preis DM 3,--. Bei Kollektivbestellung von mehr als 10 Exemplaren: DM 1,50 pro Exemplar und Portokosten.

Einzahlungen bitte auf folgendes Konto: Berliner Commerzbank, Konto-Nr. 601 869 100, Martha Kipura, "Perú".

CHRONIK DER ARMEN WELT:

Anfang Dezember bis Mitte Januar

AFRIKA

Afrika allgemein

12.12.1973
In Dakar wird der Vertrag über die Erneuerung der westafrikanischen Währungsunion - Union monétaire ouest-africaine (UMOA) - unterzeichnet. Neben Frankreich gehören jetzt der UMOA die Länder Senegal, Elfenbeinküste, Dahomey, Obervolta, Niger und Togo an. Dem neuen Vertrag nach wird Frankreich zukünftig nur noch ein Siebentel der Räte in der Zentralbank der UMOA stellen (bisher ein Drittel). (NZZ)

Äthiopien

30.1.1974
Einem Bericht der Washington Post nach soll die VR-China Äthiopien die Lieferung von Schußwaffen, Panzerfahrzeugen und Flugzeugen angeboten haben. Dies geschehe in der Absicht, in Ostafrika ein Gleichgewicht zu den Waffenlieferungen der Sowjetunion an Somalia herzustellen. Gegenwärtig sei Äthiopien dabei, das chinesische Waffenangebot zu überprüfen. (Reuter)

Lesotho

In dem mehr oder weniger vollständig von der Südafrikanischen Republik abhängigen Königreich Lesotho hat es einen gegen die Regierung unter Leabua Jonthan gerichteten Umsturzversuch gegeben, der jedoch von Polizeieinheiten des Regimes vereitelt wurde. Nach Angaben der NZZ soll der Umsturzversuch von Kräften der oppositionellen Basuto Congress Party getragen worden sein. (NZZ)

Kenia

12.1.1974
Nach Berichten des kenianischen Rundfunks scheint inzwischen auch die Bevölkerung des Onorda-Gebietes im Norden Kenias von einer durch anhaltende Trockenheit ausgelöste Hungerkatastrophe heimgesucht zu werden. Von der Katastrophe betroffen sind über 30 000 Menschen. (dpa)

Nigeria

5.12.1973
Wie aus einem Bericht der Süddeutschen Zeitung hervorgeht, beteiligt sich inzwischen auch ein zehn Mitglieder umfassendes Firmenkonsortium aus der BRD ("Deminex") an der Ausbeutung von Erdölquellen in Nigeria. (SZ)

12.1.1974
Per Dekret hat die nigerianische Regierung alle in Nigeria tätigen ausländischen Kleinunternehmer und Kleinhändler aufgefordert, ihre Betriebe und Geschäfte bis zum 31. März an Einheimische zu verkaufen. Anderenfalls drohe ihnen die entschädigungslose Enteignung. (Reuter)

Portugiesische Kolonien

13.12.1973
In einer Resolution verurteilte die UNO-Vollversammlung die Unterdrückung der Bevölkerung in Angola, Mozambique und in Guinea-Bissau durch Portugal. In Verbindung damit rief die Vollversammlung zur moralischen und materiellen Unterstützung der in den genannten Ländern kämpfenden Befreiungsbewegungen auf. (dpa)

5.12.1973
Zwei spanische Geistliche, die wegen angeblicher Zusammenarbeit mit der Frelimo längere Zeit in verschiedenen Strafanstalten Mozambiques zugebracht haben, berichten von weiteren Terrormaßnahmen der Portugiesen in Mozambique: Nach Angaben der Geistlichen sollen in portugiesischen Gefängnissen seit Jahren zahlreiche Afrikaner infolge von Hunger und Mißhandlungen gestorben sein. Während ihres zweijährigen Gefängnisaufenthaltes wären sie immer wieder Zeugen tödlicher Mißhandlungen von Afrikanern gewesen. Die Geistlichen berichten darüber hinaus von verschiedenen Massakern, die portugiesische Soldaten 1971 an Bewohnern von Dörfern im Gebiet ihrer Missionsstation bei Muccumbura verübt hätten. (SZ)

8.12.1973
Vertretern des Internationalen Komitee vom Roten Kreuz scheint von portugiesischer Seite der Zutritt zu Gefangenenlagern in Mozambique verwehrt worden zu sein. Dies geht aus einer Meldung von afp hervor, in der von Differenzen zwischen dem IKRK und der portugiesischen Regierung die Rede ist. (afp)

2.1.1974
Die Befreiungsbewegung Frelimo in Mozambique hat zum ersten Mal die wichtige Einsenbahnverbindung zwischen dem Hafen von Beira und Rhodesien angegriffen. Nach Angaben der Johannesburger Abendzeitung "The Star" soll es an der genannten Eisenbahnlinie 20 km von der rhodesischen Grenze entfernt zu einem Feuergefecht zwischen portugiesischen Truppen und der Frelimo gekommen sein. Zuvor soll an der gleichen Stelle ein Personenzug auf eine Mine gefahren sein. (dpa)

Rhodesien

10.1.1974
Laut "African Times" (Rhodesien) sind im Rahmen einer großangelegten Umsiedlungsaktion im Nordosten Rhodesiens inzwischen bereits 8000 Afrikaner in sog. Wehrdörfer umgesiedelt worden - Dörfer, die vermutlich eher Konzentrationslagern als menschenwürdigen Wohnsiedlungen ähneln werden. (Reuter)

13.12.1973
Die UNO-Vollversammlung sprach sich abermals mit großer Mehrheit dafür aus, daß Rhodesien nicht eher die Unabhängigkeit erlangen dürfe, bevor in dem Lande nicht ein Mehrheitswahlrecht existiere. Die Vollversammlung verlangte von Großbritannien die Einberufung einer verfassungsgebenden Konferenz, auf der, so wörtlich, "die wahren Vertreter Simbabwe (die afrikanische Bezeichnung für Rhodesien) eine Vereinbarung über die Zukunft Rhodesiens ausarbeiten könnten. (dpa)

Sambia

5.12.1973
In Sambia soll es nach einer südafrikanischen Pressemeldung einen mißlungenen Anschlag auf die Regierung Kaunda gegeben haben. (AP)

8.12.1973
In einer Wahl ohne personelle Alternative ist Präsident Kaunda von über 80 % der Wahlberechtigten des Landes für weitere 4 Jahre in seinem Amt bestätigt worden. (AP)

12.12.1973
Dem von Präsident Kaunda neu ernannten Regierungskabinett werden zum ersten Mal auch - im Range von Staatssekretären - 2 Militärs angehören. (dpa)

Südafrikanische Republik

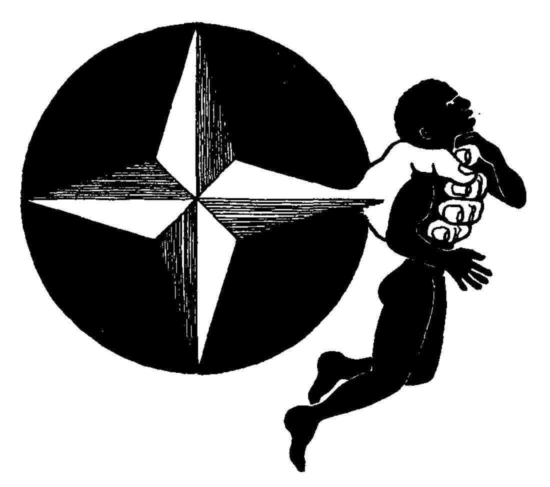
2.11.1973
Der südafrikanische Verteidigungsminister Botha hält sich zu Gesprächen mit der portugiesischen Regierung in Lissabon auf. Gesprächsthemen sind vermutlich die Lieferung von angolesischem Erdöl an die SAR (als Ersatz für den embargo-bedingten Ausfall arabischen Erdöls) und die künftige Zusammenarbeit zwischen Portugal und der SAR auf dem Gebiet des Kriegschiffbaus. Südafrika hat in Portugal sechs Lenkwaffenkorvetten in Auftrag gegeben. (dpa)

5.12.1973
Mit 99 gegen eine Stimme bei 19 Enthaltungen hat der Treuhandausschuß der UNO-Vollversammlung der Unabhängigkeit Südwestafrikas zugestimmt. Der Südafrikanischen Republik wurde damit durch den Ausschuß das Mandat über Südwestafrika offiziell entzogen. (Reuter)

11.12.1973
Der Bundestagsvizepräsident von Hassel hat sich vor Journalisten in der südafrikanischen Hafenstadt Durban gegen die politische Gleichberechtigung der Farbigen in der SAR ausgesprochen. Hassel vertrat zudem die Ansicht, in keinem afrikanischen Lande würde für die Schwarzen besser gesorgt als in Südafrika. (AP)

12.12.1973
Der UNO-Sicherheitsrat plädiert in der Namibia-Frage einstimmig für den Abbruch der Kontakte zwischen Generalsekretär Waldheim und der Regierung Südafrikas. (dpa)

13.12.1973
Mit großer Mehrheit beschloß die UNO-Vollversammlung, die Nationale Befreiungsbewegung von Südwestafrika (Namibia), die SWAPO, als die einzig rechtmäßige Vertretung des namibischen



Volkes anzuerkennen. Während Südafrika und Portugal gegen die Resolution stimmten, enthielten sich eine Reihe von kapitalistischen Ländern - darunter auch die BRD - der Stimme. (dpa)

17.12.1973
Die UNO-Vollversammlung hat in einer Resolution die, wie es heißt, "unheilige Allianz" zwischen Portugal, Südafrika und Israel verurteilt. Die Entschließung fand 32 Gegenstimmen - unter diesen die Stimme der BRD. (SZ)

29.12.1973
VW of South Africa blieb auch 1973 in Südafrika Spitzenreiter im Absatz von Personenfahrzeugen. (ap)

Tansania

2.12.1973
Nach der im Vormonat im Rahmen der staatlichen Enteignungskampagne erfolgten Kollektivierung der Tchibo-Kaffee-Besitzungen im Gebiet von Moshi ist nun auch deren vormaliger Geschäftsführer, Ehrenkonsul Heinz Seifert, des Landes verwiesen worden. Seifert hatte zuvor Protest dagegen erhoben, daß mit der Grund- und Bodenenteignung von Regierungsseite zugleich auch das bewegliche Farminventar konfisziert und die Konten der Tchibo-Plantagen gesperrt wurden. Die Ausweisung Seiferts soll zu einer "spürbaren Verstimmung" zwischen der Bonner Regierung und Tansania geführt haben. (SZ)

Zaire

3.12.1973
Die Regierung von Zaire unter Präsident Mobutu Sese Seko hat einen gewichtigen Teil der Wirtschaft von Zaire in staatliche Kontrolle überführt. Von der Verstaatlichung in besonderer Weise betroffen sind ausländische Unternehmungen; so unter anderem die gesamte in ausländischen Händen befindliche Landwirtschaft, ausländische Grundstücks- und Handelsfirmen und die ausländischen Gesellschaften, die die Produktion von Baumwolle und Palmöl kontrollieren. Daneben stellte die Regierung die Versicherungsgesellschaften des Landes unter staatliche Kontrolle und gab die Gründung einer staatlichen Baufirma bekannt. Bis 1980 soll dann auch die Kupferindustrie des Landes vollständig in die Hand der Regierung übergehen. (AP)

Das Aktionskomitee Afrika Bielefeld hat eine umfangreiche Broschüre "Äthiopien oder die Hintergründe der Hungerkatastrophe" herausgebracht. Sie umfaßt Artikel zur wirtschaftlichen und sozialen Lage Äthiopiens, zur Rolle des Militärs, der Entwicklungshilfe, und setzt sich mit der vom "Stern" eingeleiteten Hungerhilfeauseinander.

62 Seiten, Preis DM 2,20 zuzüglich Porto.

Zu bestellen bei: AKAFRIK, 48 Bielefeld, Wickenkamp 30

ARABISCHE LÄNDER UND VORDERASIEN

21.12.1973
Eröffnung der Nahostfriedenskonferenz in Genf. Die Teilnehmerstaaten sind neben den USA und der SU: Israel, Ägypten und Jordanien. Syrien will der Konferenz solange fernbleiben, wie sich noch israelische Truppen auf syrischem Boden befinden. Die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) hatte ihre Teilnahme von der Anerkennung ihres Alleinvertretungsanspruchs für das palästinensische Volk abhängig gemacht. Wie zu erwarten, vermochte sich die PLO mit diesem Anspruch gegenüber Israel, Jordanien und den USA nicht durchzusetzen. Ziel der ersten Runde der Verhandlungen ist ein Auseinanderrücken der Truppen am Suezkanal.

Algerien

18.12.1973
Die Staats- und Regierungschefs der arabischen Nationen erörtern auf ihrer Konferenz in Algier die Frage des Erwerbs von Atomwaffen. Als möglicher Lieferant wird China genannt.

Ägypten

Die militärischen Zwischenfälle am Suezkanal sowie in der Stadt Suez selbst halten an. Bis zum 21.12.1973 soll der Waffenstillstand nach Angaben eines Sprechers der UNO-Friedenstruppe 68 mal verletzt worden sein.

31.12.1973
Die 5 Araber-Staaten Ägypten, Saudi-Arabien, Kuweit, Abu Dhabi und Katar beschließen den Bau einer Pipeline: Suez-Alexandria.

Tunesien

18.12.1973
Präsident Burgiba erklärt, die arabischen Staaten seien zur Aufnahme diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen zu Israel bereit, wenn Israel sich hinter die völkerrechtlich festgelegten Grenzen aus dem Jahre 1947 zurückziehe.

Libyen

20.12.1973
Erdölinteressenten, die ihre Angebote zum Kauf libyschen Öls mit der Finanzierung von Entwicklungsprojekten koppeln, sollen nach Angaben der libyschen Regierung beim Abschluß von Lieferkontrakten bevorzugt behandelt werden. Die Kontrakte mit den in Libyen tätigen westlichen Mineralölgesellschaften sollen ab 1. Januar 1974 erneuert werden.

2.1.1974
Libyen hat die staatlichen Abgabeforderungen für Rohöl auf 18,77 Dollar pro Barrel erhöht. Die Empfehlung der OPEC-Sitzung von Teheran lag bei 11,65 Dollar.

5.1.1974
Libyen bildet für den Krieg in Palästina eigene Guerilla-Verbände aus. Zudem soll Libyen Befreiungsbewegungen wie der IRA der Eritreischen Befreiungsfront in Äthiopien und der palästinensischen Befreiungsbewegung

"Schwarzer September" finanzielle Unterstützung gewähren.

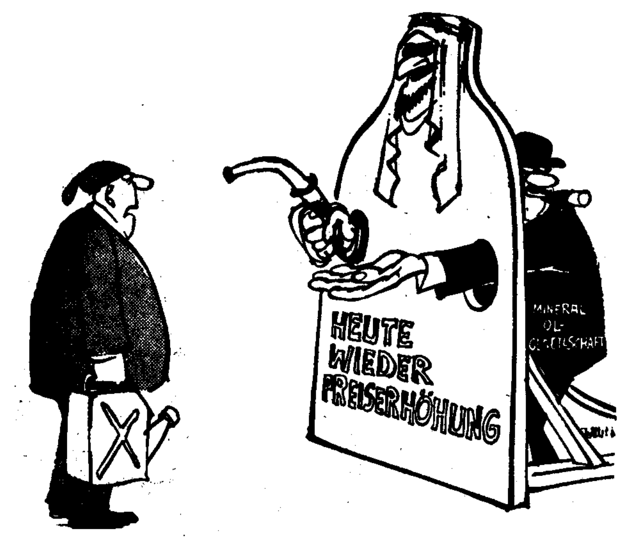
5.1.1974
Das arabische Boykottkomitee (Organ der Arabischen Liga) fordert auf Veranlassung Khadhafis die Entlassung des Chefredakteurs der Turiner Zeitung "La Stampa". Diese wird "zionistischer Machenschaften gegen die Araber" beschuldigt.

8.1.1974
60-90 % der vom 17. Oktober bis Jahresende gelieferten 3,5 Milliarden Tonnen arabischen Öls in die USA sollen arabischen Quellen zufolge aus Libyen stammen.

Syrien

24.12.1973
Der stellvertretende japanische Ministerpräsident Miki ist in Damaskus eingetroffen. Seine Reise soll der Ausweitung der politischen sowie wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Japan und den arabischen Staaten dienen.

Die von Syrien unterstützte palästinensische Guerillagruppe "Saika" distanziert sich von dem Attentat in Rom.



„Verdammter Araber!"

Irak

20.12.1973
Der Ölminister des Irak, Saadim Hamadi, kündigt eine Ausweitung der Erdölproduktion seines Landes an. Gleichzeitig erklärt man sich bereit, amerikanischen Erdölfirmen Konzessionen für die Suche nach neuen Quellen zu geben. Als Bedingung wird genannt, daß nach rein "wirtschaftlichen Grundsätzen und völlig unpolitisch" gearbeitet werde.

Kuweit

29.12.1973
Ein gemischter kuweitisch-palästinensischer Ausschuß soll das Massaker in Rom und die anschließende Entführung der Lufthansa-Maschine nach Kuweit untersuchen. Die 5 Terroristen fordern in den palästinensischen Flüchtlingslagern eine Volksabstimmung über ihren Anschlag in Rom.

31.12.1973
Kuweit kritisiert die Mittlerrolle der Sowjetunion in der Belieferung der BRD mit Erdöl aus dem Irak. Die Sowjetunion soll im Irak (billig) aufgekauftes Erdöl an die BRD ("zu stronomischen Preisen") weiterverkauft haben.

4.1.1974
Scheich Saad al Abdallah kündigt die Verstaatlichung der kuweitischen Erdölindustrie an. Die Mindestbeteiligung des Staates soll 60 % betragen.

Libanon

21.12.1973
In Tripoli kommt es nach einer Demonstration gegen Preiserhöhungen zum Generalstreik. Linksgerichtete Organisationen hatten zum Streik aufgerufen. Farouk Moukaddam, Wortführer linker Gruppen in Tripoli, wird verhaftet. Die Unruhen greifen auch auf Beirut über.

24.12.1973
Nach der Freilassung Farouk Moukaddams kommt es zu einer Beruhigung der Lage.

Oman

31.12.1973
In Dhofar finden heftige Kämpfe zwischen der "Volksfront für die Befreiung Omans und des Arabischen Golfes" und iranischen Truppen statt, die von der Regierung des Sultanat Oman zur Hilfe gerufen worden sind. In einem Communique der Befreiungsfront heißt es, daß ein iranisches Kontingent von 3000 Mann mit den Truppen des Sultanats und britischen Söldnern gegen die Freiheitskämpfer in Dhofar kämpfe.

Südjemen bezichtigt den Iran, von Oman aus nach Südjemen eingedrungen zu sein.

Iran

7.1.1974
Die EG wird Persien weiterhin wie bisher Handelsvorteile gewähren. Es handelt sich dabei um Zollermäßigungen und Zollaussetzungen für iranische Erzeugnisse.

8.1.1974
12 Angeklagte, denen vorgeworfen wird, im November 1973 die Entführung Kaiserin Farahs geplant zu haben, sollen in Teheran zum Tode verurteilt werden.

9.1.1974
Im Iran finden wirtschaftliche Verhandlungen mit Vertretern der BRD-Regierung statt. Es geht um den Ankauf

von 450 deutschen Panzern und um eine Ausweitung der persischen Öllieferungen an die BRD um 25 Mill. t pro Jahr. Die zusätzliche Ölmenge soll in einer Raffinerie verarbeitet werden, die mit deutscher Finanzhilfe auf persischen Boden errichtet werden soll.

Türkei

In der Türkei bemüht man sich weiterhin vergeblich um die Bildung einer neuen Regierung. Bislang hat sich in dem im Oktober neugewählten Parlament keine tragfähige Mehrheit für eine Regierung finden lassen.

18.12.1973
Die dem Krupp-Konzern angehörende Firma Krupp-Chemieanlagenbau, Essen, wird von der Sasa Artificial and Synthetic Fibres Inc., Adana, Türkei, mit der Planung und Lieferung einer DMT-Anlage mit einer Jahreskapazität von 120 000 t beauftragt.

27.12.1973
151 Mitglieder verbotener linksgerichteter Organisationen werden zu Gefängnisstrafen zwischen 2 Monaten und 2 Jahren verurteilt.

Saudi Arabien

9.1.1974
Mit der Verminung seiner größten Erdölfelder reagiert Saudi Arabien auf die Drohung des amerikanischen Verteidigungsministers Schlesinger, bei fortdauerndem Boykott auf arabischen Boden eine militärische Intervention vorzunehmen.

Frankreich soll langfristig mit Erdöl beliefert werden im Austausch gegen französische Waffen, Industrieausrüstungen und technisches Know-How.

Palästinensische Befreiungsbewegungen

19.12.1973
Alle großen palästinensischen Befreiungsorganisationen haben sich inzwischen von dem letzten Anschlag palästinensischer Guerillas in Rom distanziert. Die Identität der 5 Guerillas ist noch ungeklärt.

Israel

18.12.1973
Israel will mit amerikanischer Hilfe auf der Sinai-Halbinsel eine neue Bar-Lev-Linie bauen. Der US-Senat billigt Israel 2,2 Milliarden Dollar (5,7 DM) als Militärhilfe zu.

2.1.1974
Bei den Wahlen zum israelischen Parlament hat die "Arbeiterliste" von Ministerpräsidentin Golda Meir 51 Sitze errungen (vor 4 Jahren noch 56 Sitze), die rechtsradikale "Likud-Partei" errang 39 Sitze (1969 = 31 Sitze), die Nationalreligiösen erhalten 10 Sitze (12).

Energiekrise - Erdöl

24.12.1973
Die 6 Golfstaaten Iran, Irak, Saudi Arabien, Katar und Abu Dhabi setzen den Mindestpreis pro Barrel Rohöl (ca. 160 Liter) auf 7 Dollar fest.

27.12.1973
Die Ölproduktion der arabischen Staaten soll ab 1. Januar 1974 wieder um 10 % gesteigert werden. Für die USA und Holland bleibt das Lieferembargo bestehen.

3.1.1974
Die 12 Mitglieder der OPEC erwägen die Gründung einer OPEC Bank zur Förderung von Industrieprojekte in Entwicklungsländern. Die Mittel sollen aus den erhöhten Gewinnen aus dem Erdölexport verwendet werden.

8.1.1974
Die Tankertonnage der OPEC soll sich in den nächsten 3 Jahren mehr als verdoppeln.
Gegenwärtig besteht die Tankerflotte aus 33 Schiffen (ab 300 BRT) mit 1,3 Mill. t Tragfähigkeit. Das entspricht 0,6 % der Welttankertonnage.

2.1.1974
Eine Anti-Trustklage mit einem Streitwert von 270 Millionen Dollar ist gegen die Ölgesellschaften der USA eingereicht worden, denen vorgeworfen wird, durch ein illegales Verhalten zur Energiekrise beigetragen und sich dadurch Riesengewinne verschafft zu haben.

ASIEN (außer Vorderasien)

(von Rainer Bröckelmann)

Bangla Desh

4.12.1973
Mujibur Rahman begnadigt 36 000 sog. "Kollaborateure". Er will damit, wie er sagt, das innenpolitische Klima entgiften und einen Schlußpunkt hinter den Bürgerkrieg setzen. (NZZ)

Burma

4.1.1974
Das burmesische Parlament hat sich anläßlich des 26. Jahrestages der Unabhängigkeit des Landes eine neue Verfassung gegeben. Dieser Verfassung nach wird Burma zukünftig ein Einparteienstaat sein und sich "Sozialistische Republik" nennen.

Indien

1.12.1974
Anläßlich des Besuches Breschnews in Indien schlossen Indien und die Sowjetunion einen Vertrag über Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit 15 Jahren Laufdauer ab. Darüber hinaus soll der indischen Regierung

von sowjetischer Seite massive Rüstungshilfe zugesichert worden sein. (NZZ)

8.12.1973
Nach Breschnew besuchte Husak (CSSR) Indien. Die CSSR wird Indien einen Kredit in Höhe von 800 Mio. Rps. zur Verfügung stellen. (SZ)

13.12.1973
Die USA und Indien haben am Donnerstag ein Abkommen geschlossen bezüglich des amerikanischen Rupien-Guthabens, welches sich inzwischen auf umgerechnet 3,2 Mia. US-Dollar beläuft. Nach dieser Vereinbarung gewähren die Amerikaner der indischen Regierung Kredite in der Höhe von 2 Dritteln dieser Summe (16,6 Mia Rupien) für die Durchführung mehrerer Entwicklungsprojekte. Mit dem verbleibenden Rest von über 7,5 Mia Rupien will die USA eigene Projekte in Indien finanzieren. (afp)



Indonesien

4.1.1974
Dem Beispiel der arabischen Länder folgend, hat inzwischen auch Indonesien die staatlichen Abgabeforderungen für Rohöl um 80 % auf 10,80 Dollar pro Barrel (1 Barrel = 158 l) erhöht. (SZ)

Kambodscha

12.1.1974
Die Lage Phnom Penh's scheint sich weiterhin zu verschlechtern. Die Versorgungsstraßen können von den Truppen Lon Nol's immer seltener freigekämpft werden. Die roten Khmer sind bis auf Raketenschußweite an die Hauptstadt herangekommen, so daß die Stadt wieder unter der dauernden Bedrohung von Raketen und Granatwerfern steht.
Die Lage des Lon-Nol-Regime wird sich in der Trockenzeit vermutlich noch weiter verschlechtern, weil in dieser Zeit auch die Versorgung Phnom Penh's über den gegenwärtig allein noch intakten Versorgungsweg, dem Mekong-Fluß, ständig gefährdet sein wird (in der Trockenzeit kommt es zu einer Verengung der Flußrinne; Versorgungsschiffe sind dadurch von den Flußufern her leicht unter Beschuß zu nehmen).

Korea

1.12.1973
Die seit Oktober anhaltenden Studentenunruhen gegen das Regime von Staatschef Park Chung Hee haben sich weiter zugespitzt. Die Studenten demonstrieren für eine Wiederherstellung demokratischer Zustände in Südkorea.

3.-8.12.1973
Nordkorea hat Ansprüche auf fünf kleine Inseln angemeldet, die in der Nähe der Waffenstillstandslinie mit Südkorea liegen. Südkorea hat daraufhin seine Streitkräfte in Alarmbereitschaft versetzt. (SZ/NZZ)

10.1.1974
Der Parteivorstand der größten (verbliebenen) parlamentarischen Oppositionspartei Südkoreas fordert eine Revision der im Oktober 1972 eingeführten Verfassung, die Präsident Park mit diktatorischen Vollmachten ausstattet.
Park erläßt eine Verordnung, nach der ein öffentliches Eintreten für eine Änderung der Verfassung des Landes unter Androhung von Gefängnisstrafen verboten wird. (NZZ)

Pakistan

1.1.1974
In Pakistan sind mit Beginn des neuen Jahres alle einheimischen Banken verstaatlicht worden. Zudem hat sich die pakistanische Regierung mit sofortiger Wirkung die Vollmacht übertragen, die Leitung von Unternehmen zu übernehmen, die im Erdölgeschäft und in der Schiffahrt tätig sind. (ap)

Papua-Neuguinea

3.12.1973
Nach 60jähriger Kolonialherrschaft hat das 460 000 Km^2 große Papua-Neuguinea formell von Australien die politische Autonomie erhalten. (SZ)

Thailand

12.12.1973
Der thailändische König Bhumibol hat parlamentarische Wahlen angekündigt. Vorgesehen ist dazu die Bildung einer, wie es heißt, Nationalversammlung, in der 2346 Bürger aus allen Teilen der Bevölkerung einziehen. Die Nationalversammlung soll dann die Abgeordneten des Parlaments wählen. Das neue Parlament soll das vornehmlich aus Angehörigen des Militärs und der Polizei bestehende Parlament des Kittikchorn-Regimes ablösen. (SZ)

Vietnam

In Südvietnam gehen die seit Oktober wieder heftiger aufgeflammten Kämpfe zwischen dem Vietcong und den Truppen des Regimes in Saigon weiter. Mit der Begründung, Nordvietnam hätte mittlerweile bereits mehrere Divisionen in den vom Vietcong kontrollierten Gebieten stationiert und rüste sich zu einer Großoffensive, setzen die Amerikaner ihre massiven Waffenlieferungen an die Thieu-Regierung fort. Entgegen dem Gerücht von der nahe bevorstehenden Großoffensive scheint sich der Vietcong auf einen wahrscheinlich noch Jahre dauernden Abnutzungskrieg einzurichten. Das Saigoner Regime verlegt sich demgegenüber offenbar immer stärker auf die amerikanische Vietnamstrategie, die Strategie der "verbrannten Erde" (Flächenbombardements).

2.12.1973
Einheiten des Vietcong gelang es, das größte südvietnamesische Öldepot in der Nähe von Saigon in Brand zu stekken und damit die Hälfte der südvietnamesischen Treibstoffvorräte zu vernichten. (NZZ)

3.12.1973
US-Verteidigungsminister Schlesinger droht vor der Presse mit einem erneuten Eingreifen der amerikanischen Luftwaffe in Vietnam. (SZ)

8.12.1973
Frankreich sichert dem Regime in Saigon Finanzhilfe in Höhe von 100 Mill. NF zu. (NZZ)

LATEINAMERIKA

Die erdölproduzierenden Staaten Lateinamerikas glichen ihre Erdölpreise denen der arabischen Staaten an. Pro Barrel verlangt Ecuador seit Beginn des neuen Jahres 13,70 Dollar, Venezuela 14,08 Dollar und Bolivien 11,65 Dollar. Auch in Kolumbien ist eine Preiserhöhung zu erwarten. Am 1.1.73 hatte das venezolanische Erdöl noch 3,11 Dollar gekostet. Venezuela entzog zudem Anfang Januar dem Konzern Standard Oil Nutzungsrechte für zwei Ölfelder und Ecuador kündigte eine Beteiligung von 25 % an dem Tochterunternehmen von Texaco-Gulf an.

Die Friedensverhandlungen zwischen El Salvador und Honduras, die seit dem "Fußballkrieg" im Juli 1969 keine diplomatischen Beziehungen mehr unterhalten, fanden im Dezember nicht das gewünschte Ergebnis. Mit der Wiederaufnahme der Verhandlungen wird für April gerechnet.

Argentinien

Die Welle von Entführungen einheimischer und ausländischer Industrieller (darunter Vertreter der Firmen ESSO und Peugeot) durch Untergrundorganisationen reißt nicht ab. 25 leitende US-amerikanische Angestellte von Ford-Argentina verlassen auf eine Morddrohung hin das Land.

1.12.1973
Das Abgeordnetenhaus verabschiedete mehrere Gesetze, die die Enteignung zweier schweizerischer Telefongesellschaften (Argentine Telephone Company, Rios Telephone Company) sowie die Kündigung von Verträgen mit den Konzernen ITT und Siemens vorsehen. Letzteren wurden Steuermanipulationen vorgeworfen. (SZ)

15.12.1973
Die Filiale der Firma ESSO ist bereit, das Lösegeld für ihren von der "Revolutionären Volksarmee" (ERP) entführten Generaldirektor zu zahlen. Die ERP bestimmte das Geld für die Versorgung materiell Bedürftiger.

24.12.1973
Staatspräsident Peron verkündete einen Drei-Jahres-Plan, der höhere Investitionen für Infrastruktur, Entwicklungsprojekte, Wohnungsbau sowie Förderung von Exporten und der Schwerindustrie vorsieht. Ziel ist eine jährliche Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts von 7,8 %. (SZ)

Bolivien

30.11.1973
Präsident Hugo Banzer verzichtete auf eine Kandidatur bei den für 1974 angekündigten Wahlen. Anlaß dafür ist das Auseinanderbrechen der Regierungsallianz zwischen Banzers faschistischer FSB (Falange Sozialista Boliviana) und dem MNR (Movimiento Nacionalista Revolucionario) unter Führung von Paz Estensoro. (NZZ)

9.1.1974
Paz Estensoro und fünf weitere Mitglieder der MNR wurden nach Paraguay verbannt. (Reuter)

Chile

Immer wieder berichtet die Presse von Überfällen auf Militärstreifen, Sabotageakten, bewaffneten Kommandos, Fluchtversuchen von Häftlingen. Die Junta antwortet mit dem Versuch, die Bevölkerung durch harte Militärgerichtsurteile (die nicht revidierbar sind) gegen führende Mitglieder von UP, CUT und MIR einzuschüchtern. Offiziell wurden über 100 Todesurteile bekannt. Nach Angaben aus dem Untergrund (die aus verständlichen Gründen nicht einheitlich sind), haben etwa 200 000 Menschen aus politischen Gründen ihren Arbeitsplatz verloren, wurden 25 000 Studenten von den Universitäten verwiesen und von etwa 35 000 politischen Häftlingen sind noch 7 000 in Haft.

Die Versorgungslage der Bevölkerung hat sich weiterhin verschlechtert. Zwar hat die Bourgeoisie aufgehört Güter zu horten, doch ist die Kaufkraft des Escudo seit dem Putsch um inzwischen 500 % gefallen.

Lebensmittelimporte sollen im kommenden Jahr durch erhöhte Kupferexporte erleichtert werden. Die Kupferproduktion ist 1973 gegenüber 1972 um 35 % gestiegen, seit dem Putsch um 40 %.

Bis 5.1.1974 sind 230 Flüchtlinge aus Chile in die BRD eingereist. Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg verweigern die Aufnahme einer größeren Anzahl von Flüchtlingen und sind nicht bereit, die entstehenden Kosten zu tragen. Informationen der Presse zu diesem Thema sind äußerst widersprüchlich. Während Brandt erklärt, die BRD wolle mehr Flüchtlinge als jedes andere Land, und zwar ohne Einschränkungen aufnehmen, warten in Chile noch 1 500 Ausländer, die bis jetzt weder in westlichen noch in östlichen Ländern Aufnahme finden.

25.11.1973
In der Provinz Cautin sind bereits 19 Agrarbetriebe an ihre früheren Eigentümer zurückgegeben worden. Die Junta handelte darin eindeutig gegen ihr Versprechen Allendes, Agrarreform nicht rückgängig zu machen. (SZ)

1.12.1973
Die Junta veröffentlichte einen Verfassungsentwurf, der ein präsidiales Regierungssystem und die Wiedereinführung des Parlaments vorsieht. Den dann zugelassenen Parteien soll es dem Verfassungsentwurf nach jedoch verboten sein, zu Sozialkonflikten Stellung zu beziehen und in Verwaltungsfragen mitzureden. Der Armee weist der Verfassungsentwurf eine herausragende Stellung zu. (SZ)

Ein Vertreter der US-amerikanischen Privatbanken versicherte in Santiago deren volles Vertrauen in die Junta. (Le Monde)

2.12.1973
Nach Informationen des Chile-Komitees in Rom befinden sich auf der Insel Dawson 240 politische Häftlinge. (Le Monde)

7.12.1973
Nach der Ausweisung H. Edelstams wird Schweden vorerst keinen Botschafter mehr nach Santiago schicken. Edelstam war Ende November von Militärs zusammengeschlagen worden, als er eine unter schwedischem Schutz stehende Uruguayerin schützen wollte, die das Militär zu verschleppen versuchte. Inzwischen befindet sich die Frau in Schweden. (SZ)

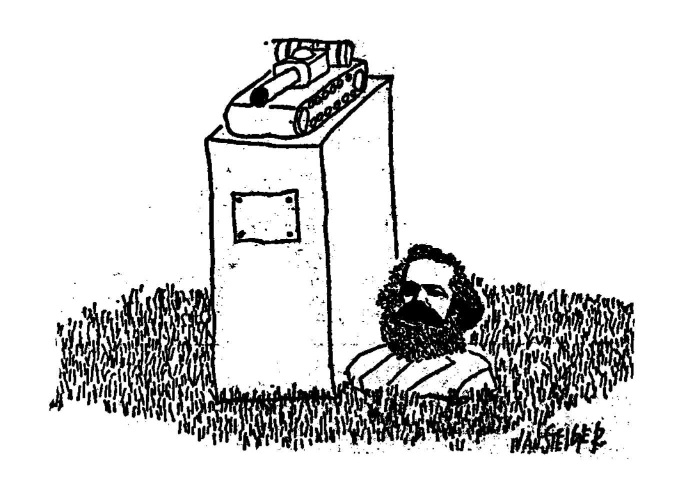
11.12.1973
Politisch Verfolgte, die jetzt erst in europäischen Botschaften um Asyl bitten, erhalten von der Junta kein freies Geleit mehr, da mit den betreffenden Ländern kein Asylvertrag besteht. (Le Monde)

12.12.1973
Laut ddp hat Schweden jede wirtschaftliche Hilfe an Chile gestrichen. (SZ)

14.12.1973
In Montreal (Kanada) erschienen detaillierte Angaben einer chilenischen Geheimagentur über die Hilfe, die ein US-amerikanisches Militärflugzeug dem chilenischen Militär während des September-Putsches in der Funkverbindung geleistet hat. (Le Monde)

21.12.1973
Die britische Regierung erklärte, ihre Waffenlieferungen an die Junta nicht einzustellen. (SZ)

24.12.1973
Die USA versprachen, Chile die Rückzahlung seiner Schulden von 60 Mio Dollar aus den vergangenen Jahren zu erleichtern.



29.12.1973
Eine neue, von der Junta abhängige Gewerkschaft (CGT) wird aufgebaut.

5.1.1974
Auf einer Industriellenkonferenz betonte der Wirtschaftsminister Leniz, nur Betriebe von strategischer Bedeutung sollten in Staatsbesitz verbleiben. (SZ)

Carlos Altamirano, Generalsekretär der sozialistischen Partei, befindet sich in Kuba. (SZ)

<u>Honduras</u>

5.1.1974
Präsident Arellano kündigte eine Agrarreform an, bei der schlecht bewirtschaftete Ländereien unter Entschädigung in Staatsbesitz übergeführt werden und 100 000 Landarbeiterfamilien eigenes Land erhalten sollen. (SZ)

<u>Kuba</u>

1.1.1974
Kubanische Diplomaten erklärten in

Washington und Mexiko die Bereitschaft ihres Landes zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu den USA unter der Voraussetzung, daß die USA sich zu einer Aufhebung der Wirtschaftsblockade gegen Kuba entschließen. Aus US-amerikanischen Regierungskreisen war daraufhin zu hören, mit einer Normalisierung der diplomatischen Beziehungen sei in absehbarer Zukunft nicht zu rechnen. (NZZ)

Mexiko

24.12.1973
40 internationale Banken, darunter Banken aus der BRD und der Schweiz, räumten Mexiko einen Kredit von 500 Mio. Dollar ein, der höchste Kredit, den internationale Banken je einem lateinamerikanischen Land gewährt haben. (SZ)

Peru

In Peru hält die Verfolgung fortschrittlicher Intellektuellerund Arbeiter an.

21.12.1973
Wie Präsident Velasco mitteilte, hat die Sowjetunion Peru mit Panzern und anderem Rüstungsmaterial beliefert. (SZ)

2.1.1974
Die US-amerikanische Bergwerksgesellschaft Cerro de Pasco Mining Corp., größter Zinkerzeuger Lateinamerikas, wurde verstaatlicht. (SZ)

Uruguay

7.12.1973
In Zusammenhang mit dem Verbot aller marxistischen Parteien, Organisationen und Zeitungen wurden bisher 150 Personen verhaftet. (SZ)

13.1.1974
Eine Gesetzesvorlage soll ausländischen Unternehmen Steuerfreiheit für Gewinne bis zu 15 % des Kapitals gewähren. Unternehmen, die im "nationalen Interesse" liegen, sollen größere Vorteile eingeräumt erhalten. (NZZ)

Venezuela

12.12.1973
Bei den Wahlen für Präsidentschaft, Parlament und Kommunalvertretungen erhielt die bisherige Oppositionspartei Acción Democratica die absolute Mehrheit. Der neue Präsident C. Andres Perez, der von der Unternehmerschaft unterstützt wird, war 1963 bis 1968 als Innenminister für die Zerschlagung der Linksparteien verantwortlich. (SZ)

Berichtigungen

zu Nr. 30,

In der letzten Nummer fehlten durch einen Fehler beim Umbruch einige Quellen, die wir nachfolgend aufführen:

Der Artikel "Mao in Chile", S. 17, wurde einem Flugblatt der Gruppe Internationale Marxisten, Freiburg entnommen.

Das "Interview mit der MAPU", S. 30, wurde uns von einem Kontaktmann zugeschickt und ist vom iz3w übersetzt worden.

Der Aufsatz von Erich Fried "Antizionismus gleich Antisemitismus?", S. 41, wurde leicht gekürzt den ESG-Nachrichten, Stuttgart, Nr.Nov/73, entnommen.

Der "Aufruf zum Widerstand" der koreanischen Christen erschien erstmals in deutscher Sprache in: Missio Aktuell, Dezember 1973.

Seminare

Öl als Waffe?
Vorbereitungstagung vom 14.-17. März 1974; Hauptseminar vom 6.-12. Oktober 1974

Entwicklungspolitik am Beispiel Lateinamerikas

Kirche und Gesellschaft am Beispiel von Camilo Torres und Helder Camara

Wirtschaftliches Wachstum und Rassismus am Beispiel Südafrikas (Diese Tagung führt durch: acs Lüneburg, c/o Axel Günther, 314 Lüneburg, Rögelstr. 63, Tel. 04131/43506)

Nähere Informationen über Thema, Ort und Zeit dieser Tagungen und über das weitere Tagungsprogramm (z.B. Kriegsdienstverweigerung) bei: acs-Arbeitskreis Christlicher Schüler, 3 Hannover, Archivstr. 3, Postfach 265, Tel. 0511/1941 572

"Welthandel - Stabilisierung der Unterentwicklung", 1.-3. Februar 1974 in Mannheim

"Koordinierungstagung für Arbeitsgruppen Südliches Afrika", 15.-17. März 1974 in Mannheim

Teilnehmerbeitrag DM 35,-- bei freier Fahrt, Unterkunft und Verpflegung.

Anmeldung und Auskunft:
Arbeitsgemeinschaft der Katholischen Hochschul- und Studentengemeinden (AGG) -Nachfolgeorganisation der KDSE-, 53 Bonn, Rheinweg 34, Tel. 02221/234021

KIRCHE

Solidarität – oder doch bloß Barmherzigkeit ?

Kritik der kirchlichen Entwicklungshilfe: Zusammenfassung der aktuellen Diskussion

1. Vorbemerkungen

1.1. Der folgende Artikel versucht, die gegenwärtige Kritik an der kirchlichen Entwicklungsarbeit grob zusammenzufassen. Er bezieht sich dabei vor allem auf die Arbeit der Kommission Kirchliche Entwicklungshilfe der KDSE und damit auf das katholische Hilfswerk Misereor.

1.2. Die kirchlichen Hilfswerke sind keine freischwebenden Organisationen, sie spiegeln vielmehr das Bewußtsein der kirchlichen Hierarchie und z.T. auch (das beweisen die Spendenergebnisse) der kirchlichen Basis wider. Die Kritik an der kirchlichen Entwicklungshilfe zielt deshalb nur vordergründig allein auf die "verantwortlichen" Referenten (die natürlich an den vorhandenen Konzeptionen auch etwas ändern könnten), sie trifft ebenso das Bewußtsein der Leute, die durch Spende oder Werbung die Arbeit eines solchen Hilfswerkes tragen.

2. Die Öffentlichkeitsarbeit der Hilfswerke

Die zunehmende Verelendung breiter Teile der Völker der Dritten Welt und das offensichtliche Unvermögen jeglicher "Entwicklungshilfe", daran positiv etwas zu ändern, hätte – so könnte man meinen – zumindest in der kirchlichen Entwicklungsarbeit längst zu einer Umorientierung führen müssen. Das aber ist, wie im folgenden gezeigt werden soll, bis heute nicht der Fall gewesen.

2.1. Informationspolitik

Die Informationsschriften der kirchlichen Hilfswerke sind ein deutlicher Beweis dafür, daß die der kirchlichen Entwicklungshilfe zugrunde liegenden Theorien die gesellschaftliche Wirklichkeit der Unterentwicklung nur unvollständig erfassen: Dort erfährt man nichts darüber, daß die Gegensätze zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern (IL und EL) und innerhalb der EL in einem einheitlichen Prozeß entstanden sind, daß Entwicklung und Unterentwicklung strukturell zusammenhängen. Statt dessen sind häufig noch das "traditionale" Verhalten, die Unwissenheit und die Überbevölkerung die angeblichen Ursachen des Massenelends in der Dritten Welt. Auch der Kolonialismus wird dabei in jüngerer Zeit öfters aufgeführt, er bleibt aber Episode der Vergangenheit, ein "Fehler", der durch die Entwicklungshilfe ja wieder gutgemacht werden soll. Der Welthandel als Stabilisator des Gegensatzes von arm und reich ist einer der anonymen Mechanismen, gegen die man sich so schnell hilflos fühlt.

Als Alternative wird die kirchliche Entwicklungshilfe angeboten, in deren derzeitigem Konzept die Tatsache, daß sowohl die Entwicklung der internationalen (Europa, USA) als auch der nationalen Metropolen die Entwicklung der Unterentwicklung hervorgebracht haben bzw. hervorbringen, sehr schwer unterzubringen ist. Der Hinweis darauf, daß die zur Überwindung der Unterentwicklung und der Abhängigkeit der EL von den imperialistischen Staaten notwendigen Voraussetzungen in den IL (sprich in der BRD) nicht vorhanden sind, müßte nämlich Konsequenzen in der Arbeit der Hilfswerke nach sich ziehen. Die Kritik an der "Weltwirtschaft" hört da auf, wo sie unser Wirtschaftssystem und unsere politische Ordnung kritisieren müßte. Für den so Informierten bleibt die Situation in den EL eine Fremdsituation, die mit seiner eigenen nichts zu tun hat.

2.2. Spendenwerbung

Und dieser Trend verstärkt sich noch in der Spendenwerbung, die nicht versucht, das durch jahrzehntelange Verdummung (Medien) unterentwickelte Bewußtsein der Spender grundlegend zu verändern. Sie fördert vielmehr eine "karitative Einstellung, d.h. eine Einstellung der Unbetroffenheit, verbunden mit großzügiger, unverbindlicher Hilfsbereitschaft, die auf die Dauer jedes Fragen untergräbt, weil es die eigene Großzügigkeit in Frage stellen würde." (1) Die Armen in der Dritten Welt werden Objekt christlicher Barmherzigkeit, die Ablenkung von der eigenen Situation des Spen-

ders ist perfekt: Die angebliche Beziehungslosigkeit zwischen der Situation in den EL und den IL macht eine Befassung mit letzterer überflüssig.

Die einzige Gemeinsamkeit des Spenders mit dem Beschenkten ist die, daß sie beide Bürger dieses Erdenballs sind und daß deshalb der reichere Bruder seinem ärmeren Bruder (durch seine Spende) helfen muß. Entwicklung wird zu einem Problem von Zeit und Geld. Da von Interessen nie die Rede ist, kann es auch keine gemeinsamen geben; da Herrschaft und Unterdrükkung nie als gleichartige Merkmale ihrer Situationen auftauchen, ist eine Identifikation des (spendenden) Christen in der BRD mit dem Indio in Lateinamerika z.B. nicht möglich.



„Ihr Kommunisten!"

3. Projektpolitik

3.1. Ziele

Die falsche Analyse der Ursachen der Unterentwicklung beschränkt sich natürlich nicht nur auf die Fehleinschätzung des Verhältnisses IL-EL, sondern sie zieht auch eine Vernachlässigung der Machtverhältnisse in den EL selbst nach sich.

Dies führt z.B. (nach der Marginalitätstheorie (2)) zur Zielvorstellung der "Integration der marginalen Gruppen in die nationale Gesellschaft" (3). Die allgemeinen Rahmenbedingungen dieser Gesellschaft aber "werden für die (zwecks der Integration ins Leben gerufenen, d.Verf.) Selbsthilfegruppen zum Datum erhoben, damit sie nicht vorzeitig in Konflikt mit den herrschenden Gruppen geraten, denen sie (noch) nicht gewachsen sind." (4) Dazu sollen die Projekte auch noch von den jeweiligen Regierungen unterstützt werden!! "Marginale" Gruppen aber werden durch eine Gesellschaft hervorgebracht, die durch Ausbeutung und Unterdrückung gekennzeichnet ist. Und Unterdrückung läßt sich logischerweise nicht beseitigen, wenn man die realen Machtverhältnisse vernachlässigt, sondern im Gegenteil durch das Außerkraftsetzen der Gesetze, die das Funktionieren einer Unterentwicklung-produzierenden Gesellschaft bestimmen. (5) Und das muß eben gegen den Willen der (die Interessen der Herrschenden vertretenden) Regierungen geschehen.

Durch die "Selbsthilfebewegung" entstehen mit Unterstützung des Staates nach dieser Konzeption privilegierte Gruppen, die sich sehr bald von den Unterprivilegierten absetzen (sie sind ja auch keine eigenständige Volksbewegung, sondern auf die Unterstützung durch die Oberschichten angewiesen) und bald eine Pufferfunktion zwischen denen "ganz unten" und denen "ganz oben" bilden, die von letzteren ohne Zweifel begrüßt und benützt wird.

3.2. Projektauswahl

Die Widersprüchlichkeit der gesamtgesellschaftlichen Zielvorstellungen schlägt sich in der Projektauswahl nieder: Die Sammlung von Projektrahmendaten (z.B. aus der Gesamtwirtschaft) und die Durchführung einer speziellen Analyse des Projekt-Landes werden vernachlässigt. Es fehlen Anzeichen für die Integration der Projekte in ein gesamtregionales Entwicklungsprogramm. Bei den meisten Projekten fehlt die gegenseitige Verbindung und Koordinierung. Und schließlich fehlt es oft überhaupt an einer klaren Zielformulierung für das Projekt, deren Folge die o.g. lückenhafte Informationsbeschaffung ist. Aus einer Effizienzanalyse ausgewählter Projekte: "Klare Wertvorstellungen über die angestrebte Senkung der Analphabetenquote und die zu erzielenden Kapazitätseffekte lagen bei keinem der Analyseprojekte zugrunde. Auch das soziale Zielelement der Schaffung gerechter Bildungschancen blieb mit einer Ausnahme in allen Fällen unberücksichtigt." (6)

Die Auswahlentscheidung zwischen verschiedenen Projekten ist zufallsbedingt, da die Vergleichskriterien unzureichend sind, um die Notwendigkeit bzw. Dringlichkeit eines Projektes gegen die eines anderen abwägen zu können. (7)

3.3. Projektpartner

Die Hilfswerke reagieren nur passiv auf gestellte Anträge, sie suchen sich nicht selbst Trägergruppen für ihre Projekte. Die Mehrzahl der Antragsteller stammt aus dem kirchlichen Bereich. Dies liegt zum einen daran, daß die detaillierten Fragebögen, die der Antragsteller auszufüllen verpflichtet ist, leichter von Leuten mit europäischer Bildung ausgefüllt werden können, da sie die Mentalität der Fragesteller eher kennen. Zum anderen

wissen viele unterprivilegierte Gruppen aus dem außerkirchlichen Bereich nichts über die Existenz der kirchlichen Hilfswerke.

Dies bedeutet aber auch, daß die Hilfswerke meist nach ganz bestimmten Gesichtspunkten - eben aus der Sicht des kirchlichen Projektpartners - über die Situation in den einzelnen Ländern informiert werden.

3.4. Evaluierung

Die unzureichenden Zielformulierungen für die Projekte zeigen - wie schon unter 3.1. ausgeführt - die Konzeptionslosigkeit der Hilfswerke. Das hat nicht nur für die Auswahl der Projekte weitreichende Folgen, sondern auch für deren Auswertung.

Mangelhafte Informationsbeschaffung (aus der o.g. Effizienzanalyse: "Gesamtwirtschaftliche Daten haben die für kirchliche Entwicklungshilfe der BRD zuständigen Institutionen bei der Beurteilung ihrer Projekte bisher nicht explizit in ihren Effizienzkatalog aufgenommen." (8)), unklare Zielformulierungen und das damit verbundene Fehlen von Effektivitätsmaßstäben, lassen eine gründliche Auswertung und Aussagen über Erfolg bzw. Scheitern eines Projekts nicht zu.

Die Vertreter des Arguments, durch Kosteneinsparung bei der Projektevaluierung könnten zusätzliche Projekte finanziert werden, müssen sich fragen lassen, ob sie tatsächlich eine schlechte Projektpolitik in großem Umfang einer verbesserten Projektpolitik in etwas verkleinertem Umfang vorziehen wollen.

4. Zusammenwirken von kirchlicher und staatlicher Entwicklungshilfe

Der Zusammenhang von kirchlicher und staatlicher Entwicklungspolitik läßt sich sehr leicht zeigen: H.L. Dornbusch, Verfasser der o.g. Effizienzanalyse, betont, daß "die Kirche bereits wie selbstverständlich mit diesen (staatlichen, d.Verf.) Mitteln arbeitet und plant und keinerlei Anlaß besteht anzunehmen, daß sich daran zukünftig etwas ändern wird..." (9)

Für diese Unterstützung hat der Staat auch seine Gründe: Die kirchliche Entwicklungshilfe versteht sich als ergänzenden Beitrag zur Entwicklung, ergänzend zur Arbeit anderer entwicklungspolitischer Institutionen. Sie will "von unten" ansetzen: "Die Graswurzel in den Entwicklungsländern muß bereitet sein, wenn die großen Hilfen von oben im letzten erfolgreich sein sollen." (10) Es lassen sich bei einer Gegenüberstellung der Zielsetzungen und entwicklungspolitischen Aussagen kaum Unterschiede zwischen kirchlicher und staatlicher Entwicklungsarbeit feststellen.

Außerdem können kirchliche Entwicklungsprojekte eine sehr wertvolle Unterstützung staatlicher Entwicklungspolitik und privaten Firmenengagements sein (auch wenn dies weder von den kirchlichen Hilfswerken noch von den Projektträgern im EL subjektiv gewollt ist): Durch die Finanzierung von Sozialprojekten ersparen sie den Oberschichten der EL und den ausländischen Firmen Kosten und stabilisieren die Unrechtsverhältnisse. Die Infrastruktur- und Ausbildungsprojekte bilden oft eine wichtige Voraussetzung privatwirtschaftlichen Engagements (dessen Förderung ja auch der staatlichen Entwicklungshilfe am Herzen liegt). Und schließlich wird durch die Selbsthilfeprojekte eine Mittelschicht herangezogen, die sich aufgrund geringer Privilegien in den Klassenauseinandersetzungen meist auf die Seite der Herrschenden schlägt und somit eine wichtige gesellschaftliche Stabilisierungsfunktion hat.



5. Funktion und Bedeutung der kirchlichen Entwicklungsarbeit für das öffentliche Bewußtsein

Trotz des (im Vergleich zur staatlichen) geringen Umfangs der kirchlichen Entwicklungsarbeit darf vor allem deren Einfluß auf das allgemeine Bewußtsein in der BRD nicht unterschätzt werden. Ihre Informationen gehören wohl zu denen, die mit am stärksten die Meinungen über Dritte Welt und Entwicklungspolitik bilden.

Diese Informationen "verführen" den Leser aber wohl kaum zu politischem Handeln in der Bundesrepublik: Sie machen nämlich vor den Zusammenhängen halt, die die Unterentwicklung in der Dritten Welt mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit in der BRD betreffen. Der Appell an die Hilfsbereitschaft des "reichen" Bundesbürgers mit seinem armen Bruder in der Dritten Welt schafft Mitleid und eben nicht die notwendige Solidarität al-

ler Ausgebeuteten und Unterdrückten.

Die zunehmend kritischen Aktivitäten an der kirchlichen Basis lassen eine Veränderung der Konzeption der kirchlichen Hilfswerke für die Zukunft als möglich erscheinen.

bm

Anmerkungen

1) I. Kohut, Kirchliche und staatliche Entwicklungshilfe, in: "Materialien zur Kritik der kirchlichen Entwicklungshilfe", KDSE, Bonn 1973, S. 90
2) Th. Dams, Marginalität, Nr. 3 der Schriftenreihe der Kübel-Stiftung, Bensheim 1970
3) Misereor-inform, Die am Rande leben, Aachen, S. 9
4) Th. Dams, Marginalität, S. 37/38
5) vgl. dazu auch Hochmann/Sonntag, Christentum und politische Praxis: Camilo Torres, es 1969, S. 136
6) H.L. Dornbusch, Kirchliche Entwicklungshilfe der BRD, Eine Effizienzanalyse am Beispiel ausgewählter Entwicklungsprojekte, Hamburg 1973, S. 86
7) H.L. Dornbusch, Kirchliche Entwicklungshilfe der BRD, S. 130
8) ebd., S. 116/117
9) ebd., S. 32
10) Misereor-inform, Entwicklungshilfe, Versuch einer Gesamtdarstellung, Aachen, S. 20

AGG

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER KATHOLISCHEN STUDENTEN- UND HOCHSCHULGEMEINDEN (AGG)

53 Bonn Rheinweg 34 Tel. 234021

– Projektbereich ausländische Arbeiter –

MATERIALLISTE

1. Ausländische Arbeiter in der BRD

   Broschüre, 79 S., Unkostenbeitrag DM 1,50

   Inhalt: Geschichte der Ausländerbeschäftigung, das Verhältnis der europäischen Randgebiete zu den industrialisierten Zentren, Schulsituation der ausländischen Kinder, soziale Probleme, Ausländergesetz.

2. Materialmappe zum Projektbereich "Ausländische Arbeiter"

   erscheint viermal im Jahr, jede Mappe ca. 130 S.

   Abonnement 1974 (Mappen 5-8), DM 12,--

   Inhalt: Materialien zur Sprachförderung für ausländische Kinder, Analysen über die wirtschaftlichen, soziale und politische Situation der ausländischen Arbeiter, Lerneinheiten und Rollenspiele für den Sprachunterricht, Berichte der lokalen Initiativgruppen, Zusammenfassung von Neuerscheinungen, Empfehlung didaktischer Materialien.

3. Materialmappe Nr. 1

   Unkostenbeitrag DM 4,--

   Inhalt: Türkische Arbeiter in der BRD, Sprachvermittlung für ausländische Kinder, zur Beurteilung von didaktischen Materialien, Unterrichtseinheit 'Wohnen' und 'Werbung', Entstehung von Vorurteilen.

4. Materialmappe Nr. 2

   Unkostenbeitrag DM 4,--

   Inhalt: Ausländische Arbeiter in München, die Arbeit mit ausländischen Kindern und Erwachsenen in Bürgerinitiativen, zur Situation italienischer Arbeiter in Berlin, Lerneinheiten zum Thema 'Familie' und 'Arbeit', die soziale Situation ausländischer Kinder usw.

5. Materialmappe Nr. 4

   Unkostenbeitrag DM 4,--

   Inhalt: Politische Ökonomie der Gastarbeiterfrage, die industrielle Reservearmee, englischsprachliches Informationsmaterial, Synopse der Erlasse der Bundesländer, Analyse von acht Sprachprogrammen für ausländische Kinder, didaktische und methodische Vorschläge für die Arbeit mit ausländischen Kindern, Situationsspiel "Im Kaufhaus" und "Ich spiele mit", Kurzdarstellung von Forschungsvorhaben usw.

Lieferung gegen Vorauszahlung des oben genannten Unkostenbeitrages für den Projektbereich "Ausländische Arbeiter" auf das Postscheckkonto Vermögensverwaltung KDSE, Köln 207 992, beiliegende Briefmarken oder Scheck.

Vorbemerkung der Redaktion zu dem auf der folgenden Seite beginnenden Artikel über die EKD-Entwicklungsdenkschrift

Zwar ist die Diskussion um die Denkschrift der Evangelischen Kirchen in Deutschland (EKD) mittlerweile schon etwas abgeklungen. Wir drucken den folgenden Artikel dennoch ab, weil er unseres Erachtens einige Kritikpunkte enthält, die nicht nur die EKD-Denkschrift speziell, sondern die derzeitigen entwicklungspolitischen Aussagen und Maßnahmen der BRD-Kirchen überhaupt aus dem richtigen Blickwin-.

EKD-Entwicklungsdenkschrift

Was soll das heißen: „Wandel sozialer Strukturen"?

Von Gerhard Breidenstein

Der Verfasser dieser kritischen Anmerkungen zur Denkschrift „Der Entwicklungsdienst der Kirche — ein Beitrag für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt", Dr. Gerhard Breidenstein, war durch Vermittlung von „Dienste in Übersee" von 1968 bis 1971 als Dozent in Seoul tätig. Seitdem arbeitet er an einer entwicklungspolitischen Studie über Nord- und Südkorea.

„Aus Gründen christlicher Weltverantwortung kann sich die Kirche der Forderung nach strukturellen Veränderungen und nach politischer und wirtschaftlicher Beteiligung der Machtlosen nicht entziehen." Dieser Satz der Entwicklungsdienst-Denkschrift (Ziffer 24) ist typisch für dieses wie für die meisten kirchlichen Dokumente zu gesellschaftspolitischen Fragen. Typisch sowohl in seiner vorsichtigen Umständlichkeit („Kann sich nicht entziehen") wie vor allem in seiner unverbindlichen Ungenauigkeit („strukturelle Veränderungen", „politische und wirtschaftliche Beteiligung der Machtlosen"). An mindestens neun wichtigen Stellen spricht die Denkschrift von „struktureller Neuordnung", „sozialem Strukturwandel" oder „gesellschaftlichen Veränderungen" (Ziffern 9, 22, 24, 25, 29, 34, 56). Aber kein einziges Mal wird dazu gesagt, welche „Strukturen" zu verändern wären (z. B. Großgrundbesitz?), welche angestrebt werden sollen (z. B. landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften?), welches die strukturerhaltenden Kräfte (z. B. Großagrarierparteien, Militär?) und welches die potentiell „strukturverändernden" Kräfte sind (z. B. revolutionäre Bauernparteien?). *Daß* in den sogenannten Entwicklungsländern „Strukturen" verändert werden müssen, pfeifen ja die Spatzen schon von den Dächern der Weltbank, das zwitscherten sie schon vor fünf Jahren in Uppsala auf der 4. Vollversammlung des Ökumenischen Rates. Aber welche „Strukturen"? Und wie sollen sie gegen den Widerstand derer verändert werden, die diese Strukturen gar nicht so ungerecht, sondern „natürlich" finden und um jeden Preis erhalten wollen? *Das ist es, was heute zur Debatte steht!*

Entsprechend blaß formulierten die Autoren der Denkschrift die „großen politischen Anstrengungen", die „für solche notwendigen strukturellen Änderungen erforderlich sind": „gerechtere Einkommensverteilung und Chancengleichheit im Bildungssektor" in den Entwicklungsländern; „Maßnahmen, welche die Entwicklungsländer in den bilateralen Beziehungen als gleichberechtigte Partner gelten lassen"; „eine entscheidende Verbesserung der internationalen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen im Sinne einer die Entwicklungsländer begünstigenden Arbeitsteilung" (Ziffer 24).

In den Ziffern 47—58 werden zwar etwas konkretere Maßnahmen in den Bereichen internationale Währungspolitik, Welthandel, internationaler Kapitalmarkt, Privatinvestitionen und staatliche Entwicklungshilfe gefordert. Aber diese keineswegs kühnen oder neuen Forderungen sind angesichts der internationalen Machtverhältnisse hilflose Appelle, und vor allem wären selbst ihre Erfüllungen keineswegs „strukturverändernd".

Im Hinblick auf die „Umstrukturierung der eigenen Wirtschaft", wo man besonders deutlich hätte sein müssen und sein können, ist lediglich von einem „kostspieligen Anpassungsprozeß" und von „Strukturmaßnahmen etwa in der Landwirtschaft oder in der Textilindustrie" die Rede (56, 57). Hatte man nicht den Mut zu sagen, wer da die Produktion einstellen, wem die Subventionen entzogen werden, wer entlassen und umgeschult werden soll? Und wer das alles in der ungeplanten kapitalistischen Wirtschaft veranlassen und wer die Kosten tragen soll? Gerade die entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit „erfordert eine Qualifizierung und Konkretisierung ihrer Aussagen", wie sich die Denkschrift (60) selbst ins Stammbuch schreibt. Sie wird dieser, ihrer eigenen Forderung aber nur an einer Stelle — merkwürdigerweise im theologischen Teil (Ziffer 72) — annähernd gerecht.

Daß der Katalog der Forderungen so gut wie nichts mit den wirklich erforderlichen „Strukturveränderungen" (wie demokratische Landreformen, Nationalisierung ausländischen Besitzes, Sturz korrupter Regime, Verstaatlichung zumindest von Schlüsselindustrien, Sozialisierung von Bildungs- und Gesundheitswesen) zu tun hat, ist in der entscheidenden Schwäche der Denkschrift begründet: es fehlt eine klare Analyse der Ursachen der Unterentwicklung und Fehlentwicklung in den Armutsländern. Die folgenden Formulierungen sind in dieser Richtung die einzigen Andeutungen: „das Erbe des kolonialen Zeitalters" (was ist das im einzelnen?), „das Gefüge des Welthandels" (wie ist er „gefügt"?), „die einseitige Handhabung der internationalen Währungspolitik (wer handhabt denn da einseitig und warum ist das auf die Dauer möglich?) und viele andere Faktoren" (welche?), „eine Entwicklungsplanung, die nicht von den Bedürfnissen der Masse der Menschen ausgeht" (wer macht solche Planung?) (alles 15), „weil . . . kleine privilegierte Gruppen (wer ist das?) alle entscheidenden Machtpositionen in ihren Händen haben und zur Ausbeutung der Masse der Bevölkerung nutzen", „dazu können auch (!) multinationale Konzerne zählen", „verursacht das gegenwärtige System der Weltwirtschaft (was ist das für ein System?) eine Fortdauer . . . der Abhängigkeit" (23), „Ursache in den Sozial- und Wirtschaftsstrukturen (welchen?) der Entwicklungsländer sowie der Abhängigkeit (welcher Art?) dieser Länder von den Industriestaaten zu suchen ist" (32, allgemeiner geht es kaum!), „die Bedingungen der Weltwirtschaft und insbesondere des Welthandels" (welche Bedingungen?) (47), „die Probleme der Dritten Welt auch im Wirtschaftsverhalten der Industrienationen ihre Ursachen haben" (60, es geht also doch noch allgemeiner als in Ziffer 32!).

So ist diese Denkschrift gefüllt mit unkonkreten Phrasen („. . . geht es um die Realisierung der Möglichkeiten, die heute und morgen bessere soziale Gerechtigkeit, mehr Freiheit und menschliche Würde zu sichern versprechen" 75; s. a. 62, letzter Satz), mit naiven Annahmen (z. B. von der „Selbstbescheidung der Industrieländer" — 19, s. a. 52), mit moralistischen Ansprüchen („gegen gruppenegoistische Tendenzen vorzugehen" — 24, „wird Toleranz und Aufgeschlossenheit erfordern" — 48) sowie mit übervorsichtigen Sätzen wie diesem: „Die Kirche wird auch in Zukunft sorgfältig darauf achten (!), wenn innerhalb der NATO einzelne Bündnispartner die für den Waffenexport vorgesehenen Verwendungsbeschränkungen nicht einhalten" (55). Warum wird hier Portugal, das seine kolonialen Unterdrückungskriege u. a. mit deutschen Flugzeugen führt, nicht genannt?

Der Kirchliche Entwicklungsdienst „. . . wird nicht davon ablassen, ungerechte Herrschaftsverhältnisse öffentlich beim Namen zu nennen" (29). Genau das tut die Denkschrift nicht! Kein einziges der zahlreichen unterdrückerischen Regime in der „Dritten Welt" wird angeprangert, keine unserer eigenen Regierungen für ihre Machenschaften in jenen Ländern kritisiert. Die Autoren konnten sich auch nicht dazu überwinden, solche politikwissenschaftlichen Begriffe wie Feudalismus, Kapitalismus oder Imperialismus in den Mund zu nehmen, geschweige denn de-

ren analytisch-kritische Implikationen zu entfalten. Da werden zwar die Defekte des Welthandels in allgemeiner Form beklagt, aber es wird nicht aufgezeigt, daß kapitalistisch-imperialistische Staaten eine andere, den Interessen ihrer Profitwirtschaften widersprechende Handelspolitik gar nicht treiben können, wenn sie sich nicht selbst aufgeben wollen. Da wird die Vernachlässigung der breiten Massen im Entwicklungsprozeß vieler Entwicklungsländer kritisiert, aber man sieht oder sagt nicht, daß dies eine unvermeidliche Folge des kapitalistischen Weges zur Industrialisierung ist, der ja auch in Europa und in den USA 200 Jahre lang Massenelend hervorgebracht hat.

Von einer ungerechten und entwicklungshemmenden Verteilung des Landbesitzes in vielen Entwicklungsländern ist nicht einmal feststellend die Rede, geschweige daß man darauf hinwiese, daß solche feudalen Systeme wie in der Türkei, im Iran, den Philippinen, Indonesien, Thailand, Kambodscha, Südvietnam, Brasilien, Bolivien, Uruguay, Kolumbien und im südlichen Afrika durch entsprechende Diktaturen und durch „westliche" Weltmachtpolitik (Imperialismus) am Leben erhalten werden. Von Strategien zur Überwindung dieser „Strukturen" ist noch weniger die Rede, zumal man sich strikt und ohne Ausnahme (aber auch ohne Begründung) gegen jede Gewaltanwendung ausspricht (29). (In diesem Punkte war bereits „Populorum Progressio" 1967 weiter. Vgl. dort die Ausnahmeklausel in Ziffer 31!)

Es ist hier nicht möglich, eine ausreichende Auseinandersetzung mit politischen Systemen und ihren Varianten und konkreten Formen zu führen. Aber genau das muß die kirchliche Diskussion über die Armut in der Welt endlich wagen, will sie nicht länger am Kern der Probleme vorbeireden. Wir müssen uns mit christlicher Unbefangenheit darüber klar zu werden suchen, ob in den Ländern der „Dritten Welt" kapitalistische „Strukturen" überhaupt zu einer menschenwürdigen und gerechten Gesellschaft führen können, was im Hinblick auf so „erfolgreiche" Länder wie z. B. Brasilien, Südkorea oder Südafrika, aber auch durch unsere eigenen „Entwicklungserfolge" in Zweifel gezogen wird. Wir müssen ferner kritisch prüfen, ob eine (auch kirchliche) Entwicklungshilfe an die faschistischen Staaten Südeuropas, Südostasiens, Südamerikas und des südlichen Afrika sinnvoll und vertretbar ist, wenn feststeht, daß sie die machtlosen Massen dort nicht erreicht. Und wir müssen uns in christlicher Freiheit von Vorurteilen der Frage stellen, ob nicht sozialistische Systeme grundsätzlich mehr Chancen haben, Freiheit und Gleichheit für alle zu verwirklichen.

Der Vergleich Chinas mit Indien, der von Nord- mit Südkorea und von Nord- mit Südvietnam bietet inzwischen einiges Anschauungsmaterial, das durch Beobachtungen in den Ländern des arabischen Sozialismus, sowie in Tansania, Guinea, Sri Lanka, Burma oder Chile und durch entsprechende Vergleiche mit typisch kapitalistisch organisierten Entwicklungsländern wie Marokko, Elfenbeinküste, Kenia, Taiwan, Philippinen, Indonesien und fast allen lateinamerikanischen Staaten ergänzt werden müßte. Dabei zeigen sich interessante Unterschiede, vor denen wir die Augen nicht länger verschließen dürfen, auch nicht mit der theologischen Ausrede, alle politischen Systeme seien ja gleichermaßen „gefallene Ordnung" und vor dem Reich Gottes relativiert. So gibt es in den sozialistischen Entwicklungsländern (dazu zählen wir die kommunistisch geführten wie auch andere, den Sozialismus anstrebende Staaten) in der Regel keine Slums, weil man auch die „unrentable" Landwirtschaft und den staatlichen Wohnungsbau entwickelt; der Gesundheitsdienst und das Bildungswesen werden breit gefördert und für alle unentgeltlich zugänglich gemacht, obwohl sie das industrielle Wachstum nicht unmittelbar steigern, sondern sogar bremsen. In jenen Gesellschaften sind Bauern, Arbeiter, Frauen und Kinder nicht mehr Opfer rechtloser Ausbeutung, weil es kein (oder kein unkontrolliertes) privates Profitstreben mehr gibt und weil nicht mehr Großgrundbesitzer und Unternehmer die Gesetzgebung und den Regierungsapparat kontrollieren; Korruption im großen Stil ist im allgemeinen überwunden, weil es keine extrem hohen Einkommen und keine Profitinteressen mehr gibt; in diesen Ländern wird Entwicklung für die Gesamtbevölkerung geplant und nicht nur für eine städtische Oberschicht.

Hier geht es in der Tat um „strukturbedingte" Unterschiede, d. h. um entwicklungspolitische Differenzen, die in den unterschiedlichen politisch-ökonomischen Systemen begründet sind; die Rede von den „Dritte-Welt-Ländern" verwischt diese Unterschiede. Wenn diese Behauptung genauerer Analyse und Verifikation standhält, dann hätte das allerdings Folgen auch für den kirchlichen Entwicklungsdienst, jedenfalls für kirchliches Reden über Probleme der Armutsländer.

Ebenso hätte die Imperialismus-Diskussion direkteste Auswirkung auf entwicklungspolitische Analysen und darf deshalb nicht länger umgangen werden. Denn es wird ja begründet behauptet, daß die Ungleichgewichte und Abhängigkeiten im Welthandel, daß die direkte und indirekte Ausbeutung der Entwicklungsländer durch private Investitionen aus den Industrieländern und daß die Unterstützung unterdrückerischer Militärdiktaturen durch die USA und westeuropäische Staaten kein Zufall oder Schönheitsfehler sind, sondern systematische und systembedingte Politik kapitalistischer Staaten, die eine neo-koloniale oder imperialistische Strategie betreiben müssen, um sich Rohstoff-, Absatz-, Investitions- und Arbeitskraftmärkte zu erhalten. Sofern solche Politik auch den osteuropäischen Staaten nachzuweisen ist (die allerdings nicht mit Militär und Unternehmen rund um die Welt präsent sind), ist dies natürlich gleichermaßen als Imperialismus zu bezeichnen und zu verurteilen.

Es wäre also der Entwicklungsdienst-Denkschrift vorzuwerfen, daß sie die hier nur angedeuteten „Struktur"-Analysen nicht enthält und deshalb zu völlig unzulänglichen Forderungen kommt. (Man beachte auch, wie absolut „struktur-neutral" die vorgeschlagenen Projekte kirchlicher Entwicklungshilfe sind. Ziffer 42.)

Die Denkschrift mahnt unverbindlich zur Gerechtigkeit, wie das ja auch die Kirchen des 19. Jahrhunderts angesichts der „Sozialen Frage" taten, während sie faktisch auf Seiten der Ausbeuter und Unterdrücker und ihres Staates standen, weil sie das System nicht durchschauten. Daß die Kirchen damals auch den Kolonialismus schweigend duldeten, z. T. mit ihm kollaborierten, erforderte heute eigentlich ein klares Schuldbekenntnis; aber dazu kann sich die Denkschrift nicht durchringen (6), obwohl der Kolonialismus entscheidend verantwortlich zu machen ist für die heutige Armut der „Entwicklungsländer". Damals wie heute bleibt das Sich-Stellen auf die Seite der Leidenden (29, 34 u. ö.) verbales Pathos, es kostet nichts und nützt nichts. Hier, meine ich, liegt das verzweifelt gesuchte „Proprium" kirchlicher Denkschriften zu politischen Fragen: daß sie unbefangener, mutiger, freier und — parteilicher sein könnten als Verlautbarungen von Regierungen, Parteien und Verbänden. Bisher hat erst eine Denkschrift genau das geleistet: die (deshalb) umstrittene und viel beachtete Ost-Denkschrift. Die Denkschrift zum Entwicklungsdienst der Kirche jedoch ist weder ein Beitrag zur Sachdiskussion, deren Stand von vor etwa drei Jahren sie wiedergibt, noch leistet sie gegenüber den kirchlichen Gemeinden, an die sie sich wohl vor allem wendet, die dringend notwendige Aufklärung und Bewußtseinsbildung. Auf neueren Plakaten von „Brot für die Welt" stand schon Deutlicheres.

aus : der überblick 3/73

PORTUGAL

Zur Lage der Kirche

Bericht eines portugiesischen Priesters

Die kirchliche Lage in Portugal - Brutale Polizeiaktion gegen engagierte Christen

Am 25. November 1973 begann in Portugal eine Blitzaktion der Geheimpolizei gegen engagierte kritische Christen. Anfang Dezember waren bereits über hundert Personen verhaftet und in den politischen Gefängnissen verschwunden. In der offiziellen Version der - zensurierten - Presse werden diese Christen mit einer anarchistischen Gruppe, die gewaltsame Mittel gegen Einrichtungen der Polizei und des Militärs anwendet, in Verbindung gebracht. Die amtliche Kirche schweigt. - Worin liegt der Anlaß und der Zweck dieser Aktion? Welches ist ihr politischer und kirchlicher Hintergrund?

Obwohl verfassungsmäßig eine strikte Trennung von Staat und Kirche besteht, besitzt die Kirche in Portugal eine starke Machtposition. Zunächst wirkt ihr Einfluß indirekt durch die Religiosität des Volkes, insofern die Kirche (im eigentümlich portugiesischen Verständnis) als Autorität eine wesentliche Über-Ich-Funktion hat und durch Internalisierung dieser Autorität beim größten Teil der Bevölkerung eine starke affektive Bindung hat. Das traditionelle Christentum in Portugal, das wie in Südspanien am längsten unter maurischer Herrschaft geblieben ist, trägt die Züge der islamischen Einheit von Politischem und Religiösem. Deshalb kann die Regierung nicht direkt gegen die Kirche vorgehen, ohne Unruhe und Aufstand befürchten zu müssen.

Trotzdem kann die offizielle Kirche in Portugal nicht als Korrektiv oder als potentieller Gegenspieler zur Regierungspolitik betrachtet werden. Zur Zeit Salazars und des früheren Kardinals Cerejeira von Lissabon bestand zwischen der Regierungspolitik und der Kirchenpolitik eine fraglose Identität. Von kirchlicher Seite wurde die Politik Salazars (auch hinsichtlich der "überseeischen Gebiete", der "Missionen") als der Sendung der christlichen portugiesischen Nation dienend betrachtet und vorbehaltlos akzeptiert. In den letzten Jahren folgt die portugiesische Hierarchie der neuen vatikanischen Politik, d.h. bei aller grundsätzlichen Vorliebe für das bestehende (autoritäre) System enthält man sich eher der offenen Unterstützung des Regimes und seiner Politik und sucht eine vorsichtige Distanzierung, um sich für eine eventuelle Änderung der politischen Orientierung und des politischen Systems eine Hintertür offenzuhalten.

Die Kirche erhält vom Staat keine finanzielle Unterstützung, auch keine Entschädigung für die Enteignung von Kirchenbesitz zur Zeit der Republik (1910-1926). Es gibt keine Kirchensteuer. Der niedere Klerus, vor allem außerhalb der größeren Städte, lebt deshalb sehr arm. Viele Geistliche müssen sich ihren Lebensunterhalt durch eine Nebentätigkeit verdienen. Dennoch fehlt es der Hierarchie und deren Unternehmungen nicht an Geld, und zwar aufgrund von Beziehungen zu den politisch und wirtschaftlich einflußreichen Kreisen; auf dieser Ebene kann die Kirche in Portugal durchaus als reich bezeichnet werden.

Die Aktivität der offiziellen Laienbewegungen und anderer christlichen Gruppen, die im Gefolge des II. Vatikanischen Konzils und unter starkem Einfluß von entsprechenden Bewegungen in Frankreich einen beträchtlichen Aufschwung genommen hatten, ist gegenwärtig fast völlig erlahmt. Gründe dafür sind die gegenreformatorische Wende der offiziellen Kirche, die Drosselung echter, auf Veränderung zielender Ansätze in der Kirche und die brutale Unterdrückung (durch die Geheimpolizei) jeder Kritik am politisch-kirchlichen System.

Für das Verständnis der gegenwärtigen Polizeiaktion gegen die engagierten Christen sind zwei neuere Entwicklungen wichtig:

1. Seitdem die Weltöffentlichkeit im Sommer 1973 durch die Enthüllungen über die Massaker in Mozambique (z.B. in Wiriyamu), und zwar aufgrund von Zeugnissen der Missionare in diesen Gebieten, auf die Kolonialpolitik und den Kolonialkrieg Portugals in Afrika aufmerksam gemacht worden ist, kann auch die katholische Hierarchie nicht mehr schweigen. Da alle Welt, die UNO, viele Politiker und der Weltkirchenrat gegen den Kolonialismus und Rassismus des portugiesischen Regimes in Afrika auftreten, muß nun auch die katholische Kirche Stellung nehmen, vor allem auch, um nicht wegen der aufs Ganze gesehen doch geringen Vorteile, die eine weitere totale Kollaboration mit der portugiesischen Kolonialpolitik in der neuen Situation bringen kann, im ganzen übrigen Schwarzafrika unglaubwürdig zu werden und es zu verlieren. Im Vatikan waren allerdings die Verhältnisse in den portugiesi-

schen Kolonien schon längst bekannt, da sich durch Berichte und Anfragen von seiten der Missionare im Laufe der letzten Jahre ein umfangreiches Dossier angesammelt hat, das jedoch streng geheimgehalten und worüber auch die betreffenden Missionare und Ordensleute zu strenger Geheimhaltung verpflichtet wurden. Der Vatikan wurde jedoch in jüngster Zeit immer eindringlicher zu einer Stellungnahme aufgefordert. Da die Bischofskonferenz von Mozambique auch nach dem Bekanntwerden der Massaker in der Weltöffentlichkeit weiterhin schwieg, protestierte der Bischof von Nampule, Mgr. Manuel Vieira Pinto, in einem umfangreichen Brief (datiert vom 6.8.73) an Papst Paul VI. gegen das kollektive Schweigen der kirchlichen Hierarchie. Bei einem Gespräch am 13. Sept. 1973 mit den Bischöfen von Quelimane (Präsident der Bischofskonferenz von Mozambique), Tete (am meisten von Massakern betroffenes Gebiet) und Nampula hat Papst Paul VI. eindringlich zu öffentlichen Stellungnahmen gemahnt. Schon am 15. und 22. Juli 1973 hat der Papst in den Sonntagsansprachen auf die Ereignisse in Mozambique hingewiesen und die Missionare aus Mozambique gegen die Anschuldigung (von seiten der portugiesischen Regierung) der Lüge und der subversiven Tätigkeit in Schutz genommen. Aber das war noch nicht deutlich genug. Daher wies der Erzbischof von Lusaka (Bambia), Mgr. Emmanuel Milingo, bei einer Pressekonferenz im Nov. 1973 wieder auf die Verquickung der Kirche mit der portugiesischen Kolonialpolitik hin und sagte: "Wir möchten endlich wissen, warum der Heilige Stuhl angesichts einer solchen Situation in einem schuldhaften Schweigen verharrt." Auch von nichtkatholischer Seite wurde der Papst zum Handeln aufgefordert. Nachdem der Generalsekretär der Allafrikanischen Kirchenkonferenz am 25. Juni in einer Privataudienz mit Paul VI. gesprochen und öffentlich die Beziehungen zwischen der katholischen Kirche und dem portugiesischen Staat kritisiert hatte, hat das Exekutivkomitee der Allafrikanischen Kirchenkonferenz - offenbar enttäuscht über die andauernde Zurückhaltung der katholischen Hierarchie - die schwarzafrikanischen Staaten aufgefordert, die diplomatischen Beziehungen zum Vatikan zu überprüfen, und eine "Erklärung zum Konkordat zwischen Vatikan und Portugal" veröffentlicht, in der eine Kündigung der Verträge (Konkordat und Missionsabkommen von 1940) verlangt wird.

2. Seit einiger Zeit wurden von engagierten Christen in Portugal selbst Flugblätter und Hefte mit genauen Informationen über die Situation und den Kolonialkrieg in den afrikanischen Territorien verbreitet. Derartige Nachrichten und jede Diskussion über den Status der afrikanischen Kolonien werden vom Regime bedingungslos unterdrückt. Es darf nichts darüber veröffentlicht oder in einer Versammlung gesprochen werden. Auch in der Zeit kurz vor den Wahlen, in der die Opposition gewisse, sehr eingeschränkte Äußerungsmöglichkeiten hat, durfte dieses Thema nicht berührt werden. Trotzdem war es einer kleinen Gruppe von Christen gelungen, während der letzten zwei Jahre in einer Wohnung in Lissabon ein umfangreiches geheimes Archiv mit Informationen und Dokumenten über die afrikanischen Kolonien anzulegen und aufgrund dieses Materials einiges in die Öffentlichkeit zu bringen. Die Geheimpolizei wußte wohl keinen Weg, um dieses Archiv und die Leute ausfindig zu machen. Sie mußte einen plausiblen Anlaß suchen, um an einer Stelle zuschlagen zu können und womöglich eine Spur zu finden. So verlief auch die Aktion.

> **Protest gegen Portugal**
> Gegen die Anschuldigung der portugiesischen Regierung, die in Angola, Mozambique und Guinea-Bissac tätigen Missionsgesellschaften betrieben „schädliche Aktionen und vergiftende Aktivitäten", haben der protestantische und der katholische Missionsrat in den Niederlanden protestiert. (epd)

BaZ,23.2.73

Am 22. Nov. 1973 gelang es der Polizei, einen großen Teil der anarchistischen Gruppen L.U.A.R. (Liga unida da accao revolucionaria) und deren Anführer, Palma Inácio, zu verhaften. Diese Gruppe kämpft gegen das diktatorische Regime auch unter Anwendung von Gewalt gegen Sachen (z.B. Vernichtung des Aktenmaterials für die Einberufungen zum Militär, Zerstörung von Hubschraubern, die für den Einsatz im Kolonialkrieg bestimmt waren).

Am 25. Nov. wurden zwei, in der Öffentlichkeit und bei der Geheimpolizei bekannte engagierte Christen verhaftet: der Priester Luía Moita und der Architekt Teutónio Pereira. Kurz darauf erschien die Geheimpolizei in der Wohnung, wo sich das Geheimarchiv befand. Da nur vier Personen von der Existenz dieses Archivs wußten, gibt es nur eine Erklärung: Die Verhafteten wurden durch Folterung dazu gebracht, den Ort des Archivs zu nennen.

In den folgenden Tagen nahm die Verhaftungswelle sprunghaft zu, und zwar ausschließlich von engagierten Christen, - Angehörige der politischen Opposition (der sozialistischen und der kommunistischen Partei) sind davon gegenwärtig nicht betroffen. Bei der Beschlagnahmung des Geheimarchivs ist der Polizei auch eine Kartei mit den Adressen von etwa fünfhundert Personen in die Hände gefallen. Diese Personen stehen in Zusammenhang mit dem Aufbau einer "Justitia et Pax"-Kommission in Portugal. Nachdem nämlich einige engagierte Christen zwischen Januar und Juni 1973 dreimal

mit dem Kardinal von Lissabon über die Errichtung einer solchen Kommission - wie es sie im Sinne des Papstes in vielen anderen Ländern schon seit einigen Jahren gibt - gesprochen hatten und der Kardinal sie immer abgewiesen hatte mit der Begründung, die Zeit sei dazu noch nicht reif, begannen diese Christen, wenigstens eine vorläufige Bewegung "Justitia et Pax" zu organisieren. Geplant war zunächst eine Aktion für den 1. Januar (Weltfriedenstag) 1974, an dem in den Pfarreien ganz Portugals über den Kolonialkrieg informiert und diskutiert werden sollte.

Der "Erfolg" für die Geheimpolizei war wohl größer, als sie sich gedacht hatte. Sie hat mit einem Schlag einen großen Teil der engagierten Christen getroffen und konnte diese mit den verhafteten Mitgliedern der anarchistischen L.U.A.R. in Zusammenhang bringen. In der - zensurierten - Presse wurde von der Verhaftung der Christen so berichtet, daß diese als Mitglieder der anarchistischen Gruppe erschienen. Durch diese Manipulation will die Geheimpolizei offensichtlich erreichen, daß diese Christen in der Öffentlichkeit ihre moralische und christliche Glaubwürdigkeit verlieren (die angeblichen Christen seien in Wirklichkeit Terroristen und Mitarbeiter der L.U.A.R.) und - soweit sie Priester sind - von ihren Bischöfen und Ordensobern unter strengere Aufsicht gestellt werden. Es ist dem Regime in der Tat gelungen, bei vielen Katholiken Unsicherheit und Verwirrung hervorzurufen.

Die Verhaftungen bringen für die Betroffenen nicht nur Gefängnis und Folter, sondern, sofern sie wieder freigelassen werden, auch Verlust der beruflichen und wirtschaftlichen Existenz. Wer im öffentlichen Dienst ist, verliert seine Stelle und kann auch in der Privatwirtschaft kaum mehr Arbeit finden. Durch die Verhaftung von führenden Leuten, durch die Not, in die viele Personen und Familien gestürzt werden, und durch die Befürchtung von weiteren Maßnahmen der Geheimpolizei ist die Arbeit von engagierten Christen für die Menschenrechte, für Gerechtigkeit und Frieden auf lange Zeit lahmgelegt.

Die Härte und der Umfang dieser Aktion der Geheimpolizei gegen die engagierten Christen hat offenbar auch den Zweck, Druck auf den Vatikan auszuüben. Da der Vatikan in der letzten Zeit, wenn auch für viele noch zu wenig deutlich und eindeutig und vor allem bisher noch ohne die notwendigen praktischen Konsequenzen, gegen die Kolonialpolitik und den Kolonialkrieg Portugals Stellung nimmt, fürchtet das portugiesische Regime, einen wichtigen Verbündeten und damit einen wesentlichen Teil seiner ideologischen Legitimation ("Ausbreitung und Verteidigung der christlichen Zivilisation in Afrika") zu verlieren. Durch das brutale Vorgehen gegen die engagierten Christen will das Regime vom Vatikan eine weitere Unterstützung der portugiesischen Politik in Afrika erzwingen.

Die Hintergründe und die Zusammenhänge der Polizeiaktion zeigen, daß diese Vorgänge weder eine rein innerkirchliche noch eine rein portugiesische Angelegenheit sind. Angesichts des Kolonialismus und Rassismus des portugiesischen Regimes im Namen der "christlichen Zivilisation" und in enger Verbindung mit der christlichen "Mission" wird die Kirche - die katholische Hierarchie auf politisch-diplomatischer Ebene, jeder Christ um seines Glaubens und seiner Sendung willen - zu einem eindeutigen Stellungnehmen und Handeln herausgefordert. In Portugal wird jede Kritik an der Kolonialpolitik und am Kolonialkrieg mit den brutalsten Mitteln unterdrückt. Wissen die Christen in den entwickelten Industrieländern, auch in der Bundesrepublik, daß diese Kolonialpolitik und die Ausbeutung der afrikanischen Kolonien nicht nur im Interesse der wirtschaftlich und finanziell Mächtigen in Portugal geschieht, sondern daß das portugiesische Regime den Unternehmen aus den Industrieländern und den multinationalen Konzernen besonders gewinnbringende Investitionsmöglichkeiten in den afrikanischen Kolonien bietet und darum auch in deren Interesse die koloniale Situation aufrechterhält? Die Solidarität mit den engagierten Christen in Portugal fordert darum - gewiß im Sinne der jetzt hart Getroffenen selbst - über die Hilfe in der akuten Not (Informierung der Öffentlichkeit, Mobilisierung der politischen und kirchlichen Stellen, Unterstützung der in materielle Not Geratenen) hinaus die Einsicht in die wirklichen Gründe sowohl des Kolonialkrieges (Massaker) in Afrika als auch der Repressionen in Portugal und ein gemeinsames Engagement zur Veränderung jener wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, die auf der Ausbeutung der Dritten Welt basieren und wovon das portugiesische Regime mit seinen Kolonien nur einen Sonderfall darstellt.

Schlafberaubung als Folter?

MBL BRÜSSEL, 22. Juli. Mit Hilfe von Ärzten beraubt die politische Polizei in Portugal Häftlinge des Schlafs, um Geständnisse zu erpressen. Zu diesem Schluß ist der belgische Arzt Michel Bossut gelangt, der im Auftrag der belgischen Liga für die Menschenrechte eine Untersuchung in Portugal durchgeführt hat. Beraubung des Schlafs führe zur allgemeinen Erschöpfung des Menschen, der schließlich jedes Dokument unterzeichne. Diese Foltermethode hinterlasse viele Spuren, sei aber nicht tödlich, sofern bestimmte Vorsorgemaßnahmen beachtet würden. Der belgische Arzt berichtet, manche Gefangene müßten in psychiatrische Anstalten gebracht werden, weil sie infolge der Schlafberaubungstechnik unter Geistesgestörtheit litten.

FR 23.7.73

FREMDARBEITER

Industriebetreuung durch Tanz und Spiel

KULTUR- UND BETREUUNGSARBEIT MIT DER "DRITTEN WELT" IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND - Kulturpolitische Reflexionen zu den "Tagen des ausländischen Mitbürgers"

von Haris Katsoulis

Das schnelle Anwachsen der Anzahl angeworbener ausländischer Arbeiter in der Bundesrepublik Deutschland, deren z.T. besorgniserregende Situation, die Flut von Artikeln, Untersuchungen, Veröffentlichungen und alarmierenden Meldungen in den Massenkommunikationsmitteln, die zunehmende Entstehung von Ausländerghettos in den Ballungsräumen und dort wiederum meist in den alten Stadtkernen, die langsam heranreifende Erkenntnis, daß die Probleme dieser diskriminierten Minorität hochexplosiven Sprengstoff für die ganze Gesellschaft beinhalten, der zunehmende Bewußtwerdungsprozeß der ausländischen Arbeiter, das allgemeine Unbehagen unter der deutschen Bevölkerung, die Angst, das "Gastarbeiterproblem" könnte sich ähnlich wie das Negerproblem in den USA entwickeln und nicht zuletzt die viel zu lange Vernachlässigung bzw. Verniedlichung dieser Fragen haben auch die Städte und Gemeinden zu der Einsicht gezwungen, daß irgend etwas geschehen muß. So stellt das Bayerische Staatsministerium des Innern fest: "Die Entwicklung der Ausländerbeschäftigung erzwingt eine entscheidende Auseinandersetzung mit diesen Problemen gerade zum jetzigen Zeitpunkt" (1). Ähnlich klingen auch die Aussagen im Bund und in anderen Ländern und Gemeinden. "Zwar: eine Randgruppenstadt, die unter Rassenkampf, Kriminalität und Häuserverfall zum Siechtum in Apathie verurteilt scheint", so kommentierte "Der Spiegel" in seiner Titelgeschichte vom 30.7.1973 (2), "ist hierzulande eher noch Alptraum. Doch erste Harlem-Symptome sind bereits sichtbar. An den Erosionsstellen deutscher Städte 'wächst ein neues Subproletariat heran, keimt die Saat sozialer Krankheitsherde' (Richter Franz) (3)".

Diese Problematik führte dazu, daß in den letzten Jahren verschiedene aufgrund von regionalen Umfragen erstellte Berichte und Problemstudien über die Lage der ausländischen Arbeiter in den einzelnen Städten entstanden. Solche Berichte brachten auch, wie erwartet, die z.T. katastrophale Situation der ausländischen Arbeiter offen zutage. Sie legten ebenfalls Vorschläge vor, wie diesen Mißständen entgegengewirkt werden kann, und rechneten teilweise aus, daß dazu u.a. erhebliche finanzielle Mittel notwendig wären. Angesichts dieser hohen infrastrukturellen Kosten blieb es auch im großen und ganzen nur bei den Berichten. So erklärt sich folgende typische Reaktion einer ausländischen Sozialbetreuerin in München, die sinngemäß feststellte: "Ihr macht eine Umfrage nach der anderen, und währenddessen verschlechtert sich die Situation unserer Arbeiter ständig." (4)

Obwohl man von offizieller Seite eingesteht, daß "die Ausländer im Vergleich zu deutschen Arbeitnehmern einen niedrigeren Infrastrukturbedarf" (5) haben (so der Ministerialdirigent Rosenmöller im Bundesarbeitsblatt 4/1970), hat die jahrelange Unterlassung von notwendigen infrastrukturellen Maßnahmen zur menschenwürdigen und chancengleichen sozialen Integration der ausländischen Arbeiter dazu geführt, daß nun ein riesenhaftes Investitionsdefizit von weit über 10 Jahren ausgeglichen werden muß.
"Zwar ist noch nirgends exakt belegt, was die Einbürgerung aller ausländischen Arbeitnehmer kosten würde. Doch ob Berlins Finanzsenator Heinz Striek 'für jeden sich integrierenden Gastarbeiter Infrastrukturkosten von 200 000 DM' veranschlagt oder ob Münchens Stadtentwickler allein für ihre Region einen 'Integrationsbedarf von vermutlich 2,5 Mrd. DM' errechnen - die unbezahlte Rechnung ist schon gigantisch" (6). Und um die Bezahlung, oder besser gesagt, um die Nichtbezahlung dieser Rechnung geht es im Grunde oft in den angefachten Diskussionen.

Die Arbeitgeber versuchen, die sozialen Folgelasten - die durch die von ihnen veranlaßte Ausländerbeschäftigung entstanden sind und an der sie an erster Stelle profitieren - womöglich zu umgehen bzw. diese Kosten auf den Staat abzuwälzen. Unter anderem deswegen versuchen sie, seit langem das Konzept einer zwangsweisen Rotation der ausländischen Arbeiter einzuführen, was jedoch die Bundesregierung als der Repräsentant eines "sozialen Rechtsstaates" "aus sozialen und humanitären Gründen" nicht verantworten kann. Diese komplexe Sachlage wird durch eine vom Bundesverwaltungsrichter F. Franz als "schizophren" (7) bezeichnete Ausländerpolitik noch weiter verkompliziert. Diese Politik wird vor allem dadurch charakterisiert, daß

man einerseits an der amtlich immer noch genährten Fiktion, die Bundesrepublik sei kein Einwanderungsland, festhält und demnach Ausländern wichtige Rechte vorenthält, andererseits jedoch eine menschenwürdige Integrationspolitik proklamiert.

Es ist eine unbezweifelbare Tatsache, daß zur Schaffung eines menschenwürdigen Daseins der ausländischen Arbeiter in der BRD die Infrastrukturkosten, auch wenn hoch, notwendig sind – zumal die Wirtschaft und somit auch der Staat in der Bundesrepublik in absehbarer Zeit auf die ausländischen Arbeiter nicht verzichten wollen und können. Doch angesichts der wirtschaftspolitischen Konstellation in der Bundesrepublik und der darin herrschenden Interessen ist es höchst zweifelhaft, ob auch nur ein Teil dieser erforderlichen Kosten freiwillig aufgebracht wird.

Die aus solchen Widersprüchen resultierende Konzeption bzw. Konzeptionslosigkeit und Passivität drängt infolgedessen mehr nach Scheinlösungen.

Wir suchen

für 6 Gastarbeiter (Jugoslawen) entsprechende

Mietwohnungen

die von der Firma aus bezahlt werden.

Die Firma verpflichtet sich ebenfalls, alle 2 Jahre Renovierungen durchzuführen, eine mindestens 14tägige Wohnungskontrolle durchzuführen in bezug auf Sauberkeit sowie für eventuell gewaltsam zerstörte Einrichtungsteile vollen Ersatz zu leisten.

Da es dringend ist, nach Möglichkeit Mietbeginn 1. November 1973, erbitten wir umgehend Angebote an unsere Anschrift

Pr. Institut für Härtetechnik GmbH

6101 Roßdorf, Industriestraße 4-6

Aus dem „Darmstädter Echo“.

Aus diesem Dilemma scheinen nun die sog. "Tage des ausländischen Mitbürgers" die Städte und die Verantwortlichen zumindest in nächster Zeit hinauszuführen. Durch diese spektakulären kulturellen Massenveranstaltungen, die neuerdings zunehmend in den verschiedenen Städten und Gemeinden der Bundesrepublik durchgeführt werden, wird versucht, das unbewältige ökonomisch-politische Problem nun als ein humanitär-kulturelles und somit als ein Problem der "Menschlichkeit" darzustellen, das nur mit etwas "gutem Willen" seitens der deutschen und ausländischen Bevölkerung zu lösen wäre.

Solche den ausländischen Arbeitern gewidmete Tage lassen m.E. bei den Veranstaltern und besonders im Stadtrat das Bewußtsein entstehen, für dieses Problem bzw. für die Ausländer "doch etwas getan" zu haben. Somit erfüllen sie eine Alibifunktion für die städtische Inaktivität und erreichen gleichzeitig mit einem Minimum an Aufwand und Kosten das schlechte Gewissen zu beruhigen.

Im folgenden soll unter Hinzuziehung einiger Beispiele aus dem ausländerreichen Rhein-Neckar-Raum anhand dieser "Tage des ausländischen Mitbürgers" die allgemeine Kultur- und Betreuungsarbeit mit ausländischen Arbeitern näher beleuchtet werden.

Nach dem Erscheinen des "Berichtes über die Lage der Gastarbeiter in Ludwigshafen am Rhein" im Jahre 1971, der einige der tristen und beklemmenden Aspekte des bundesrepublikanischen Fremdarbeiter-Daseins, die längst als Exempel benachteiligter Gruppen gelten, auch, für die "Stadt der Chemie Ludwigshafen" unterstrich, beschlossen die dortigen Stadt-"Väter" am 15.11. 1971, daß gegen diese Situation und zur Lösung der Probleme der etwa 19 000 Ausländer in Ludwigshafen "etwas getan werden müsse". Daraufhin traf Anfang 1972 der dort entstandene "Koordinierungskreis Ausländische Arbeitnehmer" die Entscheidung, einen "Tag des ausländischen Mitbürgers" durchzuführen.

Kennzeichnend für solche "Koordinierungskreise Ausländische Arbeitnehmer", und so auch für den 18köpfigen Ludwigshafener Koordinierungskreis ist, daß darin Vertreter verschiedener Verbände, Behörden und Wohlfahrtsorganisationen sitzen, die hauptamtlich für diese Stellen arbeiten – doch i.d.R. kein einziger Ausländer, geschweige denn ein demokratisch gewählter.
Diese Koordinierungskreise sind in letzter Zeit auf Initiativen des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung und mit Hilfe der Bundesanstalt für Arbeit auf Bundes- und Landesebene sowie bereits in über hundert Städten und Gemeinden der Bundesrepublik entstanden. Es muß jedoch wie eine Farce empfunden werden, wenn solche Gremien von Deutschen, die Probleme der dort lebenden Ausländer, ohne ihre Mitwirkung bzw. Mitbestimmung, beraten und lösen wollen. "Der sich aufdrängende Schluß jedoch, daß die Ausländer ihre Interessen selber formulieren müssen, wurde nicht gezogen". (8)
Dies ist jedoch typisch für eine Haltung, die "gleichberechtigte Partnerschaft" proklamiert und statt dessen Bevormundung und caritative "Betreuung" der Ausländer praktiziert.

Ganz im Geist dieses Betreuungskonzeptes wurde der o.g. Beschluß, der bezüglich der Durchführung eines "Tages des ausländischen Mitbürgers" in Ludwigshafen f ü r die ausländischen Arbeiter gefaßt wurde, sogleich von "BASF intern", einem monatlichen Informationsblatt, der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der BASF für die Mitarbeiter des Werkes Ludwigshafen, in seiner April-Nummer 1972, mit reichlichem Lob begrüßt und in einer Weise vorgestellt, als wäre er im "Einvernehmen m i t ... den Gruppierungen der ausländischen Arbeitnehmer gefaßt", als würde er ihren Interessen entsprechen und ihre Probleme lösen.

In diesem Artikel über "Internationales Ludwigshafen" stellt "BASF intern" stolz fest: "Zum erstenmal (9) in der BRD wird es in der 'Stadt der Chemie' einen 'Tag des ausländischen Mitbürgers' geben. Im Oktober dieses Jahres werden an zwei Wochenenden, voraussichtlich am 7. und am 29. Oktober, besondere Begegnungen zwischen deutschen und ausländischen Bürgern arrangiert. Spiele, Sport, Folklore und gemeinsame Geselligkeit werden diese Samstage und Sonntage prägen."

"Die Griechen", fährt "BASF intern" fort, "haben eine Tanzgruppe aufgestellt, die Spanier wollen mit einer Flamenco-Gruppe glänzen, die Italiener bieten eine Folklore-Gruppe mit Solosängern auf, die Jugoslawen wollen Volkstänze zeigen, und die Türken haben die Absicht, in ihren Trachten Landestänze aufzuführen. Und die Deutschen? Sie sollten in großer Zahl dabei sein, schauen und sich freuen, ihre ausländischen Kollegen und Mitbürger einmal von einer ganz anderen Seite kennenzulernen. Sie sollten durch ihre Anwesenheit die deutsche Gastfreundschaft bekunden, die Gäste ehren und ihnen ein wenig Dank zum Ausdruck bringen; denn auch die Gastarbeiter haben Anteil daran, daß es uns heute doch relativ gut geht."

Und dies alles tut man für die "Kollegen aus dem Urlaubsland", damit "sowohl die ausländischen Gruppierungen untereinander zur Verständigung finden, als auch Kontakte zu den deutschen Mitbürgern hergestellt werden".

Neben der feierlichen Ankündigung versucht "BASF intern" gleichzeitig - ganz im Sinne der Veranstalter des Tages -, die BASF-Belegschaft über die Situation der ausländischen Arbeiter in Ludwigshafen aufzuklären. Dabei entstand - wie sollte es auch anders sein - ein heiles Bild. So konstatiert "BASF intern" ganz entschlossen: "Ein 'Gastarbeiterproblem' gibt es in der BASF nicht". Was die ausländischen BASF-Mitarbeiter betrifft (inzwischen ist ihre Zahl auf über 3 500 angewachsen), so haben sie sich nach "BASF intern" in die Gesamtbelegschaft integriert, sie nehmen keine Sonderrechte für sich in Anspruch und sind überwiegend gute Kollegen, die sich sogar nach Kräften bemühen, Sprachschwierigkeiten zu überwinden".

Diese Art und Weise jedoch, Probleme zu behandeln, gilt für diejenigen, die des öfteren BASF-Publikationen gelesen haben, als sehr vertraut. Für die BASF sind ebenso viele andere - nach wie vor in ihrer vollen Schärfe existierende - Probleme, wie z.B. die Frage der Luft- und Umweltverschmutzung des Raumes Ludwigshafen, angeblich "längst durch die Praxis positiv beantwortet". Doch die Tatsache, daß der Raum Ludwigshafen zur Gefahrenzone Nr. 1 erklärt worden ist und daß "von den 3 100 Gastarbeitern des Chemie-Giganten BASF" nur einer, ein Italiener, zum Vorarbeiter" aufgestiegen ist (10), werden von der BASF, "den Partnern des Fortschritts", geflissentlich übersehen. Auch als es in einer Besprechung der Ludwigshafener Stadtverwaltung darum ging, bei der "sehr großen Wohnungsnot ausländischer Arbeitnehmer" (so Bürgermeister Janson) in Ludwigshafen durch gemeinsame Anstrengungen aller betroffenen bzw. zuständigen Stellen Abhilfe zu schaffen, war es die BASF, die es ablehnte, durch Darlehen oder Zuschüsse ihren Beitrag dazu zu leisten (11) - wenngleich auch die meisten ihrer ausländischen "Mit"-arbeiter in menschenunwürdigen Quartieren für horrende Mieten hausen müssen (12).

Die Tatsache ferner, daß nicht nur unter den 59 Mitgliedern des Betriebsrates, sondern auch unter den 900-1000 Vertrauensleuten in der BASF kein einziger Ausländer anzutreffen ist (obwohl sie nach ihrem prozentualen Anteil an der Gesamtbelegschaft nicht weniger als vier Betriebsräte und etwa 60-70 Vertrauensleute stellen müßten), macht nicht zuletzt deutlich, wie absurd und verschleiernd solche BASF-Behauptungen sind. Diese wenigen Beispiele legen jedoch ein beredtes Zeugnis für die von der BASF angewandten Beurteilungskriterien ab.

In einem ähnlichen Tenor wie "BASF-intern" stimmte auch die "Unabhängige überparteiliche Zeitung" "Die Rheinpfalz" vom 4.10.1972 ein (13). In einem caritativen und recht bittstellerischen Ton (wie es sich für "Gastarbeiter" ziemt), wirbt sie für die "Tage des ausländischen Mitbürgers" mit großen Lettern unter dem Titel "Begegnung bei Spiel, Sport und Folklore - Gastarbeiter werben um mehr Verständnis". Auch sie glaubt, daß man mit solchen kulturellen Betreuungsveranstaltungen "Kontakte zu Einheimischen fördern und festigen" und "Verständnis für die Probleme der ausländischen Arbeitnehmer" wecken kann. Hier ist ferner interessant anzuführen, was ein für die Durchführung der "Tage des ausländischen Mitbürgers" Verantwortlicher sinngemäß sagte, als man ihn telefonisch fragte, ob außer der "Begegnung bei Spiel,Sport und Folklore" auch andere Veranstaltungen kommen, wie z.B. Vorträge, Diskussionen und Raum für Kritik vorgesehen seien: Nach anfänglichem Staunen über diese Fragen meinte er, daß man sich schon überlegt hätte, ob auch Podiumsdiskussionen stattfinden sollten. Doch diesen Vorschlag hätte man abgelehnt, da solche Diskussionen nicht in den Rahmen der "Heiteren Spiele" passen würden. Er zweifelte ferner an der Nützlichkeit solcher Diskussionen und meinte, daß sie im Gegenteil Unruhe und Verwirrung stiften könnten.

Nun könnte man fragen: Lassen sich gegenseitig festgefahrene Vorurteile und Minoritätsprobleme (die vor allem Ausdruck wirtschaftlicher und politischer Interessen sind) bei heiterem "Spiel, Sport und Folklore" abbauen bzw. lösen?

Darauf könnte man etwa folgende Antwort geben: Genauso wenig, wie die viel gerühmten Olympischen Spiele bei "Heiterem Treiben" internationale Probleme aus der Welt schaffen, geschweige denn lösen und inmitten einer überwiegend hungernden und leidenden Welt eines weltweiten Unfriedens "Spiele des Friedens" sein bzw. "völkerverbindend" wirken (14) können und Massenkommunikationsmittel allein Wähler umzustimmen und Meinungen zu ändern vermögen (15), genauso wenig kommt man auf diese Art der "Gastarbeiter"-Problematik bei.

Es müßte in diesem Zusammenhang die Tatsache zu denken geben, daß die ausländischen Arbeiter auch in ihren meist diktatorischen Heimatländern eine derartige Behandlung bereits zur Genüge erfahren. Dort finden solche Volksfeste mit Singen und Tanzen nicht nur an nationalen Feiertagen statt, sondern gehören fast zum alltäglichen Bild. Dadurch sollen die Menschen in diesen Ländern u.a. durch Ausnutzung ihrer Tanz- und Singfreudigkeit von ihrer erbärmlichen sozialen Lage abgelenkt und gleichzeitig die dorthin zu Millionen strömenden Sonnenhungrigen und von der rational durchprogrammierten Maschinerie der modernen Industriegesellschaft abgenutzten und vereinsamten Touristen Nordeuropas erheitert werden sowie ein Bild der immer lachenden Sonne, des blauen Meeres und der fröhlichen, tanzenden und glücklichen Einwohner von ihrem Urlaub mit nach Hause nehmen.

Diese Beobachtungen kann man jederzeit bei einer Reise nach Spanien, Griechenland oder in ein anderes südliches Land, in dem ein System von "Ruhe und Ordnung" herrscht, machen.

Diese folkloristische Einlullung in den touristischen Herkunftsländern der euphemistisch als "Gastarbeiter" bezeichneten wird - bewußt oder unbewußt - durch Veranstaltungen wie der "Tag des ausländischen Mitbürgers" oder unkritische Folklore- und Nationalabende, in den Aufnahmeländern fortgesetzt und damit wird erreicht, daß sowohl die ausländischen Arbeitnehmer als auch ihre deutschen Kollegen von den tatsächlichen Mißständen und Ursachen dieses Fragenkomplexes abgelenkt werden.

Fragen wir uns nun, was dem kritisch-konstruktiv entgegenzusetzen wäre: Richtig verstehen werden sich sowohl die verschiedenen ausländischen Gruppierungen unter sich als auch die deutschen und ausländischen Arbeitnehmer untereinander erst, wenn die ausländischen Arbeiter einerseits ihre spezielle Situation als mobile "industrielle Reservearmee" der deutschen Wirtschaft und deren Ursache erkennen sowie wenn deutsche und ausländische Lohnabhängige andererseits nicht übereinander, sondern miteinander sprechen und in Erfahrung bringen, daß sie alle - gleichgültig, ob schwarz-, braun- oder blauäugig - ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, ohne darüber bestimmen zu können, was und wofür sie produzieren; d.h. wenn alle Arbeitnehmer erkennen, daß auch sie "Fremdarbeiter" sind.

Deswegen sollten aus solchen "Tagen des ausländischen Mitbürgers" kritische Veranstaltungen von mehrtägiger Dauer entstehen (eventuell in Form von "Wochen der Begegnung mit Ausländern" und/oder spezifizierter Länderveranstaltungen der einzelnen Nationalgruppierungen), in denen nicht nur getanzt, gespielt und getrunken, sondern auch versucht wird, ein möglichst pointiertes Bild der heutigen Situation, der Ursachen und Folgen der Ausländerbeschäftigung in der BRD sowie der Realität der jeweiligen Herkunftsländer und auch der Bundesrepublik unter Berücksichtigung sozialer, wirtschaftlicher und politischer Aspekte, zu zeichnen.

Wohnungen für Gastarbeiter fehlen
In der Bundesrepublik fehlen zur Zeit rund 200 000 Wohnungen für ausländische Arbeitnehmer. (dpa)

Badische Zeitung, 24.5.73

Mit anderen Worten: Solche Veranstaltungen sollten eine Begegnung nicht nur mit den ausländischen Arbeitern und ihren Problemen, sondern auch mit ihren Heimatländern werden. Auf diese Weise könnten sie dazu beitragen, Interesse und Verständnis für die Fragen der Länder aus der unterentwickelten Peripherie Europas und somit für die Probleme der "Dritten Welt" zu wecken, und gleichzeitig die Notwendigkeit aufzuzeigen, daß die Probleme der Entwicklungsländer nicht nur dort, sondern auch in den Industrieländern selbst bewältigt werden müssen, zumal deren Wurzeln letzten Endes in den Industrienationen zu suchen sind.

Bei der Verwirklichung dieser Begegnungswochen könnte man sich auch die Erfahrungen ähnlicher Veranstaltungen wie z.B. der seit 1968 in zahlreichen Hochschulstädten durchgeführten "Wochen Dritte Welt" und der "Woche der Begegnung mit Asien" der Ruhrfestspiele Recklinghausen 1970 zunutze machen.

Die Aufklärungsarbeit von so verstandenen emanzipatorischen Kulturveranstaltungen könnte durch Vorträge, Podiumsdiskussionen, ad hoc-Aktionen, wie z.B. stichprobeartige Besichtigungen von Ausländerwohnheimen und Betrieben mit einem großen Ausländeran-

teil durch gemischte Delegationen, Bücher- und Informationsstände, Flugblätter, Presseartikel und Sondernummern, Straßentheater (16), kritische Stadtrundfahrten, Dokumentationen, Ausstellungen, Lesungen (17), engagierte Konzerte (18) und Gastspiele (19), kritische Filme u.ä. (20) über die politischen und sozio-ökonomischen Zustände in den sog. Entsendeländern, über die Ausländergesetze, Wohnungs-, Arbeits-, Schul- und weitere Fragen der Ausländer, wohl aber auch der Deutschen, in der BRD erfolgen.

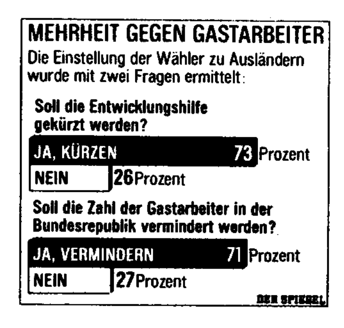
Dadurch sollte der Abbau von offenen und latenten Vorurteilen die Förderung des gegenseitigen Verständnisses, die Schaffung eines Problembewußtseins, die Erarbeitung von Lösungsvorschlägen und die Einleitung von Kontakten angestrebt werden, die nicht nur auf die Dauer des "Tahes" oder der "Woche" des ausländischen Mitbürgers beschränkt sind, sondern auch durch Einladungen und Besuche der Heimatorte der "Kollegen aus den Urlaubsländern" fortgesetzt werden könnten.

Bei diesen kritischen Veranstaltungen sollte der Eigeninitiative und der Phantasie der mitgestaltenden Ausländer (hier können und sollen auch ausländische Studenten und Praktikanten mit ihren arbeitenden Landsleuten zusammenarbeiten) und Deutschen möglichst viel Raum gelassen werden (21). Dabei könnte man die offizielle Propaganda der Konsulate und Botschaften wenn nicht fernhalten, so doch mit kritischen Informationen enthüllen.

Wenn diese Aspekte bei solchen Veranstaltungen beachtet werden - was inzwischen von einigen einsichtigen Stellen bei ähnlichen Veranstaltungen realisiert worden ist und bei denen das Echo überaus positiv war - kann man mit Sicherheit erwarten, daß dabei sowohl Ausländer als auch Deutsche einen echten Nutzen davontragen werden. Ferner bietet man dadurch Ausländern und Deutschen die Möglichkeit, sich mit ihren Problemen in der BRD sowie den Problemen und den Kulturen der jeweiligen Heimatländer der Ausländer zu beschäftigen. Indem man ihnen die Gelegenheit gibt, sich selbst und ihre Länder darzustellen, holt man sie aus der Isolation und der Passivität heraus und verschafft ihnen die Chance, über ihre "Identitätskrise" als Ausländer in der Fremde und über ihre Lage als Arbeiter, die im Grunde die gleiche ist, mit der Lage ihrer deutschen Kollegen, die letzten Endes auch "Fremde im eigenen Land" sind, bewußt zu werden. Dadurch bringt man deutsche und ausländische Arbeiter näher bzw. dazu, solidarische Interessen zu bilden und zu artikulieren und wirkt somit den wiederholten spalterischen Bestrebungen (21) zielgerichteter Interessen entgegen.

An dieser Stelle muß noch einmal erwähnt werden, daß bei diesen Tagen auch die "deutschen Mitbürger" die Möglichkeit haben sollten, sich mit ihrer sozio-kulturellen Realität am Ort und in der BRD auseinanderzusetzen, so daß die oben erwähnten Aspekte auch für sie gelten. Dadurch kann eine echte Begegnung stattfinden und der viel gerühmte Grundsatz des "partnerschaftlichen Gebens und Nehmens" erprobt werden.

Eine solche Kultur- und Aufklärungsarbeit während dieser Begegnungstage bzw. -wochen, die ebenfalls eine Zusammenarbeit von Institutionen der Erwachsenenbildung und der Fortbildungswerke, wie z.B. den Volkshochschulen, erforderlich macht, müßte jedoch, wenn sie bessere und langfristige Erfolge zeigen sollte, schon in den Schulen einsetzen, um Vorurteile und stereotype Vorstellungen gegenüber Minoritäten wirksam zu bekämpfen bzw. nicht erst entstehen zu lassen. Es wäre deswegen zu begrüßen, wenn die "Gastarbeiter" - sowie die Entwicklungsländer - Problematik nicht nur in den Schulbüchern und Schulen, sondern auch an den Hochschulen - und dort vor allem bei der Lehrerausbildung - eingehend und kritisch behandelt werden würden.



In diesem Zusammenhang wäre außerdem folgerichtig zu überlegen, ob im Zeichen einer "Internationalisierung der Kulturpolitik" in den einzelnen Städten und Gemeinden nicht die Einrichtung von Internationalen Kulturpolitischen Zentren sinnvoll wäre, die - durch Ausländer und Deutsche in Selbstverwaltung geleitet - die Aufgabe hätten, ein wie oben beschriebenes kulturpolitisches Programm auch während des ganzen Jahres durchzuführen; eine Aufgabe, die absolut notwendig ist, wenn die oben gesteckten Ziele erreicht werden sollen. Das Programm solcher internationaler Zentren, die durch staatliche Gelder finanziert werden sollten, könnte ferner tagsüber durch Sprachkurse, internationale Kinderläden, berufsbildende Kurse, Unfallschutz etc. erweitert werden.

Die Notwendigkeit solcher internationaler kulturpolitischer Zentren wird noch weiter unterstrichen, wenn man sich mit der bisherigen Praxis ähnlicher Einrichtungen auf diesem Gebiet näher befaßt. Sicherlich würde eine gründliche Auseinandersetzung mit diesen meistens von den Wohlfahrtsorganisationen finanzierten Clubhäusern oder

Zentren für die einzelnen Nationalitäten den Rahmen dieses Beitrages sprengen. Dennoch erscheinen mir einige wenige Bemerkungen dazu als unerläßlich.

Ein mir wichtig erscheinender Aspekt der Praxis dieser nationalen Clubhäuser ist die Tatsache, die sich nicht zuletzt in den Ordnungen dieser Häuser widerspiegelt, nämlich daß sie den Grundsatz der sog. Neutralität besonders pflegen. Demzufolge lehnen sie politische Diskussionen und Veranstaltungen in ihren Räumen strikt ab; denn darin muß, wie es z.B. in der Hausordnung des von der Inneren Mission der Evangelischen Kirche getragenen Griechischen Zentrums in Mannheim heißt, "Ruhe und Ordnung herrschen".

Dadurch erfüllen sie m.E. nicht einmal die Funktion, die, zu "demokratischen" Zeiten, den Cafés (vgl. hier insbesondere das griechische "Kafeneion" (22) in ihren Heimatländern zukommt, nämlich u.a. als "kleine Parlamente" zu fungieren, sondern arten in eine Art nationale Ghettos aus, in denen man mit Karten-, Tavlaspiel und Kaffeetrinken seine Zeit "totschlägt".

Aber auch in Troisdorf/Sieglar, wo das Kultur- und Sozialzentrum "Haus International" am 14. Oktober 1972 als Modellvorhaben mit Unterstützung des Bundes, des Landes, des Kreises und der Stadt der Öffentlichkeit übergeben wurde (23), gibt man sich große Mühe, den Eindruck zu erwecken, als hätte die Ausländerbetreuung nichts mit der Politik zu tun, denn "vom Haus International (ist) die satzungsgemäße Neutralität im Rahmen unserer demokratischen Grundordnung zu wahren" (24). Aus seiner Satzung ergibt sich: "In den Clubräumen können Familienfeiern, Folkloredarbietungen des Heimatlandes, Festtage der Entsendeländer, Gruppenabende und Diskussionsrunden abgehalten werden. Politische, religiöse oder weltanschauliche Gegensätze dürfen in den Clubräumen nicht ausgetragen werden" (25).

Eine ähnliche Situation beginnt sich auch bei den seit einiger Zeit entstehenden "Gastarbeiterparlamenten" abzuzeichnen. Auch dort wird versucht, die Ausländer zu entpolitisieren, indem man diesen "Parlamenten" lediglich soziale, jedoch keine politischen Funktionen zuspricht und indem man die ausländischen Arbeiter in den Parlamentssatzungen u.a. an den Grundsatz zu binden versucht, "auf politischem Gebiet absolute Neutralität zu wahren" (26).

Die Frage, ob die "Ausländerparlamente" politische und/oder nur soziale Funktionen haben sollen, ist m.E. im Grunde irrelevant; denn die Forderung, soziales vom politischen Handeln zu trennen, ist nicht nur unrealistisch, sondern naiv. Das Handeln des Menschen ist politisch, gleichgültig, ob man sich dessen bewußt ist oder nicht. "Das Politische und Soziale ist Teil des Humanen" (Thomas Mann). Man kann noch weitergehen und sagen: Vom Unpolitischen zum Inhumanen ist nur ein kleiner Schritt. Wenn man also das Humane für die ausländischen Arbeiter bejaht und das Politische ablehnt, so ist dies ein Widerspruch in sicht.

Hier ist nicht zuletzt überflüssig zu bemerken, daß angesichts der diktatorischen Verhältnisse in den meisten Ursprungsländern der ausländischen Arbeiter und der immer größer werdenden Kluft zwischen armen und reichen Ländern Forderungen von "Unparteilichkeit" und "absolute Neutralität" wie ein purer Hohn klingen müssen, da sie letzten Endes - im Namen eines Rechtsstaates - bestehende Verhältnisse und Unrechtsregime nicht nur tolerieren, sondern auch zu zementieren helfen. "Wertneutrale Unparteilichkeit ist stillschweigende Anerkennung des Bestehenden...". "Wenn die innere Richtung der Toleranz die Freiheit ist, darf sie nicht unparteilich sein gegen Nicht-Freiheit, Unterdrückung, Inhumanität" (27).

In diesem Zusammenhang sei auch Paulo Freire, der brasilianische Pädagoge und Bildungsphilosoph, der als der "wohl bedeutendste Volkspädagoge der Neuzeit" gilt (28), zitiert: "Es gibt keine neutrale Erziehung, so wenig wie es keine neutrale oder wertfreie Wissenschaft gibt" (29). "Entweder ist sie (die Erziehung) ein Instrument zur Befreiung des Menschen, oder sie ist ein Instrument seiner Domestizierung, seiner Abrichtung für die Unterdrückung" (30).

Abschließend muß man allerdings die Grenzen für emanzipatorische Maßnahmen bzw. für solche wie die in diesem Aufsatz gemachten Vorschläge sehen, die durch diese "Gesellschaft der repressiven Toleranz" gesetzt sind. Aus diesem Grund darf man nicht außer Acht lassen, daß kulturelle Veranstaltungen und eine emanzipatorische Sozialarbeit allein - genauso wie die Erziehung allein - zu schwach sind, um die Gesellschaft zu ändern bzw. keine politische Aktion ersetzen, sondern sie nur unterstützen und ergänzen können; denn die unbezweifelbare Macht der Kultur kann in der Zeit des formierten Kapitalismus gegen die Kultur der Mächtigen nicht ohne harte, geduldige politische Praxis auskommen.

<u>Anmerkungen:</u>

1) Vgl. Stellungnahme des Bayrischen Staatsministeriums des Innern (Nr. IA2-2084-4/105a) zur Problemstudie "Kommunalpolitische Aspekte des wachsenden Bevölkerungsteils in München", die vom Stadtentwicklungs-Referat im

April 1972 herausgegeben wurde.

2) "Der Spiegel", Nr. 31, 1973, über die türkischen Arbeiter in der BRD.

3) Dr. Fritz Franz ist Richter am Oberverwaltungsgericht in Berlin und Verfechter einer Ausländerrechtsreform.

4) Münchner Ausländerstudie, a.a.O., Anlage III, S. 12

5) Dazu meint Rosenmöller weiter: "Der größte Teil der Ausländer ist nur im produktiven Alter bei uns. So entfallen vor allem die hohen Heranbildungskosten für die Jugendlichen und darüber hinaus auch ein Teil der Alterskosten (z.B. Altersheime)..." (Zitiert nach: E. Klee (Hrsg.), "Gastarbeiter - Analysen und Berichte", Edition Suhrkamp Nr. 539, 1972, S. 33)

6) "Der Spiegel" Nr. 31/73, S. 34

7) Vgl. F. Franz: "Integration ja, aber kein Einwanderungsland - Die Schizophrenie der westdeutschen Gastarbeiterpolitik". Referat gehalten während einer Tagung der Friedrich-Naumann-Stiftung, die vom 24. bis 27. April 1973 in der Theodor-Heuss-Akademie über die "Politischen Rechte der Gastarbeiter" stattfand.

8) Willi Schenk: "Das Parlament der Fremdarbeiter in Wiesloch", in: "Tages-Anzeiger-Magazin", Nr. 8, vom 28.2.1972, S. 21, Hrsg.: Tages-Anzeiger für Stadt und Kanton Zürich AG.

9) Hier ist anzumerken, daß solche Veranstaltungen keine neue Einrichtung der "Stadt der Chemie" sind und nicht "zum ersten Mal in der BRD" stattfinden. Bereits am 6.12.1970 hielt das Caritaswerk in verschiedenen Städten der BRD einen "Tag des ausländischen Mitbürgers", der mit kirchlichen Feiern und Versammlungen gestaltet wurde, ab.

10) Vgl. Günther Wallraff: "Neue Reportagen, Untersuchungen und Lehrbeispiele", Pocket 34, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1972, S. 64

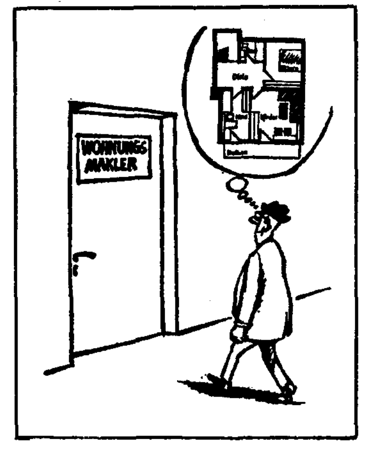
11) Vgl. Protokoll einer Besprechung der Stadtverwaltung Ludwigshafen mit Vertretern der Betreuungsdelegationen für ausländische Arbeitnehmer am 10. 11.1971 im Sitzungssaal des Stadthauses Hemshofstraße, hrsg. am 19.11.71, S. 7. An dieser Stelle ist noch interessant zu erwähnen, daß auch der Versuch der Industrie- und Handelskammer in Ludwigshafen, verschiedene Firmen bzw. Arbeitgeber ausländischer Arbeitskräfte zu veranlassen, Zuschüsse bzw. Darlehen für den Wohnungsbau zu geben, scheiterte (vgl. die Aussage von Herrn Dr. Matzke im o.g. Protokoll, a.a.O., S. 5)

12) Vgl. in diesem Zusammenhang auch den während der "Tage des ausländischen Mitbürgers" bekannt gewordenen typischen Skandal im Ludwigshafener Stadtteil Friesenheim, in: "Die Rheinpfalz" und "Mannheimer Morgen" vom 28.10.1972

13) Vgl. dazu ferner die "LU, Ludwigshafen", Zeitschrift für alle Bürger, Ludwigshafen, Nr. 10, Okt. 1972

14) Vgl. z.B. in diesem Zusammenhang die Araberhetze, die nach den Vorfällen der Olympischen Spiele in München entfacht wurde und die zu einer Progromstimmung gegen alle Ausländer in der BRD umzuschlagen drohte.

15) Vgl. die diesbezüglichen Ergebnisse vieler wissenschaftlicher Untersuchungen, die festgestellt haben, daß sich die Meinung des einzelnen Bürgers kaum ändern lasse, weil jeder nur das aus einem Bericht bzw. Sendung herausnimmt und behält, was seine ohnehin vorhandene feste Meinung bestätigt. Vgl. dazu: L. Festinger: "A Theory of cognitive Dissonance", Stanford University Press, 1957; L. Festinger: "Conflict, Decision and Dissonance", Stanford University Press, Stanford, Cal. 1964; J.W. Brehm und A.R. Cohen: "Explorations in Cognitive Dissonance", John Willy & Sons, Inc., New York, London 1962





Nürnberger Nachrichten

16) Vgl. auch die szenische Dokumentation "Wer beschiß Salvatore G.?" der Theatertruppe des Münchener Rationaltheaters über die Problematik der Gastarbeiter in der BRD unter besonderer Berücksichtigung der MAN.

17) Derartige Lesungen hat das "LESE-FORUM-MANNHEIM" im Rhein-Neckar-Raum durchgeführt u.a. über "Griechenland - Modell einer Diktatur" und "Gastarbeiterkinder und ihre Schulbücher". Vgl. dazu die unveröffentlichten vom Verfasser dieses Artikels angefertigten Texte jeweils vom Nov. 1970 und Juni 1971, die diesen Lesungen als Grundlagen dienten.

18) Vgl. das Konzert "Griechenland unter der Diktatur" mit Kompositionen des Verfassers, das anläßlich des 4. Jahrestages seit dem Militärputsch in Griechenland vom 21.4.1967 in Ludwigshafen als musikalische Form der Demon-

stration gegen die Diktatur vom Jugendsymphonieorchester des dortigen Hauses der Jugend am 21.4.1971 aufgeführt wurde.

19) Vgl. die Gastspiele, die der engagierte Komponist und Widerstandskämpfer Mikis Theodorakis während seiner Konzertreise "Theodorakis dirigiert Theodorakis" in der BRD im Mai und Juni 1972 gegeben hat.

20) Vgl. u.a. eine vierseitige Zusammenstellung von "Informationsschriften, Hörfolgen, Dia-Reihen, Ton-Dia-Reihen, Plakatmaterial und Filme" der "Fachkommission Öffentlichkeitsarbeit des Beirats Soziale Hilfe für ausländische Mitbürger" in Stuttgart vom 9.12.1971.

21) Vgl. in diesem Zusammenhang die tendenzielle Berichterstattung in der Presse während der letzten Streiks vor allem bei den Ford-Werken in Köln.

22) Vgl. Johannes Gaitanides: "Griechenland ohne Säulen" (darin seine Ausführungen über das griechische Kafeneion), List Verlag, München 1964, S. 34 ff

23) "Erläuterungen zur Wahl des Ausländerparlamentes in der Stadt Troisdorf", Stand April 1973, von der Stadt Troisdorf dem Verfasser zur Verfügung gestelltes Manuskript.

24) Ebenda, S. 3

25) "Haus International - Modell der Gastarbeiterbetreuung in der Stadt Troisdorf", von Stadtdirektor H.B. Gerhardus und Beigeordneter M. Dederichs, in: "Erläuterungen zur Wahl ...", a.a.O., Anlage 1, S. 4

26) Artikel 4, § 1 des Satzungsentwurfes des Gastarbeiterparlamentes in Walldorf/Wiesloch, vgl. "Parlament Ausländischer Arbeitnehmer" - Materialien zum Wieslocher Modell, hrsg. von den Jungsozialisten Wiesloch, April 1972 (ohne Seitenzahlen).

27) Aus: "Radius", Heft 2, Juni 1968, Hrsg.: Evang. Akademikerschaft in Deutschland, Stuttgart, S. 51

28) Otto Engel: "Katechese ohne Katechismus - ein Modell neuer Larnmethoden", in: Hildegard Lüning (Hrsg.): "Mit Maschinengewehr und Kreuz", rororo aktuell, Nr. 1448, 1971, S. 50

29) Zitiert in: Edda Eisenrohr: "Erziehung zur Befreiung", in: "Entwicklung und Zusammenarbeit", 6, 7/1971, S. 27

30) Paulo Freire: "Pädagogik der Unterdrückten", Kreuz-Verlag, Stuttgart, Berlin 1971, S. 14

---

23) "Weltblick" Nr. 2/69 und "Die Zeit" vom 20.3.70
24) "Weltblick" Nr. 2/69
25) "Die Zeit" vom 20.3.70
26) Der schwarz weiß rote Kontinent, S. 122
27) ebenda, S. 128
28) ebenda, S. 123
29) Maurer: "Lateinamerika", S. 118
30) Der schwarz weiß rote Kontinent, S. 123
31) ebenda, S. 124
32) Der Spiegel Nr. 9 vom 26.2.68
33) ebenda Nr. 37 vom 7.9.70
34) ebenda Nr. 22 vom 25.5.60
35) ebenda Nr. 32 vom 7.8.57
36) Der schwarz weiß rote Kontinent, S. 125
37) Der Spiegel Nr. 5 vom 25.1.61
38) Der schwarz weiß rote Kontinent, S. 125/26
39) ebenda, S. 126
40) Magnet: Politisches Panorama Lateinamerikas in "Lateinamerika"
41) Der schwarz weiß rote Kontinent, S. 127/28
42) Maurer: Lateinamerika, S. 116
43) Projekte Friedensmarsch 70
44) Maurer: Lateinamerika, S. 76
45) Lateinamerika, Wirtschaft und Kultur, S. 110 (1964)
46) Lateinamerika, Eine Analyse seiner gegenwärtigen Probleme (siehe 40), S. 197
47) Maurer: Lateinamerika, S. 34
48) ebenda, S. 48
49) Vereinigung deutscher Wissenschaftler: Gegen den Hunger in der Welt, S. 27
50) Manuskript zur Sendung "Dle amigos" von Radio Bremen, S. 44
51) Lateinamerika, Wirtschaft und Kultur, S. 116
52) ebenda, S. 174
53) ebenda, S. 176
54) ebenda, S. 173
55) Maurer: Blickpunkt Südamerika, S. 41
56) Maurer, Lateinamerika, S. 77 und 116
57) Lateinamerika, Eine Analyse seiner gegenwärtigen Probleme, S. 193
58) Brot für die Welt, Eine Materialsammlung

Bundesdeutsche Rüstungshilfe (Aktuelle Informationen

Peter Lock (Projektgruppe "Die rüstungswirtschaftlichen Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern" bei der "Vereinigung Deutscher Wissenschaftler" (VDW)

In der im Rahmen der Studiengruppe "Probleme der Entwicklungsländer" von Ulrich Albrecht und Birgit A. Sommer verfaßten Studie "Deutsche Waffen für die Dritte Welt" (Reinbek 1971) war die Rolle der Bundesrepublik als Waffenexporteur und "Ausbildungshelfer" in unterentwickelten Ländern außerhalb der NATO dokumentiert worden. Der sozialliberalen Regierung ist es besonders nach der Verleihung des Friedensnobelpreises an Bundeskanzler Brandt gelungen, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, als werde auf der Basis des Kriegswaffenkontrollgesetzes mittlerweile ein striktes Waffenembargo gegenüber der Dritten Welt eingehalten. Die derzeitige Kontroverse mit der amerikanischen Regierung über die Verschiffung von Waffen aus Deutschland nach Israel verstärkt nur diesen falschen Eindruck. Im folgenden sollen kurz die neuesten Militärhilfeabkommen genannt und ferner gezeigt werden, wie die Bestimmungen des Kriegswaffenkontrollgesetzes u.a. in einem geheimen deutsch-französischen Abkommen unterlaufen werden.

Mit Marokko und Tunesien steht jeweils der Abschluß eines neuen Militärhilfeabkommens bevor, das an frühere anschließt, von denen im Falle Tunesiens noch 4,8 Mill. DM abzuwickeln sind. Die Abkommen gelten für die Jahre 1974 bis 1976 und belaufen sich auf acht bzw. sechs Millionen DM.

Militärische Ausbildungshilfe will die Bundesregierung im Iran für zehn Mill. DM leisten, in Jordanien für drei Mill. DM und schließlich in Kenia für fünf Mill. DM. Die neuerliche Hilfe wurde dem Schah offensichtlich anläßlich des Besuches von Bundeskanzler Brandt in Teheran im vergangenen Jahr zugesagt. Zwar erscheint die Gesamtsumme der beiden früheren Militärhilfeabkommen aus den Jahren 1966 und 1969 mit 40 Mill. DM gegenüber den Rüstungslieferungen der USA - es wird die Zahl von 2 Milliarden US-Dollar allein durch die USA für 1973/74 genannt - bescheiden.

Richtig einschätzen kann man die Bedeutung der bundesrepublikanischen Militärhilfe erst, wenn man weiß, daß die bundeseigene Fritz Werner Industrieausrüstungen GmbH als Generalunternehmen für rd. 400 Mill. DM den Ausbau der persischen Gewehr- und Munitionsfertigung in den kaiserlichen Arsenalen durchgeführt hat. Für schätzungsweise 50 deutsche Unternehmen hat das persische Bemühen um Rüstungsautarkie umfangreiche Aufträge gebracht.

Die malaysische Regierung erhält fachtechnische Beratung beim Neubau des Marinestützpunktes in Lumut, wohl in der Erwartung, daß hierbei für deutsche Unternehmungen Aufträge in der Größenordnung von 100 Mill. DM anfallen.

Ohne Dementi blieben Berichte in der Presse über ein deutsch-französisches Abkommen aus dem Jahre 1971, das insbesondere Frankreich zusichert, durch Embargobestimmungen der Bundesregierung nicht im Export von Waffen behindert zu werden. Praktisch heißt das, Waffensysteme, deren Endfertigung in Frankreich stattfindet, werden von deutschen Bestimmungen nicht berührt. Bekannt geworden ist zum Beispiel der Export deutscher Marderpanzer mit französischen Geschützen nach Brasilien. Da die Mehrzahl der zur Zeit in Entwicklung befindlichen Waffensysteme zumindest bilateral entwickelt und gefertigt werden, dürfte die Bundesregierung gezwungen sein, im Sinne von Gleichbehandlung auch bei deutsch-britischen oder deutsch-italienischen Koproduktionen entsprechend dem Abkommen mit Frankreich zu verfahren.

Der Waffenexport spielt in Frankreich eine ungleich wichtigere Rolle als zum Beispiel in der BRD. Da man in Frankreich aber nicht gewillt zu sein scheint, die Exporte einzuschränken und sich zum Beispiel an von der UNO beschlossene Embargos zu halten, ist damit zu rechnen, daß deutsch-französische Koproduktionen wie der Alpha-Jet über Frankreich ihren Weg nach Südafrika (wohin gerade wieder 50 Mirage-Jäger gelangten) finden werden. Es sei denn, die Bundesregierung kündigte das geschlossene Geheimabkommen unverzüglich wieder auf und bestünde auf einer Endverwendungsklausel beim Export von Teilsystemen, die im Rahmen europäischer Koproduktionen in Deutschland gefertigt werden.

Rüstungslobby und Bundeswehr haben ein gemeinsames Interesse, die Produktion einzelner Waffensysteme zu steigern - die Bundeswehr, weil sie sich davon eine Senkung des Stückpreises verspricht. Man kann nur hoffen, daß es gelingt, diese Anzeichen eines neuen Rüstungsexportbooms in die Dritte Welt allgemein erkennbar zu machen.

Quellen:

Der Spiegel 41 und 44/1972, Newsweek 21. Mai 1973, "Wehrdienst", verschiedene Ausgaben, zuletzt 431/1973

aus: "VDW intern", Oktober/November 1973 (Nr. 26)

INDONESIENSERIE 6

Die Kulturpolitik der BRD

1. Was versteht man unter auswärtiger Kulturpolitik?

Seien zu Anfang drei der Leitsätze auswärtiger Kulturpolitik zitiert (1):

a. Unsere auswärtige Kulturpolitik ist internationale Zusammenarbeit im kulturellen Bereich. Sie muß daher den gesellschaftlichen Wandel sowie die politischen Veränderungen in der Welt berücksichtigen und vor allem auch helfen, Bande zwischen den Menschen verschiedener Nationalität zu knüpfen.

b. Kultur ist heute nicht mehr ein Privileg elitärer Gruppen, sondern ein Angebot an alle.

c. Auswärtige Kulturpolitik ist nicht nur Information über unsere Kultur, sondern auch Austausch und Zusammenarbeit. Offenheit für das Andere (gemeint ist das Kulturgut des anderen Volkes, Anm. d. Red.), ist daher ein Prinzip auswärtiger Kulturpolitik.

Den kulturpolitischen Leitsätzen, die vom Auswärtigen Amt Anfang 1970 als offizielles Programm deutscher Kulturpolitik deklariert worden sind, scheinen auf den ersten Blick akzeptabel. Doch solche Formulierungen entsprechen aus der Sicht Indonesiens nicht der Realität. Adressaten einer solchen Kulturpolitik müßte die Kritische Intelligenz sein, die am ehesten in der Lage scheint, die ihr zukommende Multiplikatorenfunktion (Kontakt zu den Massen) auch echt wahrzunehmen, die aber in Indonesien in schärfster Opposition zum Suhartoregime steht und, weil unterdrückt, sich gar nicht politisch artikulieren kann. So sitzt zum Beispiel der bekannteste indonesische Dichter und Schriftsteller Pramudja Ananta-Tur seit Anfang 1967 in einem Konzentrationslager (2). Nicht nur prononciert kritische Intellektuelle, wie Ernst Utrecht, ehemaliger Ordinarius für Staatsrecht, befindet sich seit Jahren im Exil, sondern auch ursprünglich dem Regime bejahend gegenüberstehende, wie der ehemalige Studentenführer Arif Budhiman, der 1972 ins Gefängnis geworfen wurde und jetzt an der Harvard University gelandet ist. Diese seien nur in Vertretung vieler anderer, denen ein ähnliches Schicksal wiederfahren ist, genannt. Wenn, wie in Indonesien der Fall, die ideale Zielgruppe nicht angesprochen werden kann, "müssen wir halt sehen", so der Leiter der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes, Dr. Hans Arnold, "daß wir einen Mittelweg finden" (3). Wie zynisch und vor allem verschleiernd die Aussage Arnolds ist, gibt Björn Pätzold (4) mit nicht zu übersehender Deutlichkeit wieder. Nach Pätzold dient Kulturpolitik der Vermittlung eines optimalen Westdeutschlandbildes, der Durchsetzung von deutschen Kapitalinteressen, der reibungslosen Abwicklung von Systemexport, im Klartext, Kulturimperialismus. Sogar der Freiburger Ordinarius für Politik, Dieter Oberndörfer (CDU und Bund Freiheit der Wissenschaft), kommt zu dem Ergebnis (5): "Einem zunehmenden Verzicht auf den Einsatz bewaffneter Macht steht zum Beispiel die kontinuierlich verstärkte Inanspruchnahme kulturpolitischer Mittel zur Durchsetzung außenpolitischer Vorstellungen in unserer Zeit gegenüber." Das anachronistische an Arnolds Aussage ist, daß die wirklichen Intentionen deutscher Kulturpolitik diesem "Mittelweg" sehr entgegenkommen. Wehe den Apologeten, wenn sie wirklich einmal in Verlegenheit kämen, keinen "Mittelweg finden" zu müssen! Es ist offensichtlich, daß leere Phrasen wie z.B. Kulturaustausch nichts anderes sind, als ein dreister Versuch, die Öffentlichkeit über die wahren Gründe deutscher Kulturpolitik hinwegzutäuschen. Deutlicher, als in den Leitsätzen formuliert, zum Beispiel Walter Scheel 1965, was er unter deutscher Kulturpolitik versteht: "Adressat kulturpolitischer Bemühungen und der Entwicklungshilfe ist ein gesunder Mittelstand." (6) Die CDU/CSU sah bis in die frühen 60er Jahre in Kulturpolitik nichts anderes als "praktizierten Antikommunismus" und eine notwendige Begleitmaßnahme zum wirtschaftlichen Engagement (7). Daß Erhard Eppler (8) Kulturpolitik im Sinne der oben erwähnten Leitsätze versteht und auch die CDU/CSU heute das oben Ausgesprochene in angenehmere Formulierungen zu kleiden weiß, ist bei der tatsächlichen Kulturpolitik heute ganz klar eine taktische Position.

Von 1971 bis zur Auflösung des 6. deutschen Bundestages beschäftigte sich eine Enquête-Kommission -Auswärtige Kulturpolitik- mit der Neuformulierung des Selbstverständnisses deutscher Kulturpolitik, der folgende Personen angehören (9):

die Abgeordneten
- Dr. Berthold Martin (CDU/CSU)
- Dr. Max Schulze-Vorberg (CDU/CSU)
- Karl-Hans Kern (SPD)

Joachim Raffert (SPD), der deutschen Öffentlichkeit durch die Berateraffäre Dorn-Raffert (10) wohlbekannt;

die Sachverständigen:
Martin Gründer (FDP), leidenschaftlicher Verfechter der freien Marktwirtschaft
Dr. Rüdiger Altmann (Stellvertretender Hauptgeschäftsführer des deutschen Industrie- und Handelstages, der Dachorganisation der Industrie- und Handelskammern, die sich bei jeder sich bietenden Gelegenheit als Sachwalter unternehmerischer Interessen profilieren)
Prof. Dr. Konrad Froese, Marburg
Dr. Werner Rehfeld, Inst. für Kommunikationsforschung, Bonn
Prof. Dr. Walter Rudolf, Bochum

Von einer Kommission dieser Zusammensetzung dürfte für die deutsche Kulturpolitik wohl nicht viel neues zu erwarten sein.

Das oben allgemein Dargelegte soll nun am Beispiel Indonesien untersucht werden. Zunächst einige Auszüge aus dem kulturpolitischen Jahresbericht 1972 (11). Aus Gründen der Platzersparnis beschränken wir uns dabei auf das Wesentliche:



Auszüge aus dem kulturpolitischen Jahresbericht 1972 der Botschaft in Djakarta, vorgelegt dem Auswärtigen Amt am 9.3.1973
(Aktenzeichen: Ku-600.51; Ber. Nr. 276/73)

Teil I:
Die allgemeine kulturpolitische Situation in Indonesien

.....

Das Militär spielt in der Regierung und den meisten anderen Bereichen des öffentlichen Lebens die dominierende Rolle. Die traditionellen Parteien bieten keine Alternative.

Durch oktroierte "Vereinfachung" der Parteienstruktur und "Entpolitisierung" der Dorfbevölkerung und der Massenorganisationen werden sie im Berichtszeitraum noch weiter geschwächt. Ziel ist die Gleichschaltung und Integration aller Massenorganisationen in GOLKAR, dem von der Regierung geförderten und von Militärs beherrschten Dachverband ständischer Gruppen, der gleichzeitig die Rolle einer mit überwältigenden Mehrheit ausgestatteten Regierungspartei spielt.

Den entmachteten Parteien kommt kaum mehr als eine Alibi-Funktion zu. Eine Opposition im westlichen Sinne gibt es nicht; sie ist im System auch nicht vorgesehen. Kritik wird geduldet, solange und soweit sie systemimmanent bleibt.

Außer der seit 1965 verbotenen und nur noch verstreut im Untergrund tätigen kommunistischen Partei wird die bestehende "neue Ordnung" auf Grund der unbestreitbaren wirtschaftlichen Erfolge und mangels Alternative von allen gesellschaftlichen Gruppen bejaht oder zumindest akzeptiert. Der Opportunismus blüht. Die derzeitige Machtstellung der Militärs und ihres Instrumentes GOLKAR ist auf absehbare Zeit unanfechtbar. Sie wird sich eher noch verstärken.

Der Wirtschaftsstruktur entspricht die Sozialstruktur. Grob gesprochen lassen sich unterscheiden: die große Masse der Armen, noch in der Tradition verankerten Landbevölkerung einschließlich der unteren sozialen Schicht der Städte, eine vergleichsweise geringe Mittelschicht von kleinen Geschäftsleuten, Beamten, Militärs mittlerer Dienstgrade und die der Zahl nach verschwindend kleine "moderne Großstadtelite der Unternehmer und Großkaufleute, der hohen Militärs und der Spitzen der Verwaltungshierarchie.

.....

Als Zielgruppe für ausländische Kulturpolitische Tätigkeit kommt nur die

Großstadtelite in Betracht. Ziel der Tätigkeit könnte es sein, dieser Gruppe durch Informationen und Kontakte Anregungen für ihre Führungsrolle zu geben, und sie - wenn möglich - durch Hilfe zur Selbsthilfe in den Stand zu versetzen, in Zukunft einmal als wirklicher Partner in ein echtes Austausch- und Kooperationsverhältnis mit dem Ausland zu treten.

Teil II: Die deutschen kulturellen Beziehungen zum Gastland

a) Kulturabkommen

Zum Abschluß eines Kulturabkommens ist es bis jetzt nicht gekommen. Zur Zeit sieht keine der beiden Seiten Veranlassung, initiativ zu werden.

b) Zielbereiche

1.1. Auslandsschulen für Deutsche

1.1.1. Die deutsche Schule Djakarta

Es handelt sich um eine vom Bund geförderte Expertenschule. Für eine Umwandlung in eine Begegnungsschule besteht keine Möglichkeit, da nach der geltenden Rechtslage indonesische Kinder ausländische Schulen nicht besuchen dürfen.

Die deutsche Schule als eine Expertenschule entfaltet nach außen keine kulturpolitische Tätigkeit. Da am Ort neben der diplomatischen Vertretung auch Goethe-Institut, DAAD und alle drei politischen Stiftungen vertreten sind, erscheint eine solche Tätigkeit auch nicht erforderlich.
Die Unterhaltung einer deutschen Schule als Expertenschule in Djakarta ist bei unserem erheblichen wirtschaftlichen Engagement, das noch weiter zunehmen dürfte, voll gerechtfertigt (die Anzahl der Deutschen in Djakarta lag im Berichtsjahr bei über 1 200) (12).

Zum gegebenen Zeitpunkt wäre zu prüfen, ob in Verbindung mit einem Neubau die Schule bis zur 13. Klasse aufgestockt werden könnte.

1.2. ...

1.3. ...

2.1. Wissenschaft, Hochschulen

2.1.1. Stipendien für Studenten und Nachwuchswissenschaftler

Der DAAD stellt jährlich 12 Stipendien zur Verfügung. Das bisher verfolgte Verfahren ist unbefriedigend. Die Stipendien werden nicht ausgeschrieben, sondern vom Erziehungsministerium in Form von Quoten an einzelne Universitäten vergeben. Die Bewerber werden von den Universitäten nominiert. Hauptgesichtspunkte sind nicht wissenschaftliche Qualifikation, sondern Prestigegedanken und Protektion.

Es besteht für die deutsche Seite kaum Aussicht, auf die Zusammensetzung des Bewerberkreises größeren Einfluß zu gewinnen. Die Botschaft hat deshalb vorgeschlagen, für einen bestimmten Teil der Stipendien die direkte Bewerbung beim DAAD bzw. bei der Botschaft zuzulassen.

2.1.2. ...

2.1.3. ...



2.2. Erwachsenenbildung

2.2.1. Deutscher Sprachunterricht außerhalb von Schulen und Hochschulen

Die Nachfrage nach Deutschkursen ist fast unbegrenzt. In den Goethe-Instituten kommen auf jeden Platz fast fünf Bewerber. Die Zahl könnte selbst bei geringem Werbeaufwand um ein Vielfaches erhöht werden. Der Deutschlehrerverband beginnt in jüngster Zeit mit eigenen Kursen. Angesichts der Größe der Zielgruppe stellt sich diese Aktivität nicht als Konkurrenz, eher als eine Entlastung der Goethe-Institute dar.

Ein Indiz für die bestehende Marktlücke auf dem Gebiet des kommerziellen Deutschunterrichtes ist eine große Anzahl von Privatstunden. Realisierbares Ziel unserer Politik sollte es sein, den gesamten Bereich des Deutschunterrichtes für Erwachsene den kommerziellen indonesischen Institutionen zu überlassen, so daß die bisher für dieses Gebiet aufgewandten erheblichen Mittel für andere Aufgaben freiwerden.

2.2.2. ...

2.3. Kunst, Ausstellungen, kulturelle Programme ...

2.4. Medien ...

2.5. Internationale Arbeit gesellschaftlicher Gruppen ...

2.6. Multilaterale Zusammenarbeit ...

2.8. Kulturinstitute, Betriebskosten ...

c) Auswahl besonders positiv beurteilter Maßnahmen

An kulturpolitischen Maßnahmen in Entwicklungsländern können zwei verschiedene Maßnahmen angelegt werden. Auf der einen Seite sind sie nach ihrem Beitrag zur Realisierung der eigentlichen kulturpolitischen Zielsetzungen (Selbstdarstellung, Sympathiewerbung, Kulturaustausch usw.), auf der anderen Seite nach ihrer entwicklungspolitischen Relevanz zu beurteilen. Die beiden Gesichtspunkte lassen sich häufig nur schwer vereinbaren (sic!); in manchen Fällen schließen sie sich gegenseitig aus. Eine generelle Wertung von Maßnahmen, die beide Gesichtspunkte gleichermaßen zu berücksichtigen sucht, stellt deshalb notwendig einen Kompromiß dar. (Die folgende Auswahl bezieht die Expertenschule nicht mit ein, da es sich bei ihrer Förderung weder um eine kulturpolitische Maßnahme im eigentlichen Sinn noch um einen Beitrag zur Entwicklungshilfe handelt.)

Beim Evangelischen Missionswerk in Südwestdeutschland, 7 Stuttgart 1, Vogelsangstr. 62, kann eine Diaserie bestellt werden, die 77 Schaubilder zu den Themenbereichen Ernährung, Arbeitslosigkeit, Kolonialwirtschaft, Welthandel, Direktinvestitionen sowie Entwicklungshilfe umfaßt. Die Schutzgebühr beträgt DM 25,-- bei verglaster und DM 15,-- bei unverglaster Ausführung.

Erfolgreichste Maßnahme dürfte das Fortbildungsprogramm für Deutschlehrer sein. Es dient der Verbesserung der fachlichen Qualifikation und fördert gleichzeitig das Zusammengehörigkeitsgefühl und das Engagement dieser für uns wichtigen Zielgruppen. Sichtbare Zeichen des Erfolgs: Das Interesse der Behörden (Aufnahme in den Fünfjahresplan des Erziehungsministeriums) und die aktive Mitarbeit der Zielpersonen (Deutschlehrertagung, Fachzeitschrift).

Sehr positiv ist ferner die Durchführung von Fortbildungsseminaren für indonesische Dozenten durch deutsche Hochschullehrer zu beurteilen. Hier treffen sich gleichgerichtete Interessen der deutschen und der indonesischen Seite. Mit den Radiologenseminaren ist hier erst ein Anfang gemacht worden. Ähnliche Veranstaltungen auch in anderen Disziplinen könnten ein wertvoller deutscher Beitrag zur Entwicklung des indonesischen Hochschulwesens werden. Vorrang sollte den Fachbereichen gegeben werden, in denen durch Stipendien und Projekte der Bildungshilfe bereits Ansätze zur Kooperation existieren.

Teil III:
Zusammenarbeit mit deutschen Stellen

a) Zusammenarbeit der Vertretung mit deutschen Stellen und des Personals der deutschen Stellen im Gastland untereinander

...

b) Aktivität der deutschen Bundesländer im Gastland

Keine spezifisch kulturpolitischen Aktivitäten.

Teil IV:
Die auswärtigen Kulturbeziehungen des Gastlandes

a) Auswärtige Kulturpolitik des Gastlandes

Keine.

b) Kulturpolitik dritter Staaten im Gastland

1. Die Kulturpolitik kommunistischer Staaten unterliegt nach wie vor erheblichen Beschränkungen. Kulturinstitute westlicher Staaten finden günstige Bedingungen vor. Vom Mitteleinsatz her dürften die USA führen. Im Hinblick auf Bekanntheitsgrad Reputation und Erfolg können die USA zusammen mit der Bundesrepublik und den Niederlanden als Vertreter der Spitzengruppe angesehen werden. Großbritannien und Frankreich dürften mit gewissem Abstand folgen. In jüngster Zeit versuchen Japan und Australien Fuß zu fassen.

2. ...

Teil V:
Zusammenfassung

1. Unsere politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Indonesien sind gut. Sie beruhen auf weitgehender Interessenkongruenz, so daß mit einer nennenswerten Beeinträchtigung in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist. Da Indonesien aus Furcht vor einem Übergewicht Japans und der USA das Verhältnis mit den europäischen Staaten zu intensivieren sucht, ist eher ein weiterer Ausbau unserer bilateralen Beziehungen zu erwarten.

Unsere kulturpolitischen Aktivitäten finden aus diesen Gründen günstige Bedingungen vor. Hinzu kommt bei der Oberschicht eine besondere Aufgeschlossenheit, die insbesondere auf die Rolle des Deutschen als Bildungssprache während der holländischen Ko-

lonialzeit zurückzuführen ist. Von einem echten Kulturaustausch kann jedoch auf lange Sicht keine Rede sein.

Die Frage, ob unsere Kulturarbeit merklich zur Verbesserung unserer politischen Beziehungen zu Indonesien beiträgt, läßt sich pauschal nicht beantworten. Als sicher kann gelten, daß eine Einschränkung zu einer spürbaren Lücke führen würde, die von anderen bereitwillig ausgefüllt werden dürfte. Auch bei einer Beibehaltung des gegenwärtigen Umfanges unserer Kulturarbeit ist ein Zurückfallen auf weniger günstige Positionen nicht ausgeschlossen. Unser Bild als Kultur- und Wirtschaftsnation dürfte sich bei der voraussichtlichen Verstärkung des wirtschaftlichen Engagements zugunsten der ersten Komponente verschieben.

2. Als Konzept für unsere zukünftige Kulturpolitik Indonesien gegenüber könnte gelten, daß der Ausbau unserer kulturellen Beziehungen Hand in Hand gehen müßte mit der zu erwartenden Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen. Dies würde bedeuten, daß der Gesamtumfang unserer kulturpolitischen Bemühungen in absehbarer Zukunft kontinuierlich wachsen müßte. Schwerpunkte könnten sein: Erhaltung des Stellenwertes der deutschen Sprache durch Förderungsmaßnahmen für die Deutschlehrer, Ausbau der Beziehungen zu den Hochschulen insbesondere durch Fortbildungsmaßnahmen für Dozenten, Beiträge zu der von der Regierung angestrebten Modernisierung des Erziehungswesens im Rahmen der Bildungshilfe, Maßnahmen der Kulturhilfe, die dazu beitragen, das kulturelle Selbstbewußtsein des Gastlandes zu stärken. Langfristige Maßnahmen, die auf einen größeren Bereich als den eines einzelnen Staates abzielen, hätten zu berücksichtigen, daß Indonesien islamisch geprägt ist und mit Malaysia einen relativ homogenen Kulturkreis bildet.

– Zitat Ende –

Der Bericht erhärtet die These (siehe Teil V), daß Kulturpolitik die Vorhut wirtschaftlichen Engagements ist, daß das Engagement der BRD auf dem kulturellen Sektor Hand in Hand geht mit dem Engagement im wirtschaftlichen Sektor. Weiter wird durch diesen Bericht die These belegt, daß Kulturpolitik wesentlich auch der Vermittlung eines positiven Deutschlandbildes dient, also nichts anderes ist, als rationale Propaganda.

Deutlich dokumentiert werden schließlich auch Tendenzen einer massiven Einflußnahme auf die Lehrinhalte der Hochschulen – ein durchaus verständlicher Umstand, denn es ist schließlich nicht ganz unwichtig, ob man in der Forschung den Schwerpunkt auf das Gebiet der Sozialforschung legt oder auf das Gebiet der Technologieforschung. Das letztere erspart dem Unternehmer eigene Forschungsaufwendungen. Zudem wird die Vermittlung technologischen Wissens mit Sicherheit auch lukrative Aufträge an deutsche Firmen nach sich ziehen, sei es zur Lieferung von wissenschaftlichem und technischem Gerät, oder sei es von Investitionsgütern, wenn die Ergebnisse der genannten Forschung zur Anwendung kommen.

Einige Zahlenangaben zur deutschen Kulturpolitik in Indonesien: Im Jahre 1971 gab die BRD in Indonesien 3,32 Mill. DM für kulturpolitische Maßnahmen aus (13). Dies betrifft lediglich die kulturpolitischen Aktivitäten des Auswärtigen Amtes. Die vom BMZ finanzierten politischen Stiftungen sind in der Kostenaufstellung nicht enthalten. Abgesehen von den 1,2 Mill. DM an Betriebskosten für das Goethe-Institut sind mit 0,8 Mill. DM (= 26,1% des Gesamtetats) die Aufwendungen für das Hochschulwesen auf der größte Einzelposten; gefolgt vom Posten "Internationale Arbeit gesellschaftlicher Gruppen" (worunter in Indonesien Verbände, wie GOLKAR, Unternehmerverbände, Studentenverbände, Wirtschaftsvereinigungen usw. zu verstehen sind), der mit 0,3 Mill. DM 9,1 % des Etats ausmacht. Für Medienpolitik standen 0,21 Mill. DM (= 6,2 % des Jahresetats) zur Verfügung. Der Rest wurde für deutsche Schulen, für die Erwachsenenbildung insbesondere im deutschen Sprachunterricht, kulturelle Veranstaltungen usw. verwendet. Auch dieses Zahlenmaterial bestätigt eine besondere Aktivität im Hochschulbereich. Dagegen nimmt sich der Posten Erwachsenenbildung nur gering aus. Wie wir sahen, soll ja auch der Sprachunterricht kommerzialisiert werden soll, was bedeutet, daß er nur noch einer vermögenden Minderheit zugänglich sein wird.



PRÄSIDENT SUHARTO *und seine Frau, „Madame Tien Prozent"*

Aktiv ist in Indonesien außer den drei politischen Stiftungen und dem Goethe-Institut noch der DAAD (Deutsch-Akademischer Austauschdienst), über die im folgenden zu berichten sein wird. Das kirchliche Engagement auf kulturpolitischem Sektor ist ohne entwicklungs-

politische Relevanz (dieser Arbeit wird im übrigen von seiten des Regimes nicht viel Wohlwollen entgegengebracht). Die hauptsächlichen Aktivitäten der Kirchen liegen auf dem sozialen Sektor, wie z.B. Gesundheitswesen, wo Ärzte mit sehr viel persönlichem Einsatz die z.T. katastrophalen Zustände auf dem Land mildern helfen (14). Zynisch vermerkt der Bericht zu diesem Punkt: "Ihr Einsatz mag unter dem Gesichtspunkt der Sympathiewerbung oder gar der Selbstdarstellung wenig positiv beurteilt werden."

Deutschschüler gibt es in Indonesien ca. 180 000, die in etwa 50 Institutionen (15) von 500 Deutschlehrern unterrichtet werden. Allerdings ist nur ein geringer Bruchteil der 180 000 Schüler nach einem Kurs in der Lage, mit ihren Kenntnissen irgendetwas anzufangen.

Die Goethe-Institute:

Die Arbeit der westdeutschen Goethe-Institute in Indonesien begann 1963 mit der Etablierung einer ersten Zweigstelle in Djakarta und nahm nach der Machtergreifung Suhartos 1965 sprunghaft zu. Die Hauptaktivitäten des Goethe-Instituts sind Sprachkurse, Kulturprogramme und die Unterhaltung einer Bibliothek (16). Entgegen der offiziellen Zielsetzung des Auswärtigen Amtes (Leitsätze) sind die Sprachkurse des Goethe-Instituts nur für Mitarbeiter deutscher Firmen, für Angehörige "gesellschaftstragende(r) Kreise, wie Militär, Polizei und Administration" und für die Angehörigen der bürgerlichen Großstadtelite (17) vorgesehen und werden auch nur von diesen Personenkreisen besucht. Dies schon allein wegen der hohen Kursgebühren. 1971 erhöhten sich die Kursgebühren um 100 %, 1972 von 200 % bei einer gleichzeitigen Inflationsrate von 8 %. (18) Zu bemerken ist dabei, daß die Deutschlehrer indonesischer Herkunft nur geringfügig besser als ortsüblich bezahlt werden.

Die Zusammenarbeit des Goethe-Instituts mit deutschen Firmen, besonders mit Siemens, ist gut. Im Jahre 1971 gründete das Goethe-Institut in Djakarta eine "Vereinigung zur Förderung der deutsch-indonesischen Wirtschaftsbeziehungen" (19) und veranstaltet Sonderprogramme für einzelne deutsche Firmen.

Ist Kulturpolitik (hier Deutschunterricht, Vorträge) wirklich ein Angebot an alle (siehe Leitsätze!) oder dient sie hier nicht lediglich der Verbesserung der Kommunikation zwischen dem deutschen Kapital und seinen indonesischen Korrespondenzpartnern in Regierung, Verwaltung und Militär?

Durch die Vortragsreihen, so heißt es in dem Bericht einer Regionaltagung des Goethe-Instituts in Bankok, soll ein "geistig aufgeschlossenes Publikum (20) und namhafte indonesische Persönlichkeiten "für die deutschen Interessen angesprochen werden". 1970 behandelten nur drei Vorträge politische Themen, 1971 nur einer; der Rest vermittelte bürgerliche Bildungsinhalte oder wissenschaftliche Fachvorträge ohne jede entwicklungspolitische Relevanz, wie z.B. die 1970 gehaltene Vortragsserie über "die deutsche Philosophie zwischen den Weltkriegen" (Heidegger) oder etwa der Vortrag 1971 über "die Stilgeschichte europäischer Musik anhand von Klavierbeispielen" zeigen.

In den recht gut ausgestatteten Bibliotheken, wo Goethe und Schiller das Terrain beherrschen, läßt sich auch nach emsigem Suchen keine kritische oder auch nur "sozialdemokratische" Literatur finden. Das Zeitungsarchiv ist ausschließlich mit Zeitungen wie die "Welt, FAZ, Schöner Wohnen, Brigitte, Constanze" und reaktionären Fachzeitschriften bestückt.

Über die Arbeit der drei politischen Stiftungen

a) Die Friedrich-Naumann-Stiftung

Die Friedrich-Naumann-Stiftung (22) (im folgenden FNS) ist mit dem Aufbau des Bildungsinstitutes "LP3ES" seit 1969 in Indonesien tätig.

Das Programm des FNS-Instituts (im folgenden LP3ES) umfaßt folgende Aktivitäten: Ein Forschungsprogramm, ein Ausbildungsprogramm (Manager, Journalisten) und ein Dokumentationsprogramm (vorwiegend Propaganda). Die indonesische Partnerorganisation ist die eigens für LP3ES gegründete "Ge-

sellschaft zur Vermittlung wirtschaftlicher und sozialer Kenntnisse in der indonesischen Öffentlichkeit" BINEKSOS (23).

Die Ziele von LP3ES und BINEKSOS sind die "Verbesserung des Ausbildungsstandes wirtschaftlicher Führungskräfte, Erwecken von Verständnis für wirtschaftliche Prozesse bei der Elite und die Vorbereitung der Studenten auf ihre gesellschaftliche Rolle". BINEKSOS sieht überdies ausdrücklich die Förderung von Privatinvestitionen durch Schulungsprogramme vor. Kein geringerer als Industrieminister Salim gehört dieser Organisation an. Auch mit dem nationalen Planungsstab BAPPENAS unterhält das Institut gute Beziehungen. In der Forschung leistet das Institut einen wichtigen Beitrag zur Vorbereitung von Privatinvestitionen in Indonesien (einschließlich der damit verbundenen "Unternehmerrisiken" und Gewinnerwartungen). So wird in der vorweg zitierten BMZ-Stu-



die mit unverblümter Offenheit ausgesprochen, daß es Ziel der LP3ES-Forschung ist, das "Interesse des Großkapitals für Privatinvestitionen" zu wecken (24). Unter anderem erstellte LP3ES eine Untersuchung über die Chancen von Industrieansiedlungen im Gebiet von Ostkalimantan und über die Möglichkeit der Entwicklung einer holzverarbeitenden Industrie in Kalimantan.

Die Ausbildungs- bzw. Erziehungsprogramme des Instituts strebt außer der Schulung von Managern nichts anderes an als eine massive Einflußnahme auf das indonesische Pressewesen - das letzte mit dem Anspruch, Journalisten "Kenntnisse zur Kontrolle der Regierung" zu vermitteln (25). Die Anwendung solcher sicherlich nützlichen Kenntnisse ist bei der totalen Zensur der gesamten indonesischen Presse schlicht unmöglich, und dies wird der FNS sicher nicht unbekannt sein. Wahrscheinlich will sich das Institut damit lediglich ein liberales Image verschaffen. Tatsächlich bildet das Institut vorwiegend nur Wirtschaftsjournalisten aus, und das wohl mit dem Hintergedanken, dem deutschen Investor ein gutes Presseecho zu sichern.

Beteiligt ist das Institut auch am Aufbau der Studentenpresse, die aus der reaktionären "Studentengruppe 66" hervorging. Die Gruppe 66 wurde vor dem Putsch 1965 durch Demonstrationen gegen die angeblich zu "lasche" Haltung Sukarnos gegenüber den indonesischen Kommunisten, nach dem Putsch durch Demonstrationen für die sogenannte "neue Ordnung" Suhartos über Indonesien hinaus bekannt. Sie rekrutiert sich vorwiegend aus orthodoxen Moslems. Diese Studentenbewegung erreichte dank staatlicher Hilfe (26) 1967 eine Hochblüte. Viele der heutigen in Indonesien existierenden Tageszeitungen gingen aus Zeitungen dieser Bewegung hervor.

Auf dem Gebiet der Managerschulung möchte LP3ES als Zielgruppe kleinere und mittlere Unternehmer ansprechen (27). Die Wochenendseminare dienen Vortragsreihen, die bürgerliches Wissen über wirtschaftliche Fragestellungen vermitteln sollen. Themen wie "Sparen und Investieren" oder "Probleme der Partizipierung" machen dies deutlich.

Der Arbeitsbereich Dokumentation ist nichts anderes als ein Propagandainstrument zur Durchsetzung deutscher Interessen in Indonesien. Außer der institutseigenen reaktionären Wirtschaftszeitung "Prisma" werden Publikationen aufgelegt, wie z.B. "Das posthume Tagebuch des (reaktionären, Anm. d. Red.) Studentenführers Soe Hok Gie, dessen Wirken, so der Bericht, in der 'Gruppe 66' einen nachhaltigen Eindruck in der Studentenschaft hinterlassen hat."

b) Die Konrad-Adenauer-Stiftung

Die Konrad-Adenauer-Stiftung tritt zur Zeit in Indonesien nur wenig in Erscheinung. Gegenwärtig beschränkt sie sich im wesentlichen darauf, in ihrem Institut in Djarkarta Manager für ausländische Firmen heranzuziehen. Was darüber hinaus von der KAS an Aktivität entwickelt wird, ist vergleichbar mit dem, was wir vorweg am Beispiel der FNS-Stiftung kennengelernt haben.

c) Die Friedrich-Ebert-Stiftung

Aus welcher entwicklungspolitischen Perspektive die Friedrich-Ebert-Stiftung (28) der SPD ihre Tätigkeit in Indonesien betrachtet, kommt im "offiziellen" Jahresbericht 1972 zum Ausdruck: "Immer größere Bedeutung ist der Kooperation mit wissenschaftlichen Institutionen in Entwicklungsländern beizumessen. Denn nur die Vermittlung des wissenschaftlichen know-how der Industrienationen sowie der Transfer der zumeist von europäischen Forschern gewonnenen Erkenntnisse über die Dritte Welt in diese Dritte Welt kann eine Bewältigung der Probleme dieser Länder durch diese Länder

selbst ermöglichen." (Bericht, S. 49) Um diesem altbewährten neokolonialistischen Ziel näherzukommen, bemüht sich die FES in Djakarta seit langem schon mit Erfolg um ein gutes Verhältnis zum Militärregime. Von ihren ausländischen Stipendiaten (sorgfältig von indonesischen Behörden ausgewählt) aus den Entwicklungsländern bilden die 25 Studenten aus Indonesien bei weitem das größte Kontingent Asiens (S. 37). Bei ihren Bemühungen, ein "nicht mehr wegzudenkender Faktor in der Entwicklung des Kontinents zu sein" (S. 65), hat die FNS in Djakarta mit einem finanziellen Aufwand von 11 Mio DM eine Heimvolkshochschule errichtet, die nach einhelliger Meinung deutscher Experten eine totale Fehlinvestition ist. Das Gebäude wurde inzwischen von einer Militärbehörde bezogen.

Der DAAD (Deutscher akademischer Austauschdienst

Der auch in Indonesien tätige DAAD vergibt jährlich 12 Stipendien an indonesische Studenten, wobei die Auswahl der Stipendiaten ganz in den Händen der indonesischen Behörden liegt. Es ist daher offensichtlich, daß nur regimefreundliche Studenten für eine Nominierung in Betracht kommen (siehe Kulturbericht 1972, Abschn. 2.2.1.).

Außer der Stipendientätigkeit vermittelt der DAAD deutsche Wissenschaftler an indonesische Universitäten (Kulturbericht, Abschn. 2.1.2.) und veranstaltet ab und zu Fortbildungskurse in naturwissenschaftlichen Fächern (z.B. Radiologie). Die Bedeutung dieser Aktivitäten ist jedoch unwesentlich.

Zusammenfassung

Daß die kulturpolitischen Leitsätze eine totale Farce sind, trifft in jeder Hinsicht, wie das oben Untersuchte deutlich zeigt, auch für Indonesien zu. Wenn man von dem Postulat ausgeht, daß jede entwicklungspolitische Maßnahme nur danach zu bewerten ist, ob sie das gegenwärtige geistige und materielle Elend in diesen Ländern verringert und darin die kulturpolitischen Maßnahmen in Indonesien mißt, kommt man zu einem äußerst negativen Ergebnis.

Die auswärtige Kulturpolitik der BRD wendet sich in Indonesien nur an die herrschenden Schichten mit dem kaum zu verbergenden Versuch, diese Schichten politisch und ökonomisch zu unterstützen und für die Kapitalinteressen der BRD aufgeschlossen und damit nützlich zu machen.

Die Kulturpolitik der BRD in Indonesien ist nichts anderes als einerseits Systemexport, andererseits langfristige Systemsicherung durch systematische Einflußnahme auf Presse, Politik, Forschung und Wirtschaft in Indonesien.

Darüber hinaus muß man bedenken, daß die auswärtige Kulturpolitik der BRD prinzipiell die Möglichkeit hat, was im Moment allerdings noch nicht aktuell ist, aber für die Zukunft aktuell werden kann, durch gezielte Maßnahmen den bereits existierenden Kommunalismus (29) in Indonesien zu fördern, was ja - sieht man die hervorragende ideologische Fähigkeit des Kommunalismus (30), Klassengegensätze zu verschleiern - den Interessen der BRD sehr entgegenkäme. Konkrete Möglichkeiten dazu haben beispielsweise die Goethe-Institute, deren Teilnehmer an den Deutschkursen zu etwa 80 % Chinesen sind (31). Dies führt zu verstärkten Ressentiments gegenüber den Chinesen, weil der auf die Kolonialzeit zurückgehende Bildungsvorsprung der Chinesen durch Deutschunterricht noch vergrößert wird und darüber hinaus die anderen Bevölkerungsgruppen finanziell nicht in der Lage sind, sich den Unterricht zu leisten. Eine solche Entwicklung könnte dem Militär eine hervorragende Scheinlegitimation verschaffen, sich dem Volke als neutrale Schlichtungsinstanz zu präsentieren. Damit würde der wahre Klassencharakter der Militärherrschaft in Indonesien verschleiert.

Den wahren Interessen des indonesischen Volkes käme es sehr zu gute, wenn die Kulturpolitik in Indonesien eingestellt würde. Man darf jetzt nicht den Fehler machen, die deutsche Kulturpolitik in Indonesien aus dem Zusammenhang der gesamten auswärtigen Kulturpolitik herausgelöst zu betrachten. Dieser Beitrag soll in erster Linie den Versuch darstellen, deutsche Kulturpolitik am Beispiel eines Landes, nämlich Indonesien darzustellen, so wie es der Sinn der gesamten Serie ist, deutsche Entwicklungsländerpolitik und die Politik der internationalen Kapitale an einem Beispiel, nämlich Indonesien darzustellen. Man muß vielmehr die auswärtige Kulturpolitik der BRD allgemein an den Tatsachen messen, die hier in diesem Beitrag aufgezeigt wurden. Man kann mit Sicherheit davon ausgehen, in anderen Ländern ähnliche Verhältnisse vorzufinden, gemessen natürlich an den Bedingungen und Verhältnissen, die man eben in diesen Ländern vorfindet, gemessen auch an ihren jeweiligen Beziehungen zur BRD.

hf/pluto

Anmerkungen

1) Vgl. "Auswärtige Kulturpolitik", in: "Sprache im technischen Zeitalter", Kohlhammer Stuttgart, Heft 39/40, 1971, S. 185-191

2) Lim Kong-Hua, "Wie ich deutsche

Kulturpolitik sehe", in: Entwicklung und Zusammenarbeit, Heft 5/72, hrsg. v. BMZ, S. 23/24
"Pramudya Ananta-Tur oder das ungewollte Leben auf Buru", in: Südostasienkorrespondenz Nr. 1, März 1971, S. 11/12

3) Interview mit Hans Arnold, dem Leiter der auswärtigen Kulturabteilung im AA, in: Entwicklung und Zusammenarbeit Nr. 8/73, S. 10 ff

4) Bjørn Pätzold, Ausländerstudium in der BRD - Ein Beitrag zur Imperialismuskritik, Köln 1972, S. 23-25

5) Dieter Oberndörfer, "Methoden der Außenpolitik", in: Karl Dietrich Bracher und E. Fraenkel, Internationale Beziehungen, Frankfurt und Hamburg 1969, S. 176

6) Walter Scheel, Konturen einer neuen Welt, S. 117;
ebd., Entwicklungspolitik und auswärtige Kulturbeziehungen, S. 111

7) Vgl. hierzu: Uwe Simson, Unterentwickelte Regionen und auswärtige Kulturpolitik, in: Dritte Welt, Meisenheim, Sonderheft auswärtige Kulturpolitik 1972, S. 9 ff

8) Vgl. E. Eppler, Keine Zeit für die dritte Welt, Urban Taschenbuch 822, S. 76

9) Zwischenbericht der Enquete-Kommission Auswärtige Kulturpolitik, 6. deutscher Bundestag, Drucksache VI/3825, Sachgebiet 22

10) Der Spiegel v. 4.9.1972

11) Kulturpolitischer Jahresbericht Nr. 276/73 von 1972 der deutschen Botschaft in Djakarta, vorgelegt dem Auswärtigen Amt am 9.3.1973

12) Das Ausmaß der Kulturpolitik orientiert sich meist am Ausmaß des wirtschaftlichen Engagements. Privatinvestitionen werden eben häufig erst dann für den Unternehmer interessant, wenn der Staat entsprechende Vorleistungen auf dem infrastrukturellen Sektor schon erbracht hat. Der Staat übernimmt hiermit die für den Unternehmer unrentablen Aufgaben.

13) Kulturpolitischer Jahresbericht 276/73, Anlage 1

14) ebd., Abschnitt 2.5.1./2 C

15) ebd., Anlage 2, K 2.2

16) Ein Redaktionsmitglied des iz3w war in Indonesien und hat sich vor Ort davon überzeugt.

17) Jahresbericht des Goethe-Instituts, Djakarta 1972, S. 8

18) ebd., S. 19

19) ebd., S. 12/13

20) Bericht der Regionaltagung der Goethe-Institute in Bankok, S. 21

21) Jahresbericht des Goethe-Instituts, Djakarta 1971, S. 46/47

22) Alle Informationen über die FNS-Stiftung entnommen aus einer BMZ-Studie über die Tätigkeit der FNS-Stiftung in Südostasien

23) s. BMZ-Studie, S. 10 ff

24) dieselbe, S. 74

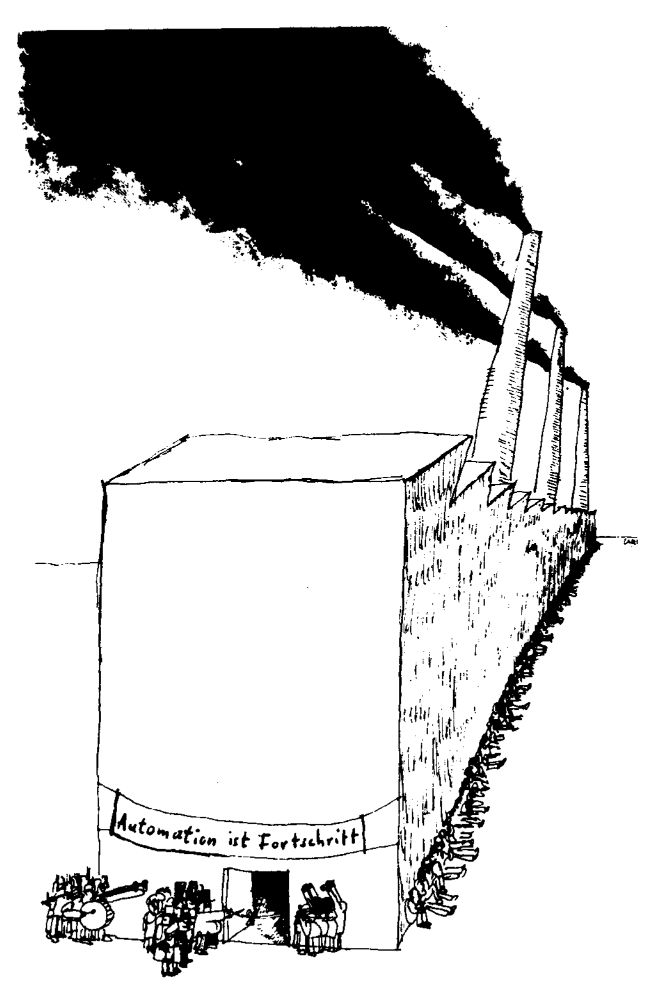
25) dieselbe, S. 55

26) dieselbe, S. 83

27) dieselbe, S. 55

28) Friedrich-Ebert-Stiftung, Jahresbericht 1972, Bonn/Bad Godesberg 1973

29) Zum Phänomen des Kommunalismus in Indonesien ist zu sagen, daß 1965 zum Beispiel die Massaker der Muslims, die mit dem Militär koalierten, an Kommunisten, Chinesen und Hindu-Javanern auf kommunalistische Gegensätze zurückzuführen sind, wobei die vorwiegend aus Hindu-Javanern bestehende kommunistische Gruppe als Quasi-Ethnie



aufgefaßt wurde. Die Muslims nahmen dem Militär, das die Liquidierung der Kommunisten vorhatte und jetzt immer noch praktiziert, damals viel Arbeit ab.

30) s. Ideologiekritik Nr. 8 in: iz3w Nr. 28, Oktober 1973, S. 11

31) Die Chinesen stellen in Indonesien traditionell den Mittelstand der Händler.

GUINEA-BISSAU:
Nach der Unabhängigkeit

Bernd Kalkum
Eduardo de Sousa Ferreira

Heidelberg, Januar 1974

Ziele und Perspektiven der Befreiung (1)

Hätten sich die Hoffnungen des portugiesischen Kolonialismus erfüllt, so hätte die Ermordung des Generalsekretärs der PAIGC, Amilcar Cabral, zum Zusammenbruch des Befreiungskampfes in Guinea-Bissau geführt.

Die Entwicklung des Kampfes seit der Ermordung Cabrals im Januar letzten Jahres hat jedoch gezeigt, daß die PAIGC nicht nur in der Lage war, diese kritische Phase zu überwinden, sondern daß sie sie darüber hinaus dazu benutzte, Selbstkritik zu üben, Taktiken zu revidieren und durch die Aufdeckung der Umstände, die zu der Ermordung Cabrals führten, bei der Bevölkerung ein stärkeres Bewußtsein für die politische Situation zu wekken. Dieser Prozeß führte zu einer Stärkung der PAIGC und liefert gleichzeitig ein Indiz dafür, daß der Kampf um die Befreiung Guineas nicht ein Kampf von Intellektuellen und höheren Kadern, sondern im Volk verankert ist - ein Volkskrieg. Dies ist die einzige mögliche Erklärung dafür, daß ein kleines Volk sich gegenüber einem waffentechnisch überlegenen Gegner behaupten und ihm fortwährend Siege abtrotzen kann.

Inzwischen hat eine nationale Volksversammlung die Unabhängigkeit des Landes erklärt - eine Unabhängigkeit, die aber nicht mit den portugiesischen Kolonialisten ausgehandelt wurde, sondern das Ergebnis eines langwierigen Befreiungskampfes für die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit ist.

Ziel des Befreiungskampfes war und ist es für die PAIGC, nicht nur eine formale Unabhängigkeit, die Beendigung des Kolonialstatus und eine Aufhebung der portugiesischen Herrschaft zu erreichen, sondern vielmehr, durch einen revolutionären Prozeß neue Gesellschaftsstrukturen zu schaffen. Für Cabral ist die nationale Befreiung eine Revolution, die "nicht in dem Moment aufhört, wenn die nationale Flagge gehißt und die Nationalhymne gespielt wird", sie verlangt den Kampf gegen eine neokolonialistische Lösung: "Im Kolonialismus (wo die 'Klasse Nation' gegen die repressive Macht der Bourgeoisie der Kolonialmacht kämpft) kann es zumindest nach außen hin zu einer nationalistischen Lösung kommen (nationale Revolution): die Nation erringt ihre Unabhängigkeit und übernimmt, im hypothetischen Fall, die ihr angemessenste ökonomische Struktur. Im Neokolonialismus (wo die Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten gleichzeitig gegen die imperialistische Bourgeoisie und die einheimische herrschende Klasse kämpfen) wird durch eine nationalistische Lösung nichts erreicht; vielmehr sind die Zerstörung der vom Imperialismus in das Land hineingetragenen kapitalistischen Struktur und eine sozialistische Lösung erforderlich..." (2)

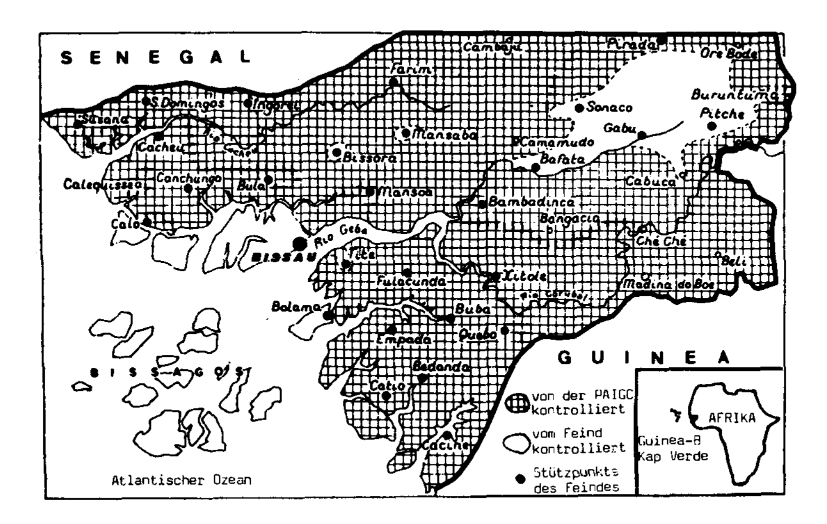
In diesem Beitrag soll untersucht werden, welche Vorstellungen über eine wirkliche Unabhängigkeit die PAIGC im Laufe ihres Kampfes entwickelt hat und inwieweit die Perspektiven des Befreiungskampfes sich den obengenannten Zielen nähern.

I. Soziale Verhältnisse und koloniale Herrschaft

Guinea ist überwiegend ein Agrarland, in dem teils für den eigenen Bedarf der Produzenten, teils für fremden Bedarf produziert wird, wo jedoch eine marktorientierte Agrarproduktion von qualitativ geringer Bedeutung ist. Sofern unter kolonialer Herrschaft Waren (d.h. für den Markt) erzeugt wurden, waren sie nicht Hauptzweck der Produktion, sondern dienten dazu, in den Besitz von Geld zu gelangen, um die Steuern bezahlen zu können. Die Steuerverpflichtungen waren der einzige wirtschaftliche Faktor, der alle Stämme betraf, und der Kolonialstaat, von dem eine Gegenleistung nicht zu erwarten war, stellte sich dadurch als gemeinsamer Feind aller Stämme dar.

Die Beziehungen des Kolonialstaates zu den verschiedenen Stämmen nahmen jedoch, bedingt durch die jeweilige Sozialstruktur, vielerlei Formen an. Die Stämme der Fulas und der Balantes

stellten die beiden Extreme in einer Skala von unterschiedlichen sozialökonomischen Strukturen dar. Über erstere, eine semi-feudale Gruppe, sagt Cabral, "daß die Häuptlinge und die Männer aus ihrer Umgebung beachtliche Privilegien, vor allem was den Besitz von Land und den Gebrauch von Arbeitskraft von anderen betrifft, obgleich gewisse Traditionen, die den gemeinsamen Besitz des Landes betreffen, erhalten blieben.
Das bedeutet, daß die Bauern, die von den Häuptlingen abhängen, verpflichtet sind, eine gewisse Zeit im Jahr für diese Häuptlinge zu arbeiten.
(...)
Im allgemeinen haben die Bauern keine Rechte; sie sind die wirklich ausgebeutete Gruppe der Fula-Gesellschaft." (3)



Anders verhält es sich mit den Balantes, eine Gesellschaft ohne soziale Stratifikation. Dort "hält man das Land für Eigentum des Dorfes, aber jede Familie erhält die Menge Land, die sie braucht, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Die Produktionsmittel, oder vielmehr die Produktionsinstrumente, sind kein kollektives Eigentum, sondern Eigentum der Familien oder von Individuen." (4)

Die Sozialstruktur der Fulas erleichterte es den Portugiesen, sich diesen Stamm von Anfang an zum Verbündeten zu machen, der sie bei der Eroberung des restlichen Guinea unterstützte. Im Laufe der Geschichte sicherte sich der Kolonialstaat die Unterstützung der Fulas, indem er Macht und Privilegien der Häuptlinge und ihrer Vertrauten aufrechterhielt, wobei diese, aufgrund von Abhängigkeitsverhältnissen, Tradition und Suprastrukturen leicht auf die Gefolgschaft der Händler (Drulas), Handwerker und Bauern rechnen konnten.

Aufgrund dieser Taktik der Portugiesen erwies sich die Mobilisierung der Fulas für den Befreiungskampf als eine außerordentlich schwierige Aufgabe, im Gegensatz zu den Balantes, die aufgrund ihrer sozialen Struktur eine größere Bereitschaft zeigten, den Kampf gegen die kolonialistische Herrschaft zu unterstützen. Laut Cabral zeigte sich, "daß diese Gruppen ohne klar umrissene Organisation viel mehr Widerstand gegen die koloniale Eroberung leisten, als die anderen. Und sie behielten ihre Tradition des Widerstands gegen die Portugiesen bei. Diese Gruppe war am schnellsten bereit, den Gedanken der nationalen Befreiung zu übernehmen." (5)

Neben dem Bestreben, bestimmte Stämme durch Unterstützung und Korruption ihrer Häuptlinge zu gewinnen, verfolgte der Kolonialstaat zudem das Ziel, die Entwicklung einer nationalen Bourgeoisie sowie eines nationalen Kapitalismus zu verhindern.

Unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet war dies notwendig, da die portugiesische Bourgeoisie den Handel und die Produktion von Industriegütern kontrollieren und monopolisieren mußte. Beim Handel machte sie in Guinea die größten Profite und mußte daher die "reine" Konkurrenz verhindern. Die Entstehung einer einheimischen industriellen Produktion und verarbeitenden Industrie mußte gebremst werden, zum einen, damit die portugiesische Wirtschaft über die Rohstoffe verfügen konnte, zum anderen, weil die portugiesische Industrie Guinea als Absatzmarkt ihrer eigenen Produkte brauchte.

In politischer Hinsicht war es notwendig, das Herausbilden einer einheimischen Bourgeoisie zu verhindern, um die Herrschaft der portugiesischen Bourgeoisie über Guinea zu sichern, denn eine nationale Bourgeoisie wäre eine politische Kraft, deren Interessen gegen die Kolonialherrschaft gerichtet gewesen wäre und deren Macht nicht wie die der Häuptlinge der Unterstützung durch den Kolonialstaat bedurft, sondern auf der eigenen wirtschaftlichen Macht beruht hätte.

Die Funktion des Kolonialstaates be-

stand also objektiv darin, die Entfaltung der Produktivkräfte zu hindern, indem er die Entwicklung der Industrie unterdrückte, den Prozeß der Klassendifferenzierung unterband und die gegebenen Klassenstrukturen zementierte.

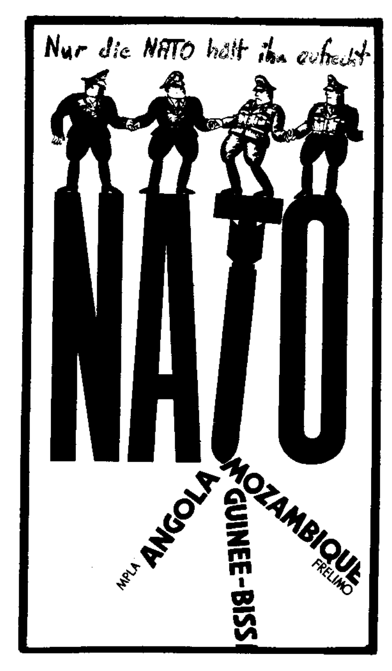
Seine Aufgabe konnte er jedoch nicht widerspruchsfrei erfüllen, denn einerseits war er zwar darauf angewiesen, halbfeudale Strukturen zu erhalten oder gar zu schaffen, andererseits bedingte die Erfüllung der Bedürfnisse der Kolonialgesellschaften die Schaffung eines Proletariats (Dockarbeiter, Arbeiter in den Städten) und neuer Mittelklassen (Beamte, Lehrer, Handwerker usw.). So entstehen neue Klassen und Schichten, die Repräsentanten fortgeschrittener Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse sind.

II. Die Aufgaben der Revolution

Der Hauptwiderspruch in Guinea war der zwischen den Volksmassen und dem Kolonialismus. Kolonialstaat, Kolonialgesellschaften und portugiesische Bourgeoisie beuteten das Volk aus, unterdrückten es und bremsten die Entwicklung der Produktivkräfte. Da der portugiesische Kolonialismus jedoch nicht das Ergebnis einer Expansion der Wirtschaft der Metropole ist (wie dies bei den anderen Kolonialmächten zutrifft), sondern da es sich hier um einen parasitären Kolonialismus handelt, bedarf er der Unterstützung durch die imperialistischen Länder, um sich aufrechtzuerhalten. Von imperialistischen Bündnispartnern erhält Portugal jede Art von Unterstützung, von der Wirtschafts- bis zur Militärhilfe. Somit wurde in Guinea der Kampf gegen den Imperialismus zu einer Voraussetzung für die Beseitigung des kolonialen Systems. Bereits in den ersten Jahren des nationalen Befreiungskampfes machte Amilcar Cabral deutlich: "... wir sind uns dessen bewußt, daß die komplexe Natur unseres Kampfes sich nicht nur darauf beschränkt, das koloniale Joch abzuschütteln. Ob wir wollen oder nicht, wir kämpfen gegen den Imperialismus, der die Grundlage des Kolonialismus bildet." (6)

Guinea hat dem Kolonialismus im Laufe der Geschichte immer Widerstand entgegengesetzt. Dieser Widerstand war jedoch anderer Art als der unter der Führung der PAIGC, denn er blieb vereinzelt und sprengte den Rahmen der traditionellen Strukturen nicht. Er führte deshalb niemals zum Erfolg, da die verschiedenen Stämme nicht in der Lage waren, ihre Isolierung zu überwinden und dem Kolonialstaat die Solidarität des gesamten von ihm beherrschten Volkes gegenüberzustellen. Ein nationales Interesse existierte nicht, solange die objektiven Voraussetzungen für das Entstehen einer gesamten Nation nicht vorhanden waren.

Die Idee der nationalen Befreiung konnte daher erst entstehen und an Einfluß gewinnen, als neue Produktionsverhältnisse und mit ihnen neue Klassen entstanden, die sich von den beschränkten traditionellen Strukturen befreit hatten und aufgrund ihrer Stellung im Produktionsprozeß oder ihrer Ausbildung prinzipiell in der Lage waren, das Wesen der kolonialen Herrschaft zu erkennen, die Erfahrungen und Erkenntnisse revolutionärer Bewegungen zu studieren und die nationalen Ideen im Inland zu propagieren.



Da der Hauptwiderspruch in Guinea zwischen dem Kolonialismus (und somit, wie wir gesehen haben, dem Imperialismus) und dem Volk bestand, lag die Hauptaufgabe der Revolution darin, den Kolonialismus, den Kolonialstaat und den Einfluß des Imperialismus zu beseitigen. Solange der Kolonialstaat seine Herrschaft in einigen Teilen des Landes auf die semifeudale Klasse der Häuptlinge und ihres engsten Kreises stützte, mußte die antikolonialistische und antiimperialistische Revolution allerdings durch eine demokratische ergänzt werden, die die Abschaffung der Unterdrückung durch die semifeudale Klasse zum Ziel hatte. Ein solcher Kampf ist sicherlich leichter zu führen als der Kampf gegen den Kolonialismus, da die semifeudale Klasse schwach und nicht genug organisiert ist und über keinen eigenen zentralisierten Herrschaftsapparat verfügt, mit dem sie ihre Interessen gegen das vereinte Volk durchsetzen kann.

Der Kampf gegen die semifeudale Klasse war jedoch nicht eine Angelegenheit, die nur den betroffenen Bauern nutzte, denn die Einheit des Volkes läßt sich nur dann herstellen, wenn das ganze Volk sich von der Unterdrükkung durch diese Klasse befreien kann,

da diese eine der Hauptpfeiler des Kolonialsystems darstellt.

Dies sind die beiden Hauptaufgaben, die sich die PAIGC gestellt hat, und die ihren Niederschlag im Parteiprogramm finden, das eine antikolonialistische und antiimperialistische Regierung vorsieht, aber gleichzeitig die Herstellung der demokratischen Rechte betont (siehe das Programm der PAIGC, § V), womit die Autorität der Häuptlinge entscheidend unterminiert wird. Obwohl Cabral meint: "Unserer Meinung nach ist der wichtigste Widerspruch, der zurückbleibt, wenn wir mit dem Kolonialismus abgerechnet haben, und der dann zum Hauptwiderspruch wird, derjenige zwischen den regierenden Klassen, den halbfeudalen Gruppen und den Angehörigen der Gruppen ohne feste Organisationsform" (7), zeigen Programm und Praxis der PAIGC, daß der Kampf gegen die semifeudale Klasse bereits im Gange ist; das Programm durch eindeutige Garantie der demokratischen Rechte, die Praxis durch Ablehnung der Autorität der Häuptlinge, die sich entweder dem Willen des Volkes und der Partei unterordnen müssen oder offen bekämpft werden.

III. Die Haupttriebkräfte der Revolution

Eine sorgfältige Analyse der sozialen und politischen Verhältnisse in Guinea-Bissau machte es der PAIGC möglich, die Haupttriebkräfte der Revolution zu bestimmen. Sie stellte fest, daß kaum erwartet werden konnte, die semifeudalen Häuptlinge, die europäische (portugiesische) Bourgeoisie sowie die portugiesische Kleinbourgoisie als Bündnispartner für die nationale Befreiung zu gewinnen. Deren Interessen waren auf die Erhaltung des kolonialen Systems gerichtet, das ihnen Pfründe und Privilegien sicherte.

Auch die Bauernschaft stellte – so Cabral – entgegen allen verallgemeinernden Vorstellungen, in Guinea-Bissau keine revolutionäre Kraft dar. "Die Bauernschaft in Guinea konnte weder schreiben noch lesen und hatte großteils kaum Beziehungen zur kolonialen Gewalt, mit Ausnahme der Steuerzahlungen, die aber meistens indirekt erhoben wurden. Sie fühlte sich auch durch die Präsenz der Portugiesen nicht direkt betroffen, da Guinea-Bissau – im Gegensatz zu Angola und Mozambique, die Siedlungskolonien sind – eine Handelskolonie ist, und die Bauern deshalb nicht ihrer Länder beraubt worden waren. Angesichts dieser Situation und der großen Schwierigkeiten, mit denen sich die Partei konfrontiert sehen würde, wollte sie versuchen, die Bauernschaft von der Notwendigkeit des Kampfes zu überzeugen, zog Cabral den Schluß, daß in dem spezifischen Fall Guinea-Bissaus die Bauern weder eine revolutionäre Kraft darstellten noch in der Lage wären, nach Zerstörung der kolonialen Gewalt den Staatsapparat zu übernehmen." (8)

Zu dieser Erkenntnis war die PAIGC schon einige Jahre vor Aufnahme des bewaffneten Kampfes gelangt. Hier sah sie auch eine ihrer wichtigsten Aufgaben und sie wußte, daß die politische Mobilisierung der Bauern eine schwere Aufgabe sein würde. So sagte Cabral noch im Jahre 1964: "Hier sollte ich ein Hauptproblem, das für uns von äußerster Wichtigkeit ist, ansprechen, und das ist die Tatsache, daß wir ein Land von Bauern sind. Es ist die Frage, ob die Bauernschaft die hauptsächliche revolutionäre Kraft darstellt. Ich werde mich auf mein eigenes Land, Guinea, beschränken, von dem sofort gesagt werden muß, daß die Bauernschaft keine revolutionäre Kraft ist – was seltsam erscheinen mag, besonders, da wir unseren ganzen bewaffneten Befreiungskampf auf die Bauernschaft gestützt haben. Wir müssen zwischen der physischen und der revolutionären Kraft einen Unterschied machen. Physisch ist die Bauernschaft in Guinea eine starke Kraft. Sie repräsentiert fast die gesamte Bevölkerung; sie kontrolliert den Reichtum der Nation und die Bauern sind die Produzenten. Aber wir wissen aus Erfahrung, welche Schwierigkeiten wir hatten, um die Bauern vom Kampf zu überzeugen." (9)

Um diese politische Einschätzung der Bauernschaft zu belegen, nennt Cabral die Schwierigkeiten bei der Mobilisierung der Bauern; der wichtigere Grund ist seiner Meinung nach aber offensichtlich die Tatsache, daß im Verlauf der Kolonialgeschichte die Bauernschaft als solche – im Gegensatz etwa zu der chinesischen – niemals in der Lage gewesen sei, einen revolutionären Aufstand zu machen: "Die Bedingungen für die Bauernschaft in China waren ganz andere (als in Guinea-Bissau, d.Verf.). Die Bauern hatten eine Geschichte der Revolte; aber dies war in Guinea nicht der Fall, und deshalb war es für die Soldaten unserer Partei und die Propagandisten nicht möglich, eine ähnliche Bereitschaft bei den Bauern zu finden, den Gedanken der nationalen Befreiung aufzunehmen, wie dies in China der Fall war." (10)

Die chinesische Bauernschaft stellte damit im Gegensatz zu der von Guinea-Bissau eine bewußte revolutionäre Kraft dar. Die Erklärung dafür läßt sich in den unterschiedlichen sozialökonomischen Strukturen der beiden Länder finden. In China hatte sich in Jahrhunderten eine Klassengesellschaft etabliert, deren Produkt die große Klasse der Bauern war, und wo die ge-

sellschaftlichen Widersprüche zwischen Bauern und Grundherren immer wieder zur gewalttätigen Austragung des Klassenkampfes geführt hatte. "Die grausame wirtschaftliche Ausbeutung und politische Unterdrückung der Bauernschaft durch die Grundherrenklasse trieben die Bauern immer wieder zu Aufständen, die sich gegen die Herrschaft der Grundherrenklasse richteten." (11)

Die Verhältnisse in Guinea-Bissau waren völlig anders. Der Kolonialismus hatte auf dem Lande die vorgefundenen vorkolonialen Gesellschaftsstrukturen weitgehend unangetastet gelassen. Dort existierte noch keine von der übrigen Gesellschaft abgespaltene Bauernklasse, die von den Grundeigentümern unterdrückt wurde; die gesellschaftliche Arbeitsteilung war noch äußerst einfach. Selbst dort, wo sich eine semifeudale Gesellschaftsstruktur feststellen ließ, waren nur äußerst instabile Klassenstrukturen entstanden, die man besser als embryonale Klassenstrukturen bezeichnen sollte. Dies erklärt, warum es in Guinea keine Bauernschaft in dem Sinne, wie sie in China existierte, gab.

vertieften oder sogar erst produzierten und die Stämme auf diese Weise gegeneinander ausspielten.

Wenn Cabral also feststellt, daß die Bauernschaft keine revolutionäre Kraft darstellte, so deshalb, weil es eine Bauernschaft, wie sie in China existierte, überhaupt nicht gab; zumindest dann nicht, wenn man die "Bauernschaft" als politische und soziale Kategorie begreift (und nicht einfach von der landwirtschaftlichen Tätigkeit, den Besitzformen usw. ableitet).

Die Erfahrungen der PAIGC haben diese Überlegungen bestätigt. Sie brauchte mehrere Jahre, um die Bauern zu mobilisieren. Nachdem diese dann einmal in den Kampf einbezogen waren, erwiesen sie sich als eine große revolutionäre Kraft, die nicht einfach als "physische Kraft" in die Schlacht geworfen wurde, sondern auch selbst Initiative entwickelte und eigene Forderungen stellte.

Die Arbeiterklasse machte in Guinea-Bissau nur einen Bruchteil der gesamten Bevölkerung aus. Sie lebte und arbeitete hauptsächlich in den Städ-



Vor der Verkündigung der Unabhängigkeit legen die Führer der Volksversammlung den Eid ab

Solange die soziale Differenzierung innerhalb der Stämme noch nicht vollzogen war, war die Bauernschaft weitgehend mit den einzelnen Stämmen identisch. Die Mehrzahl der Stämme hatte allerdings eine lange Geschichte des militärischen Widerstandes gegen die Kolonialisten. Doch blieben die einzelnen Stammesverbände entsprechend ihren Aufgaben und Funktionen isoliert und führten den Widerstand vereinzelt, was das Mißlingen solcher Aktionen erklärt. Außerdem wurde der Widerstand gegen die Kolonialmacht dadurch geschwächt, daß die Portugiesen geschickt die Widersprüche zwischen den einzelnen Stämmen

ten. Bevor die PAIGC das Bündnis mit der Landbevölkerung suchte, hatte sie ihre Arbeit fast völlig auf die Städte konzentriert und bei der Unterstützung der ökonomischen und politischen Kämpfe dieser Arbeiterklasse beträchtliche Erfolge errungen. Jedoch war die Arbeiterschaft schwach, nicht nur zahlenmäßig, sondern auch politisch. Sie brachte weder eigene starke Organisationen hervor, noch war sie in der Lage, aus den Erfahrungen der Arbeiterbewegungen zu lernen und eine eigene Ideologie der Befreiung zu entwickeln. Die Schwäche der Arbeiterklasse und die brutale, terroristische Reaktion der Kolonialisten auf

die Kämpfe der Arbeiter, machten der PAIGC bald klar, daß die Arbeiter allein nicht in der Lage sein würden, die nationale Befreiung des Landes zu erkämpfen und daß das Bündnis mit der Landbevölkerung notwendig war. Die afrikanischen Arbeiter blieben jedoch eine wichtige Kraft des Befreiungskampfes; aufgrund ihrer organisatorischen Fähigkeiten und ihrer Kenntnisse trugen sie entscheidend dazu bei, das Bündnis mit der Landbevölkerung zu schließen und zu festigen.

Die Arbeiter europäischer Herkunft mit meist leitenden oder anleitenden Funktionen gehörten zu den Gegnern der Befreiungsbewegung. Sie fürchteten den Verlust ihrer kleinen Privilegien. Das führte dazu, daß sie sich den schwarzen Arbeitern gegenüber feindlich verhielten.

Das eigentliche Lumpenproletariat erwies sich schnell als objektiver Feind der Revolution. Seine elende Lage machte es den kleinen Bestechungsversuchen der Verwaltung, der Geheimpolizei und der Armee leicht zugänglich.

Eine wichtige Rolle spielten die jungen Leute vom Lande, die in die Stadt kamen und der afrikanischen Tradition gemäß bei Verwandten lebten, auch wenn sie nicht arbeiteten. Das Leben in der Stadt machte es ihnen möglich, Vergleiche zu ziehen, die ihre Bereitschaft zur Teilnahme am Kampf verstärkten. Diese Schicht erwies sich als äußerst dynamisch und von größtem Wert für die Partei bei der Mobilisierung der Landbevölkerung, da sie in ständigem Kontakt mit dem Land lebten. (12)

Von größter Wichtigkeit für die Befreiung war ein Teil des afrikanischen Kleinbürgertums, und zwar eine Schicht, zu der lohnabhängige Intellektuelle, Beamte, Verwaltungsangestellte usw. gehörten. Der Initiative von Angehörigen dieser Schicht ist es zu verdanken, daß die PAIGC aufgebaut wurde. Aufgrund ihrer relativ guten Ausbildung waren sie auch am ehesten in der Lage, Kader für die nationale Befreiung auszubilden. Ihre Lebensbedingungen machten es ihnen noch am ehesten möglich, sich radikal von den Fesseln der traditionellen sozialen Strukturen zu befreien: "Denn die Tatsachen haben erwiesen, daß die einheimische Kleinbourgeoisie die einzige soziale Schicht ist, die fähig ist, ein reales Bewußtsein von der imperialistischen Herrschaft zu erlangen und den von dieser Herrschaft geerbten Staatsapparat zu leiten. Wenn wir uns die unsicheren Eigenschaften, d.h. die Widersprüchlichkeit der natürlichen, der ökonomischen Lage dieser Schicht oder Klasse innewohnenden Tendenzen, vor Augen halten, sehen wir, daß eben dieser besondere, ungünstige Umstand eine der Schwächen der nationalen Befreiungsbewegung ausmacht." (13)

Ist aber wirklich <u>nur</u> die Kleinbourgeoisie fähig, "ein reales Bewußtsein von der imperialistischen Herrschaft zu erlangen"? Wurde nicht dem Volk tagtäglich ein "reales Bewußtsein von der imperialistischen Herrschaft" aufgedrängt durch die verschiedensten Formen der Ausbeutung und Unterdrükkung?

Obwohl sich in der Realität hinter dem portugiesischen Kolonialismus der Imperialismus versteckte, ließ die koloniale Struktur, die sich eben auch nur in bestimmten Erscheinungsformen wie Zwangsarbeit, Steuern, politische Entrechtung usw. äußerte, nicht unmittelbar erkennen, daß dieser Kolonialismus vom imperialistischen System getragen wird. Anschaulich und leicht faßbar wurde dieser Zusammenhang erst, als beispielsweise die Kolonialarmee Waffen aus imperialistischen Ländern im Krieg einsetzte.

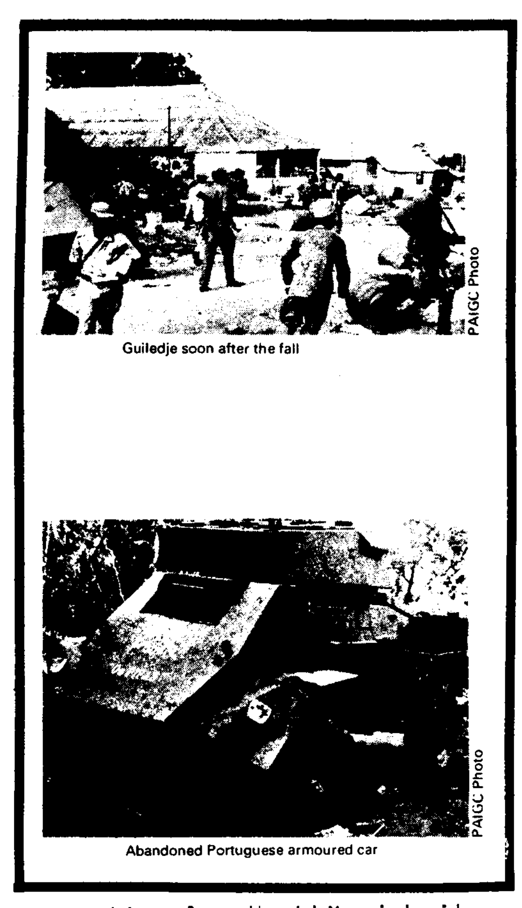
Für die Kleinbourgeoisie war der Zusammenhang wesentlich leichter erkennbar, weil sie aufgrund ihrer Tätigkeiten direkt mit imperialistischen Monopolen in Berührung kam, die Unterstützung Portugals durch diese besser beobachten konnte usw. Darüber hinaus war sie wohl auch aufgrund ihrer Ausbildung besser vorbereitet, diesen Zusammenhang theoretisch zu durchleuchten. Cabral schreibt zu diesem Thema, die Kleinbourgeoisie sei die Schicht, "... die am ehesten das Bewußtsein des Bedürfnisses erlangt, sich von der Fremdherrschaft zu befreien". Allerdings sollte man daraus nicht folgern, daß die anderen sozialen Schichten kein starkes Bedürfnis nach der Befreiung hatten. Diese Auffassung wäre schon deshalb falsch, weil schon gegen die Kolonialisten gekämpft worden ist, als es die Kleinbourgeoisie noch gar nicht gab. Richtig ist vielmehr, daß es die Kleinbourgeoisie war, die diesem Bedürfnis eine richtige Perspektive gab, indem sie die Aufhebung der tribalistischen Strukturen forderte und auf den Zusammenhang zwischen Kolonialismus und Imperialismus hinwies. Dazu bemerkte Amilcar Cabral: "Diese historische Verantwortung wird von dem Teil der Kleinbourgeoisie übernommen, den man im kolonialen Zusammenhang revolutionär nennen kann, während die anderen Teile den charakteristischen Zweifel dieser Klasse behalten oder sich mit dem Kolonialismus verbünden, um, wenn auch illusorischerweise, ihre soziale Stellung zu verteidigen." (14)

IV. <u>Der politische Inhalt der Revolution</u>

Kann man aus der Tatsache, daß die Führung des Befreiungskampfes anfangs in den Händen des "Kleinbürgertums" lag, schließen, daß es sich um eine "kleinbürgerliche" Revolution handelt?

Oder aus der Tatsache, daß die Masse der Handelnden heute die Bauern sind, daß die Revolution ihrem politischen Inhalt nach eine "bäuerliche" ist? Dies zu tun, hieße die Handelnden und den Charakter einer Revolution miteinander zu verwechseln. Von der sozialen Herkunft der Träger einer Revolution führt kein direkter Weg zum politischen Inhalt der Revolution.

Um den Inhalt der Revolution verstehen zu lernen, müssen wir das Programm der PAIGC, ihre Veröffentlichungen und anderen Verlautbarungen, vor allem aber die Praxis des Befreiungskampfes untersuchen. Folgt man dem Programm der PAIGC, so handelt es sich um eine antikolonialistische, national-demokratische Revolution, eine Revolution also, die sich die Erlangung der demokratischen Rechte und



Guiledje soon after the fall

Abandoned Portuguese armoured car

der nationalen Unabhängigkeit zum Ziel gesetzt hat. In einer Botschaft drückt der Kampfausschuß der PAIGC dies so aus: "Das Ziel unseres Kampfes ist ein politisches Ziel, nämlich die vollständige Befreiung unseres Volkes von Guinea und der Kapverdischen Inseln, die Eroberung unserer nationalen Unabhängigkeit und unserer Souveränität im Inneren, wie auch auf internationaler Ebene." Etwas später heißt es in derselben Botschaft: "Wir wollen also alles zerstören, was den Fortschritt unseres Volkes behindern kann, alle innerhalb unserer Gesellschaft bestehenden Verhältnisse in Guinea und auf den Kapverdischen Inseln, die sich gegen den Fortschritt unseres Volkes und gegen die Freiheit unseres Volkes stellen. Kurz gesagt, wir wollen folgendes: für alle unsere Landsleute, sei es Mann oder Frau, die gleichen konkreten Möglichkeiten, sich als Mensch zu entfalten, seine Fähigkeiten voll auszunutzen, sich körperlich und geistig zu entwickeln, um - als Mann und Frau - die eigenen Fähigkeiten voll entfalten zu können. Genossen, wir müssen alles zerstören, was diesen Prinzipien widerspricht: Schritt für Schritt, einen nach dem anderen, wenn es sein muß. Wir müssen aber Zerstörungen vornehmen, um ein neues Leben aufzubauen; das ist das Hauptziel unseres Widerstandes." (15)

Es ist wichtig, sich klar zu machen, daß diese nationaldemokratische Revolution sich nicht auf die Zerstörung des kolonialen Systems beschränkt. Vor der Revolution hatte die Kolonialregierung versucht, die Stämme gegeneinander aufzuwiegeln, und sich gleichzeitig bemüht, die Kluft zwischen Häuptlingen und Stammesvolk zu vertiefen und die Position der Häuptlinge abzusichern (besonders bei den halbfeudalen Gruppen), da der daraus resultierende Machtzuwachs die Abhängigkeit der Massen von ihren Häuptlingen vertiefte und diese somit in der Lage waren, das Volk auszubeuten und zu unterdrücken. Auch dieser afrikanischen Unterdrücker"klasse" galt der Kampf der PAIGC, denn diese "Klasse" war ein Produkt des Kolonialsystems und ihre Beseitigung war für die Befreiung des Volkes unabdingbar. Von diesem demokratischen Kampf gegen die Unterdrückung profitierten aber nicht nur die Völker der betroffenen Stämme. Es hatte sich nämlich gezeigt, daß das Volk der Fulas wegen der Unterdrückung durch seine Häuptlinge schwerer für den Befreiungskampf zu mobilisieren war als beispielsweise die Balante. Im Interesse der nationalen Vereinheitlichung war es aber notwendig, alle Hindernisse zu beseitigen, die diesem Ziel im Wege standen, und das bedeutete, daß die Häuptlinge entmachtet werden oder sich im Kampf für die Freiheit auf die Seite des Volkes stellen mußte.

In den befreiten Gebieten ist diese Aufgabe heute weitgehend erfüllt: die Häuptlinge sind entmachtet, unter der Führung der PAIGC ist die Volksmacht errichtet worden, die tribalistische Zersplitterung wurde überwunden und die verschiedenen Stämme zu einer Nation verschmolzen. Das soll nicht heißen, daß die Widersprüche innerhalb der Stämme und zwischen den Stämmen verschwunden sind, sie haben aber ihre frühere Bedeutung verloren und sind heute kein wesentliches Hindernis für den Befreiungskampf mehr.

Auch die direkte politische Unterdrükkung durch die Kolonialisten hat in den befreiten Gebieten aufgehört. Der koloniale Staatsapparat hat keinen direkten Einfluß mehr auf die Verwaltung; das Volk selbst und die PAIGC haben die Verwaltung übernommen, sie

haben eigene Gerichte und demokratische Organe zur Planung der Produktion, Verteilung der Güter etc. eingerichtet. Im Herbst 1972 konnte in den befreiten Gebieten - zum ersten Male in der Geschichte des Landes überhaupt - eine nationale Volksversammlung gewählt werden, deren Vertreter vom Volk auf demokratische Weise bestimmt wurden.

Die Unabhängigkeit der neuen Republik wurde nicht von einer Partei oder einer Exilregierung erklärt, sondern von dieser nationalen Volksversammlung von Guinea-Bissau und dem Staatsrat, also von Organen, die sich das Volk selbst geschaffen hat. "Die nationale Volksversammlung von Guinea (ANP) wurde auf der Grundlage des Prinzips, nach dem die Macht vom Volk ausgeht und dem Volk dienen muß, gegründet." (16) (17)
Die Wahlen wurden nach dem Prinzip des freien, demokratischen und geheimen Wahlrechts durchgeführt. Da in den noch nicht befreiten Gebieten keine Wahlen durchgeführt werden konnten, wurden für diese Gebiete provisorische Vertreter bestimmt. Als die Wahlen nach einer achtmonatigen Informationskampagne, nach parteiinternen Debatten und öffentlichen Veranstaltungen stattfanden, hatte die PAIGC einen großen Sieg errungen. Fast 94 % der Wahlberechtigten hatten ihre Stimme abgegeben und über 91 % den Einheitslisten ihre Zustimmung gegeben.

Die Art und Weise, wie diese Einheitslisten entstanden, zeigt, welchen Einfluß die Massen selbst auf ihr Zustandekommen nehmen konnten. Alle Dorfkomitees und alle auf den öffentlichen Veranstaltungen anwesenden Menschen hatten das Recht, den Inhalt der vorgeschlagenen Listen zu diskutieren und Änderungen vorzuschlagen. In einem Fall konnten sich die Bewohner eines Dorfes im befreiten Norden mit einem anderen Dorf überhaupt nicht einig werden über den Vertreter, der kandidieren sollte. In diesem Dorf überwogen deshalb die Nein-Stimmen die Ja-Stimmen um 100 %.

Die Wahlen selbst und ihre Vorbereitungen waren ein wichtiges Instrument zur Mobilisierung und zur Stärkung des politischen Bewußtseins der Massen. Menschen, die vorher weder Mitglieder der PAIGC waren noch in anderer Weise mitgearbeitet hatten, konnten nun in die politische Diskussion und den Entscheidungsprozeß mithineingezogen werden. Die bewies, daß - entgegen den Behauptungen der Kolonialisten - die Menschen von Guinea-Bissau sehr wohl ein Interesse an Wahlen haben, aber nur dann, wenn die zu wählenden Organe ihre eigenen Produkte sind und nicht das willfährige Instrument der Kolonialherren.

Die Wirtschaft in den befreiten Gebieten ist heute von dem Kolonialsystem unabhängig. Während früher die Produktion nach den Bedürfnissen der Kolonialisten ausgerichtet und für den Export bestimmt war, so wird sie heute von den Bedürfnissen des Volkes geleitet. Die Produktion wurde diversifiziert und neue Produkte angebaut. Es gelang sogar, einen Überschuß zu pro-



duzieren und den unter der Hungerkatastrophe leidenden Völkern Senegals und Malis Reis zu liefern.

Wenn nun unter diesen Umständen die nationale Volksversammlung die Unabhängigkeit des Landes erklärte, so sollte klar sein, daß die wirkliche politische und ökonomische Unabhängigkeit schon erkämpft worden ist. Sie besteht im Aufbau einer neuen Gesellschaft, die ihre eigene Wirtschaft, ihre eigene Kultur hat und in der das Volk die Macht ausübt. Diese Unabhängigkeit mußte zuerst erkämpft werden, bevor die formale Unabhängigkeit erklärt werden konnte. Folgerichtig bedeutet die Unabhängigkeitserklärung nicht, daß der Befreiungskampf beendet ist. Zweifellos werden sich die Aggressionen von außen verstärken und die portugiesische Regierung wird nichts unversucht lassen, um das Land wieder unter seine Kontrolle zu bringen. Aber es ist klar, daß es auch in der befreiten, unabhängigen Republik noch Widersprüche gibt, und daß neue Widersprüche entstehen werden, die die Unabhängigkeit in Frage stellen können.

V. Die Perspektive der Revolution

Damit wird unmittelbar die Frage nach der Perspektive der Revolution aufgeworfen. Die obige Feststellung, daß es sich in Guinea-Bissau um eine national-demokratische Revolution handelt, reicht nicht aus, weil sie nur das unmittelbare Ziel der Revolution klassifiziert, nicht aber die weitergehende Perspektive.

Bestimmten historischen Etappen des Kapitalismus entsprechen nämlich zwei Arten der national-demokratischen Revolution, die allerdings keiner Alternative darstellen. Die eine hat die Erstellung einer bürgerlichen Gesellschaft und eines nationalen Kapitalismus zum Ziel, die andere den Sozialismus.

Dazu stellt Mao tse Tung fest, daß in der jetzigen Etappe des Imperialismus bürgerlich-kapitalistische Demokratien zum Scheitern verurteilt sind. Dies hat sich in vielen Staaten Afrikas bestätigt. Hinter der Maske der formalen Unabhängigkeit verbirgt sich



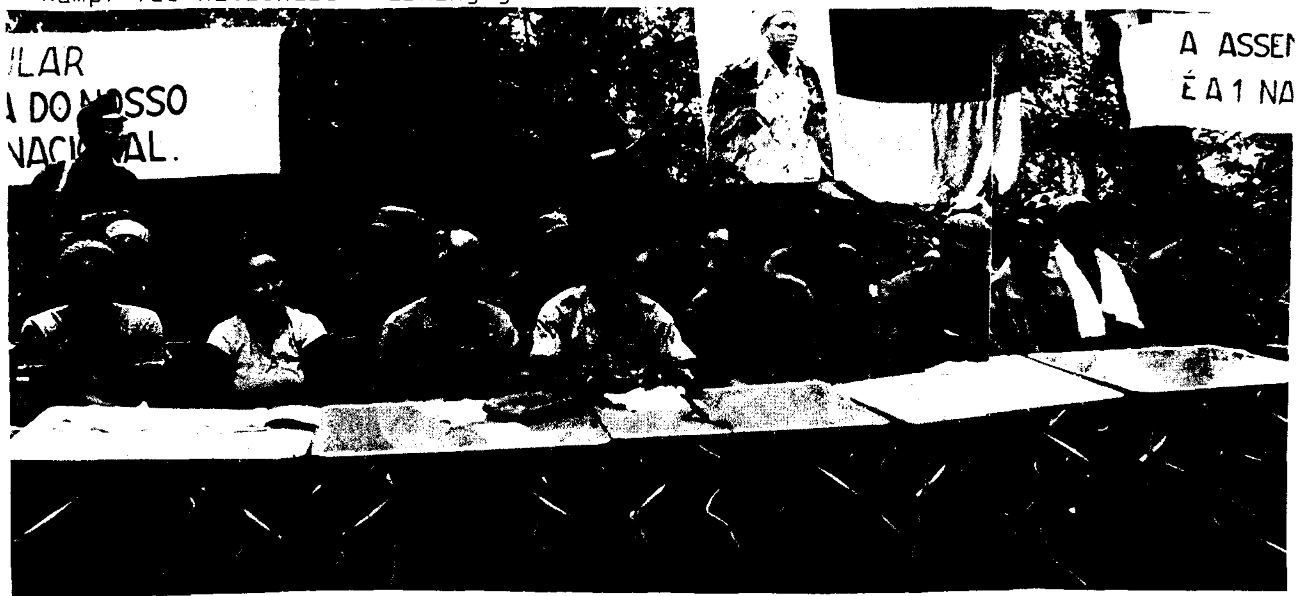
ein vom Imperialismus abhängiger Staat, der von einer einheimischen Bourgeoisie und den Kompradoren monopolisiert wird und sich in ein Instrument der Unterdrückung des Volkes verwandelt. Die nationale Wirtschaft ist wieder oder weiterhin in den Händen der Imperialisten; das Volk ist betrogen worden, die Früchte seiner Befreiungskämpfe fallen nun lediglich neuen Ausbeuterklassen zu. Die national-demokratische Revolution hat sich in diesen Fällen faktisch als Sackgasse erwiesen, in der unter dem Neokolonialismus die alte Unfreiheit und Abhängigkeit erhalten bleibt. Um diese Sackgasse, in die die national-demokratische Revolution mit bürgerlich-kapitalistischem Inhalt heutzutage gerät, zu vermeiden, gäbe es "theoretisch" die Möglichkeit der sozialistischen Revolution. Die sozialistische Demokratie unter der Diktatur des Proletariats ist "jedoch für eine bestimmte Geschichtsperiode der Revolutionen in kolonialen und halbkolonialen Ländern nicht angemessen", erst "in den kapitalistischen Ländern reifen die Bedingungen für diesen Typus heran" (18), d.h. für eine Revolution, die unmittelbar eine sozialistische ist. Diese Bedingungen sind für Guinea-Bissau offensichtlich nicht gegeben.

Als adäquate Form der Revolution bleibt für Guinea somit der "dritte Typus": "Der dritte Typus ist jene Übergangsform, die sich die Revolutionen in kolonialen und halbkolonialen Ländern wählen müssen. Jede dieser Revolutionen wird notwendigerweise gewissenvon den anderen unterschiedliche Besonderheiten haben, doch wird es sich dabei lediglich um geringe Unterschiede bei großer Ähnlichkeit handeln. Sobald es sich um Revolutionen in den Kolonien und Halbkolonien handelt, wird dort die Staats- und Regierungsstruktur im wesentlichen die gleiche sein müssen, nämlich die eines Staates der Neuen Demokratie, in dem sich einige antiimperialistische Klassen zur gemeinsamen Diktatur verbinden." Genauer heißt es, die Republik der neuen Demokratie kann nur "eine demokratische Diktatur aller gegen den Imperialismus und Feudalismus kämpfenden Menschen unter Führung des Proletariats sein..." (19)

Die Aussage Mao-tse-Tungs, daß die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft zum Scheitern verurteilt sein muß, kann im Rahmen dieser Arbeit, d.h. für den konkreten Fall Guinea-Bissau, nicht überprüft werden. Es läßt sich jedoch auch so feststellen, daß die Revolution von Guinea-Bissau nicht in diese Kategorie einzureihen ist. Wie im vorherigen Abschnitt kurz gezeigt wurde, handelt es sich bei der neuen Gesellschaft Guineas keinesfalls um eine bürgerlich-kapitalistische. Auch läßt sich in der gegenwärtigen Phase nicht eindeutig belegen, daß die Gesellschaft am Anfang einer bürgerlich-kapitalistischen Entwicklung steht, ebenso wie sich natürlich auch nicht eindeutig das Gegenteil beweisen läßt.

Die Revolution ist aber auch keine sozialistische. Im gegenwärtigen Stadium besteht die Hauptaufgabe darin, den Halbfeudalismus, den Kolonialismus und den Imperialismus zu bekämpfen. Solange diese Phase nicht vollendet ist, kann von Sozialismus nicht die Rede sein. Die Vorstellung oder der Wunsch, es müsse sich in Guinea-Bissau in dieser Phase der Revolution um eine sozialistische handeln, ist falsch und wird den Tatsachen nicht gerecht. Solche Vorstellungen werden von Menschen entwickelt, die meinen, es könne "die politische und soziale Revolution auf einen Schlag vollendet werden (...); sie begreifen nicht, daß sich die Revolution in Stadien teilt, daß man nur von einer Revolution zur nächsten fortschreiten kann, daß nichts 'auf einen Schlag vollendet' wird." (20)

Somit ist die Revolution von Guinea-Bissau weder eine bürgerliche noch eine kapitalistische. Entspricht sie dann aber Maos "dritten Typ" der neudemokratischen Revolution? Sehen wir



Das Büro der Nationalen Volksversammlung: In der Mitte, der Kommandant Nino, zu seiner Rechten Aristides Pereira, zu seiner Linken Luiz Cabral

uns die neue Demokratie noch etwas genauer an. Im wesentlichen bestand der Weg zum Sozialismus in China aus zwei Etappen:

- die erste Phase ist die "neudemokratische" Revolution, gekennzeichnet durch den antikolonialistischen Kampf für nationale Unabhängigkeit und die Abschaffung des Feudalismus. Ihr Ziel war die Erstellung einer unabhängigen, demokratischen Gesellschaft, die treibende Kraft die Allianz von Arbeitern und Bauern. Das Ziel dieser Phase der Revolution ist also im wesentlichen ein politisches.
- die erste Phase ebnet den Weg für die zweite, die sozialistische Revolution, die die Produktionsverhältnisse umwälzt, die Produktionstechniken modernisiert und die ideologische und kulturelle Revolution vorantreibt sowie die Befreiung des Volkes festigt.

Beide Phasen standen in China unter der Führung des Proletariats. Die erste Phase ist objektiv eine bürgerliche Revolution, die nicht die Umwälzung der Produktionsverhältnisse beinhaltet; nur unter der politischen Führung des Proletariats, das die Perspektive des Sozialismus hat, kann der zweiten Phase der Weg bereitet werden. Die zweite Phase ist aber notwendig, weil nur der Sozialismus Freiheit und Unabhängigkeit garantieren kann, der Übergang der ersten Phase in eine bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft würde nur die Herrschaft des Neokolonialismus begünstigen.

Kommen wir wieder auf Guinea-Bissau zurück: Der Kampf befindet sich gegenwärtig objektiv in der ersten Phase. Im Unterschied zu China fehlt allerdings die Führung durch das Proletariat. Somit sind wir wieder an der ursprünglichen Fragestellung angelangt: impliziert das Fehlen einer proletarischen Führung, daß eine kapitalistische Gesellschaft mit neokolonialer Abhängigkeit unvermeidlich wird? Oder mit anderen Worten: ist die Führung des Proletariats in der ersten Phase Voraussetzung dafür, daß die zweite Phase eingeleitet und verwirklicht werden kann?

In der ersten Phase bedeutet die proletarische Führung natürlich günstigere Ausgangsbedingungen, aber nichts spricht dafür, daß ihr Fehlen in der ersten Phase die zweite unmöglich macht. In Guinea-Bissau hat die PAIGC nach besten Kräften Entwicklungen entgegengewirkt, die eine spätere neokoloniale Abhängigkeit begünstigen können. Sie hat es möglich gemacht - und das ist ihr großes historisches Verdienst -, daß das Volk die Macht ausüben kann und heute auch ausübt. Sie hat das Volk zu Unabhängigkeit und Freiheit geführt, das Volk wird die gegenwärtige Unabhängigkeit und Freiheit nutzen und verteidigen. Es wird sie gegen Aggressionen von außen verteidigen und gegen alle Versuche von innen, die Herrschaft des Imperialismus mit Hilfe des Neokolonialismus wiederherzustellen.

Sicherlich werden durch die Erlangung der nationalen Unabhängigkeit einem nationalen Kapitalismus Hindernisse aus dem Weg geräumt und er wird eine gewisse Entwicklung erfahren; dies ist ein nahezu unvermeidliches Resultat der nationalen demokratischen Revolution. Dadurch wird in gewisser Weise ein Wiedererwachen der imperialistischen Herrschaft begünstigt, wie dies in der Vergangenheit in vielen Ländern Afrikas geschehen ist. Diese Entwicklung wird aber auch die quantitative und politische Bedeutung des Proletariats stärken und somit einen für den Aufbau des Sozialismus positi-

ven Faktor schaffen, auch die Verstaatlichung wichtiger Industrien und der Aufbau des Genossenschaftswesens wird sich positiv auswirken. Diese Faktoren begünstigen zwar den Aufbau einer demokratischen sozialistischen Gesellschaft und machen es wahrscheinlich, daß der kapitalistische und neokolonialistische Weg vermieden werden kann, sie geben aber keine Garantie dafür. Letztlich hängt es von der Entschlossenheit und Stärke des Volkes ab, seine Errungenschaften zu verteidigen, und davon, wer die politische Linie in diesem Kampf bestimmt, ob sich eine proletarisch-sozialistische oder bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft durchsetzen wird.

VI. Die Bedeutung der Unabhängigkeitserklärung

In der jetzigen Etappe, die noch nicht vom Kampf zwischen proletarischer und bürgerlicher Linie, zwischen Sozialismus und Kapitalismus geprägt ist, kommt der Unabhängigkeitserklärung eine wichtige Rolle zu. Diese Erklärung war nicht, wie in anderen Ländern Afrikas, lediglich ein formaler juristischer Akt, sie war vielmehr das Ergebnis eines jahrelangen Kampfes für die wirkliche wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit des Landes. Sie ist kein Zugeständnis der alten Kolonialmächte, das letztlich dazu benutzt wird, einem kämpfenden Volk die Unabhängigkeit vorzugaukeln, sondern sie ist das Produkt wirklicher Unabhängigkeit.

Deshalb kann diese Erklärung auch nicht dazu benutzt werden, das Volk vom weiteren Kampf abzuhalten und es damit der imperialistischen Herrschaft zu ermöglichen, wieder an Macht zu gewinnen. Vielmehr wird sie eine Ermutigung für das Volk sein, die tatsächliche Unabhängigkeit, die sie in vielen Jahren des militärischen Kampfes und der Aufbauarbeit errungen hat, zu verteidigen und weiter zu festigen.

Natürlich verbessert die Unabhängigkeitserklärung auch die Basis für bilaterale und internationale Beziehungen, aber ihre primäre Bedeutung liegt darin, daß sie ein lebendiger Beweis für die Fähigkeit eines Volkes ist, die Herrschaft des Kolonialismus und Imperialismus zu brechen und seine eigene Kultur und Geschichte zu bestimmen. Sie wird ein Ansporn für die Völker Afrikas sein, den Kampf gegen Kolonialismus, Neokolonialismus und Imperialismus weiterzuführen.

Anmerkungen

1) Dieser Artikel ist die Übersetzung eines Aufsatzes, der für die Zeitschrift UFAHAMU, University of California, Los Angeles, geschrieben wurde.

2) Amilcar Cabral, Die Theorie als Waffe, Berlin 1968, S. 34

3) Amilcar Cabral, Kurzer Bericht über die Gesellschaftsstruktur in Guinea, in: Nationale Befreiung 1 "Der Kampf um Guinea Bissau", hrsg. Komitee Südliches Afrika Heidelberg, Heidelberg 1973, S. 13/14

4) ebd., S. 14

5) ebd., S. 17

6) Amilcar Cabral, National Liberation and Peace, Cornerstones of Non-Alignment, in: Revolution in Guinea, London 1969, S. 44

7) A. Cabral, Kurzer Bericht..., a.a.O., S. 19

8) Eduardo de Sousa Ferreira, Amilcar Cabrals Theorie der Befreiung und die Hintergründe seiner Ermordung, Freiburg 1973

9) A. Cabral, Kurzer Bericht..., a.a.O., S. 17

10) ebd.

11) Mao tse Tung, Ausgewählte Werke, Bd. 2, Die Chinesische Revolution und die kommunistische Partei Chinas, S. 357

12) Siehe E. de Sousa Ferreira, a.a.O.

13) A. Cabral, Die Theorie als Waffe, a.a.O., S. 35

14) ebd., S. 38

15) Botschaft des Kampfausschusses der PAIGC, in: Nationale Befreiung 2 "Für den völligen Sieg über Kolonialismus und Imperialismus", hrsg. Komitee Südliches Afrika Heidelberg, Heidelberg 1973, S. 52 und 53

16) 120 Volksvertreter wurden für die nationale Volksversammlung gewählt. Davon wurden insgesamt 112 vom Volk direkt gewählt, 5 von der Nationalen Arbeiterunion und 3 von den Jugend- und Studentenorganisationen. Besonders großes Gewicht wurde darauf gelegt, daß ein großer Teil der Repräsentanten aus den Massen selbst kam. In jedem Wahlgebiet war die Anzahl der Volksvertreter, die aus den Massen kamen, doppelt so hoch wie jene, die direkt aus den kämpfenden Kadern der PAIGC gewählt wurden, d.h. "2/3 der nationalen Volksversammlung werden von den arbeitenden Volksmassen und den Studenten gewählt, 1/3 von den kämpfenden Kadern der PAIGC". (Grundlagen zur Gründung..., a.a.O.)

17) Grundlagen zur Gründung der nationalen Volksversammlung in Guinea, Dokument der PAIGC vom Dezember 1971, in: Nationale Befreiung 2, a.a.O., S. 42

18) Mao tse Tung, a.a.O., S. 408/409

19) ebd.

20) ebd., S. 420

ANGOLA
Ausbildung für Massaker

EIN PORTUGIESISCHER OFFIZIER ÜBER ANGOLA

S. ist ein portugiesischer Berufsoffizier, der noch immer in der Armee tätig ist. Er leistet gleichzeitig Arbeit im Untergrund: er leitet vertrauliches Material, wie geheime Berichte und militärische Karten, weiter an die Befreiungsbewegungen in den afrikanischen Kolonien. Wir haben eine solche militärische Karte abgedruckt, aber darüber später mehr.

Ich habe S. über Zwischenpersonen an einem geheim gehaltenen Ort gesprochen. Sogar seinen Namen durfte ich nicht wissen, aber seine Papiere mit Bild und seiner Funktion in der Armee habe ich gesehen.

Es ist eine merkwürdige Erfahrung, mit jemandem zu reden, der eine große Chance hat, in Zukunft zum Tode verurteilt zu werden. Wenn seine Aktivitäten entdeckt werden, wird er sicher - nachdem er ausgiebig gefoltert worden ist - zu einem Soldaten degradiert und nach der gefährlichsten Front in Afrika geschickt, bis er nicht mehr zurückkommt.

"Natürlich habe ich Angst. Manchmal sogar sehr viel. Aber jeder in Portugal hat Angst. Denn jeder ist Opfer. Die Machthaber halten das Volk in einem eisernen Griff. Überall hat die Regierung Spione und Verräter. Man kann nie sagen, was man denkt. Freunde trauen sich nicht mehr."

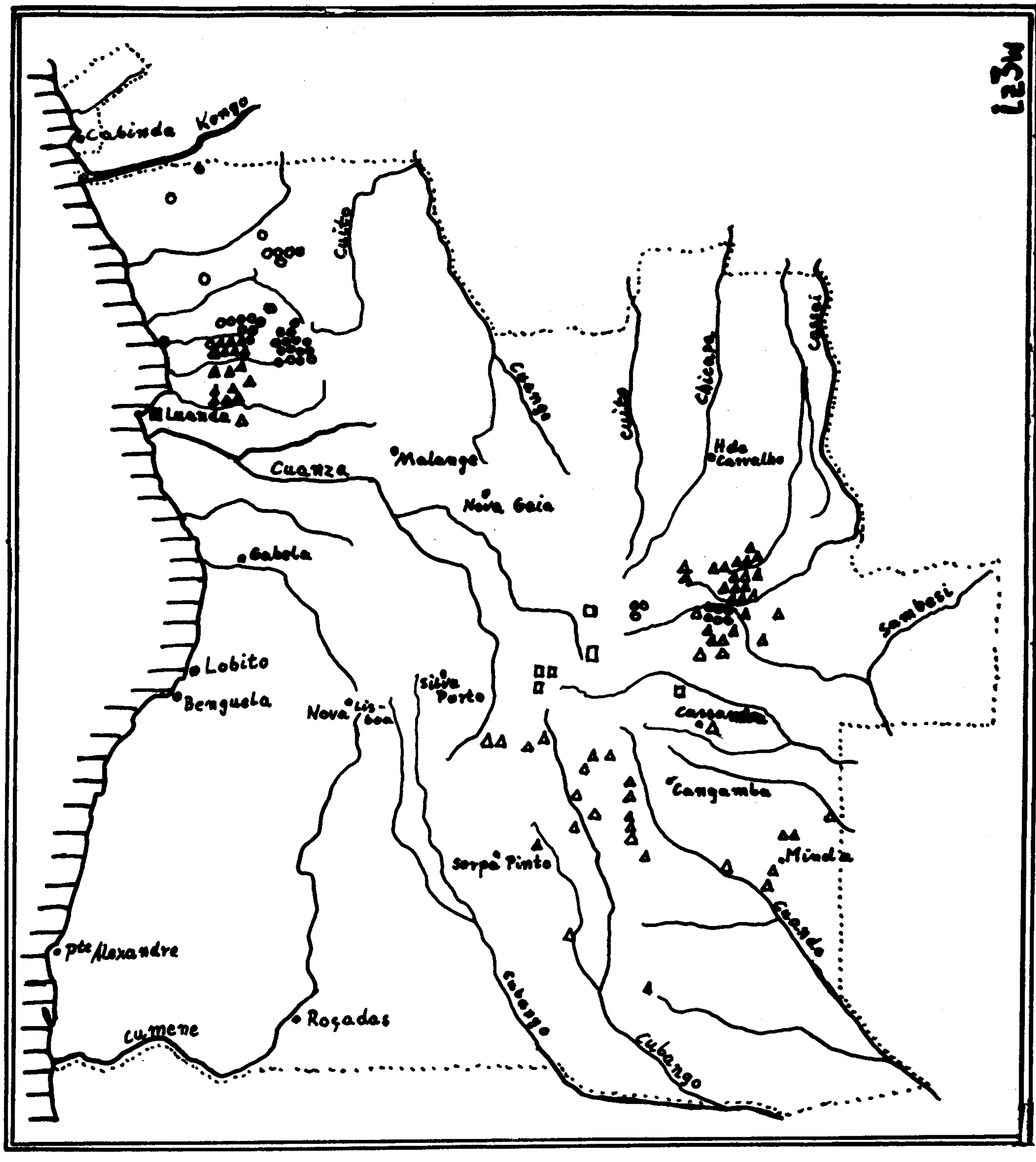
"In Angola hat man Angst vor einer Kugel und vor der Front. Aber es kam noch etwas hinzu. Ich bekam Angst vor meinem eigenen Gewissen. Es wird von einem erwartet, daß man unschuldige Männer, Frauen und Kinder ermordet,/ weil sie schwarz sind und weil sie sich weigern, noch länger als Sklaven behandelt zu werden. Ich mußte einen langen Kampf führen. Ich dachte an meine Frau und mein Kind. Aber ich glaube, daß ich besser erwischt werden kann als daß ich Angst vor meinem Gewissen habe."

"Ich komme aus einem Bourgeois-Milieu und kenne also die Elite von nahem. Die Gesichter dieser Menschen sind wie Mumien: flach und ohne Gefühle. Sie sind sich ihrer Macht bewußt, und sie halten sie für etwas selbstverständliches. Sie wünschen sie nicht abzugeben und sie wollen keine Rechenschaft darüber ablegen. Ihre Anteile an der Börse und ihre Sherry-Partys sind ihnen wichtiger als das Leben von Millionen Afrikanern." ...

"Der Kriegsdienst dauert vier Jahre. Die Ausbildung - in Portugal selbst - ist darauf ausgerichtet, aus den Soldaten Mörder zu machen. Sie werden psychisch so kaputt gemacht, daß sie zu willenlosen Instrumenten des Oberkommandos werden. Sie wissen nie, wann sie schlafen dürfen, wann sie essen dürfen, wann sie frei haben. Immer werden sie in aufreibender Unsicherheit gehalten. Oft sind mitten in der Nacht langdauernde Übungen. Es ist übrigens sowieso ein beliebtes Mittel, die Soldaten vom Schlafen abzuhalten. Nächte hintereinander schallt dieselbe Musik durch die Kaserne. Tagsüber auch. Immer dieselbe Schallplatte. Die ganze Ausbildung ist eine fortwährende Indoktrination. Hunderte Male müssen die Soldaten sagen: 'Ich bin der Stärkste, ich will schwarze Terroristen ermorden, ich bin ein zukünftiger Held unseres Landes, ich will schwarze Terroristen ermorden.' Das Resultat ist, daß die Soldaten, wenn sie ein Wochenende frei haben und auf ihr Dorf gehen, laufend ihre Überlegenheit beweisen. Die Anwendung von Gewalt ist dann keine Ausnahme."

"Die Übungen haben die Intention, den Soldaten jede Menschlichkeit zu nehmen. Sie dürfen keine Gefühle von Menschlichkeit behalten, sondern müssen unter den bizarresten Umständen tun, was ihnen gesagt wird. Während des Trainings müssen sie manchmal mit scharfen Patronen aufeinander schießen. Es gibt eine Übung, die von den Soldaten 'das Todfallen' genannt wird. Sie müssen dabei an einem stramm gezogenen Seil von einem hohen Baum mit Hilfe eines Querseils herunterrutschen. Sie kommen mit einer Geschwindigkeit von ungefähr 70 Std./km auf dem Boden an. Daß dabei Unfälle passieren, ist vorauszusehen, aber das ist für die Armeeleitung, für die es andere Gesetze gibt, uninteressant. Es gibt viele Übungen, wobei es Tote gibt. In einer Höhe von sieben bis acht Metern müssen die Soldaten über einen Stahldraht laufen, der zwischen zwei Bäume gespannt ist. Ohne ein Fangnetz darunter. Im See bei Lameger sind Soldaten bei nächtlichem Schwimmen ertrunken. Drei zukünftige Offiziere wurden von dem Schlamm in die Tiefe gezogen. So werden wir also für einen kolonialen Krieg ausgebildet, der inhuman, historisch gesehen absurd ist, und nicht im Interesse des portugiesischen Volkes liegt."

"Wenn die Soldaten nach den Kolonien



△ = MPLA ○ = FNLA □ = UNITA

Eine geheimgehaltene militärische Karte von Angola, auf der alle den Portugiesen bekannte Aktionsgebiete der Befreiungsbewegung angegeben sind. Seit dem Erstellen dieser Karte - im Februar 1972 - hat sich natürlich schon wieder verschiedenes geändert. Eine wichtige Entwicklung ist, daß die zwei größten der drei Befreiungsbewegungen, die MPLA und die FNLA, unter Druck der Organisation für die Einheit Afrikas (der afrikanische Staaten angehören, die nicht von europäischen Weißen beherrscht werden) immer enger zusammen arbeiten. Außer diesen zwei großen Organisationen operiert in der Mitte Angolas auch die kleine UNITA (nach dieser Karte nur an sechs Stellen vermerkt), die wenig Bedeutung hat.

Aus der Karte wird ersichtlich, wie weit der Einfluß der Befreiungsbewegungen - den Portugiesen zufolge - schon reicht.

gehen, sagt der Kommandant vorher zu ihnen: 'Wer von Euch hat einen Bruder in Angola verloren, wer in Mozambique, wer einen Vetter in Angola, wer einen Freund?' Immer mehr Finger erheben sich. 'Ihr werdet euren Bruder, euren Vetter, euren Freund rächen. Deshalb fahrt ihr jetzt weg. Rächt sie.'"

"Die größten psychischen Schocks bekommt man in Angola selbst. Zwei Jahre in einem anderen Land, einem anderen Klima. In totaler Einsamkeit. Ich war auf einem Posten, einer gesicherten Festung im Osten des Landes. Das ist ein Gebiet, das völlig von der Befreiungsbewegung, der MPLA, kontrolliert wird. Und das bedeutet, daß wir, außer wenn wir eine militärische Aktion unternehmen, keinen Fuß vor die Tür setzen können. Grenzenlose Langeweile. Man sieht immer dieselben Gesichter. Einmal in fünfzehn Tagen wird die Nahrung und die Post abgeworfen. Mit einem Fallschirm aus einer Dakota. Und einmal im Monat kommt ein militärischer Konvoi, der etwas Obst und Fleisch bringt."

"Wenn die Soldaten einander vertrauen, wagen sie es, ein wenig Unfrieden zu ventilieren, indem sie politische Witze erzählen, die den Unsinn ihrer Anwesenheit in den Kolonien an den Pranger stellt. Ein Beispiel: Die Amerikaner schießen Menschen auf den Mond. Die Russen schicken unbemannte Raketen, die weich landen. Wir können das alles nicht. Wir machen das also anders. Wir stellen aufeinander: einen kollaborierenden Pater, einen Geheimagenten, einen Kolonialsoldaten, einen Geheimagenten, einen Kolonialsoldaten. Und was kein anderes Land schafft, schaffen wir: eine lebendige Leiter bis oben hin."

"Humor ist die letzte Waffe. Die Soldaten sind laufend in Spannung. Es ist das Gebiet der MPLA. Jeden Moment kann der Posten angegriffen werden. Mit Mörserfeuer von anderthalb Kilometer Reichweite. Die Guerilleros sind unangreifbar."

"Die Verwundeten bei einem solchen Angriff oder die Verwundeten, die auf eine der unzähligen Minen gelaufen sind, werden viel zu spät weggeholt. Die Hubschrauber dürfen nicht landen, weil die MPLA zu dicht in der Nähe ist. Ich habe verschiedene Male erlebt, wie Soldaten unnötig sterben, weil der Hubschrauber erst nach drei Stunden kam, während er in zehn Minuten hätte da sein können."

"Das ist die Situation. Ein Posten von gut hundert Mann, ausgebildet zu Mördern. Isoliert. Nervös. Und das bedeutet, daß die Soldaten, wenn sie einen Auftrag für eine Operation bekommen, erlöst und zufrieden sind, weil sie nicht länger eingesperrt sind, weil sie raus können. Aber draußen geschehen dann auch die schrecklichsten Dinge. Soldaten reagieren ihre Spannungen an der afrikanischen Bevölkerung ab. Die Bevölkerung unterstützt die Freiheitskämpfer. Von den Portugiesen haben sie noch nie etwas bekommen. Von der Befreiungsbewegung erwarten sie eine neue Zukunft. Die Bevölkerung muß also dem Einfluß der Guerilleros entzogen werden. Die Bevölkerung wird also deportiert."

"Die Afrikaner werden gezwungen, ihre eigenen Dörfer zu verlassen und nach den Aldeamentos, neuen sogenannten beschützten Dörfern, zu gehen. Es wird zuerst ein Versuch unternommen, sie mittels Pamphleten - von einem Hubschrauber abgeworfen - zu überreden. Aber das gelingt meistens nicht, weil die Afrikaner nicht wollen. Der Ackerboden der Aldeamentos ist oft schlechter wie ihr eigener Ackerboden. Außerdem befinden sie sich dann hinter Stacheldraht. Aber das portugiesische Oberkommando will alle Dörfer räumen. Also müssen die Soldaten die Dörfer angreifen. Afrikaner, die sich nicht deportieren lassen wollen, sind per definitionem zum Tode verurteilt. Jeden Tag finden Schlächtereien statt, manchmal in ganzen Dörfern gleichzeitig. Nach einem Angriff der Bodentruppen, kommt dann noch ein Luftbombardement. Mit Napalm und Chemikalien. Auch kleine Schulen werden bombardiert. Alles muß brennen."
"Überlebende, die nicht rechtzeitig flüchten können, werden gefangen genommen und in der Regel gefoltert. Das hängt ab von der Laune des Kommandanten. Und das ist ein gruseliger Gedanke. Sie werden geschlagen, oder hinter ein fahrendes Auto gebunden, oder es wird ihnen ein Arm abgehackt. Manchmal werden chemische Stoffe verwendet, um Menschen zum Reden zu bringen. Wenn die Afrikaner keine Auskünfte geben können, geschieht es sogar, daß sie enthauptet werden. Einmal habe ich einen Soldaten mit einem Kopf Fußball spielen sehen."

"Wenn man so etwas sieht, will man es zunächst nicht glauben. Man denkt, dies ist unmöglich. Ich habe lange dazu gebraucht, bis ich es überwunden hatte. Bis ich verstand, daß es ein System ist, das Soldaten, junge Menschen, mißbildet zu Mördern. Und ich sah auch ein, daß es keine Ausnahme war, sondern etwas, das jeden Tag aufs neue geschieht, immer wieder an einer anderen Stelle. In Angola genauso wie in Mozambique und Guinea-Bissau."

"Man kann sich fragen, weshalb Portugal den Krieg noch weiter führt. Auch das portugiesische Oberkommando begreift, daß man durch Morden keinen Krieg gewinnt. Bei einer direkten Konfrontation zwischen portugiesischen Truppen und Guerilleros erleiden wir größere Verluste. Die gesicherten Posten in den befreiten Gebieten haben

militärisch gesehen überhaupt keine Bedeutung."

Es ist meine feste Überzeugung, daß das portugiesische Oberkommando versucht, den Krieg zu verlängern, weil es mit dem militärischen Eingreifen der westlichen Mächte rechnet. Diese Überzeugung begründe ich mit Gesprächen, die ich mit höheren Offizieren



geführt habe und mit Berichten, die ich lese. Wenn wir die Karte betrachten – eine geheime portugiesische Karte von 1972 –, dann sehen wir, daß die Freiheitskämpfer im Norden sehr nah an der Hauptstadt Luanda aktiv sind und von Osten und Südosten aus bis über die Hälfte des Landes vorgerückt sind. Portugal vermag nichts ohne ausländische Hilfe. Schon jetzt patrouillieren im Süden Angolas und in der Tete-Provinz von Mozambique südafrikanische Hubschrauber. In Tete kämpfen rhodesische Soldaten aktiv mit. Aber Portugal kann sich nicht nur auf Südafrika und Rhodesien allei-



ne verlassen. Beide Länder haben ihre eigenen Probleme und werden nicht den ganzen Krieg für Portugal führen können. Schließlich ist Portugal abhängig von seinen westlichen NATO-Verbündeten. Diese Länder haben Portugal für diesen Krieg vollständig bewaffnet. Und ich bin davon überzeugt, daß sie, wenn dies nötig ist, noch weiter gehen werden, um ihre großen finanziellen Interessen im Süden Afrikas zu verteidigen."

R. van Waesberge

(übersetzt aus Vrij Nederland Nr.33 v. 18.8.73 von: Emilie Rebensburg)

DRUCK PORTUGALS AUF DIE USA

Der US-Stützpunkt auf den Azoren, die zu den portugiesischen Kolonien gehören, haben durch den Nah-Ost-Krieg starke Bedeutung gewonnen. Sie dienen als ständige Nachschubbasen der USA nach Israel. Die Portugiesen versuchen nun, diese Tatsache auszunützen und entsprechenden Druck auf die USA auszuüben. Zuerst wollten die Portugiesen den im Februar auslaufenden Pachtvertrag mit den USA überhaupt nicht erneuern. Nach den Ereignissen des Nah-Ost-Krieges (Jom-Kippur-Krieg, und nach einem Erdöllieferboykott der arabischen Staaten (Portugal ist zu 80 % auf arabisches Erdöl angewiesen; der Export aus der Kolonie Angola wurde mittlerweile eingeschränkt), lenk-



ten die Portugiesen ein, allerdings mit entsprechenden Forderungen:

1. Der Pachtbetrag, der beim letzten Abkommen von 1971 36 Mio Dollar betrug, müsse drastisch erhöht werden.

2. Die USA sollen modernste Waffen liefern, da die Befreiungsbewegungen in den Kolonien über "hochwertiges" Kriegsgerät, wie SAM-7-Raketen, angeblich verfügen und damit in Guinea-Bissau 7 portugiesische Flugzeuge abgeschossen hätten.

3. Vor den Vereinten Nationen müsse Washington künftig den portugiesischen Kolonialkrieg verteidigen, da Portugal in der UN fast völlig isoliert ist.

Nach Berichten des "Guardian Weekly" vom 24.11.1973 wurde der letzte Punkt sogar schon in einem geheimen inoffiziellen Abkommen erfüllt. Die USA unterstützt die Kolonialpolitik Portugals vor der UNO und erhält dafür den strategischen Stützpunkt auf den Azoren weiterhin zur Verfügung.

Quellen:

FR v. 26.11. und 30.11.1973; Guardian Weekly v. 24.11.1973; SZ v. 10.12. 1973



ÄTHIOPIEN
Die Hungersnot ist keine Naturkatastrophe

Langsam und vereinzelt dringen seit Ende September Nachrichten in die internationale Öffentlichkeit über das, was seit mindestens 1/2 Jahr in Äthiopien geschieht: daß dort täglich Hunderte, wenn nicht Tausende von Menschen verhungern. Anfang Oktober gab es bereits 50 000 Tote, Millionen sind noch immer unmittelbar vom Hungertod bedroht.

Die äthiopische Regierung unter Kaiser Haile Selassie unterdrückte monatelang jede Berichterstattung über diese Katastrophe und damit auch Hilfsmaßnahmen im großen Rahmen, ließ ihre Presse aber gleichzeitig ausführlich über die Cholera in Italien berichten. Wenn als direkter Grund der Hungersnot nun überall eine lange Dürre genannt wird, muß gefragt werden:

WARUM WURDE EINE NATURKATASTROPHE MONATELANG UND MIT ALLEN MITTELN VERSCHWIEGEN?

"Mit allen Mitteln" heißt auch Mord. Elf äthiopische Studenten wurden von der Polizei erschossen, als sie versuchten, Getreide an die hungernde Bevölkerung zu verteilen.

Um jedem Mißverständnis vorzubeugen: wir leugnen selbstverständlich nicht, daß die Dürre die Hungersnot auslöste; trotzdem wird bei etwas Einsicht in die äthiopischen Verhältnisse schnell klar:

DIE HUNGERSNOT SOLLTE VERSCHWIEGEN WERDEN, WEIL SIE VOR ALLEM EINE POLITISCHE KATASTROPHE IST!

Denn sie findet in einem Land statt, das nicht, wie die ebenfalls betroffenen Länder der Sub-Sahara-Zone, aus Wüste besteht, sondern das von der Fruchtbarkeit seines Bodens und von langfristigen Klima her große Teile Afrikas und den gesamten Nahen Osten mit Nahrung versorgen könnte. In Wirklichkeit aber ist es eines der ärmsten Länder der Welt: das jährliche Prokopfeinkommen liegt bei ca. 180 DM, die Analphabetenrate bei 95 %; seit Jahren muß Getreide importiert werden, und schon 1958/59 forderte eine Hungersnot, z.T. in denselben Provinzen wie heute, 100 000 Opfer.

Die wahren Gründe des äthiopischen Elends

In Äthiopien liegen die Wurzeln des heutigen Elends nicht in einer kolonialen Vergangenheit; in seiner gut 2000jährigen Geschichte war es bis auf die Besetzung durch die italienischen Faschisten 1935-41 immer unabhängig. Ausbeutung und Gewalt wurden dafür von Äthiopien über Äthiopier ausgeübt. Dabei taten sich drei gesellschaftliche Kräfte besonders hervor:

1) der je nach historischer Situation verschieden mächtige Kaiser mit seiner ausgedehnten Familie;

2) die halbfeudale Oberschicht, die von der Ausbeutung der versklavten oder leibeigenen Bauernschaft und vom Beutemachen in fast permanenten Kriegen lebte:

3) die äthiopisch-orthodoxe Kirche, die durch Indoktrination der Bauernmassen die Ausbeutung, an der sie teilhatte, ideologisch absicherte.

1916 begann die noch heute andauernde Herrschaft Haile Selassies. Seine Politik, zu Beginn oft "reformerisch" genannt, diente in erster Linie dem Aufbau einer zentralisierten Bürokratie und einer modern bewaffneten, stehenden Armee. Die wirtschaftliche Machtstellung des regionalen Adels blieb unangetastet, teilweise übernahm er Spitzenpositionen in der Regierungsbürokratie.

Nach über 50 Jahren "Reformpolitik" durch Haile Selassie stellt sich Äthiopien heute etwa so dar:

50-60 % des bebaubaren Bodens gehören Kaiser, Adel und Kirche, die arbeitenden Bauern leisten Abgaben bis zu 75 % des Ertrages. Dazu werden sie durch Steuern ausgebeutet, denn Schulbauten u.ä. in ihren Dörfern werden nicht von der Regierung, sondern durch Geldsammlungen unter den Bauern selbst finanziert. Große Landlords dagegen zahlen praktisch keine Steuern. Ertragreiche neue Projekte, wie der Baumwollanbau an der Grenze zum Sudan, dienen ausländischen Konzernen, reichen Kaufleuten, hohen Beamten und Offizieren zur Kapitalanlage mit hohen Renditen; ausgebeutet werden dort z.B. 160 000 Wanderarbeiter aus den Provinzen, die jetzt Zentren der Hungersnot sind.

Eine Landreform ist seit langem angekündigt - zur Beruhigung der beginnenden Opposition; verabschiedet wurden bisher nur Gesetze, welche die hohen Abgaben der Bauern an die Landlords legalisieren.

In Addis Abeba und besonders in den kleinen Städten der Provinz dominie-

ren zwei Branchen: Kneipen und Prostitution.

Vom Staatshaushalt verschlingen militärische Ausgaben ca. 30 %; für die Förderung der Landwirtschaft sind 3,5 % vorgesehen.

Der stärkste Widerstand gegen diese Unterdrückungspolitik kam bisher von den Studenten der Universität in Addis Abeba. Deren zentrale Organisation hatte Ende der 60er Jahre zu einer immer klareren und damit sozialistischen Linie gefunden, die sich in den Versuchen ausdrückte, Verbindung zu den Massen in Addis Abeba und vor allem auf dem Land herzustellen. Ein Mittel dazu war der von den Studenten angeregte "National Service", der alle Studenten zu einem Pflichtjahr als Lehrer auf das Land schickt und so Aufklärungsmöglichkeiten unter den Schülern und über diese hinaus bietet. Über Studentendemonstrationen in Addis Abeba berichtete dann und wann auch die europäische Presse.

Bis es der Regierung zuviel wurde: nach einer vorbereitenden Hetzkampagne in Presse und Rundfunk wurden Ende 1969 zuerst - hinterrücks auf offener Straße - Tilahun Gizaw, der Präsident der Studentenunion, und tags darauf bei einem im abgeriegelten Campus von Polizei und kaiserlicher Leibwache veranstalteten Massaker ca. 25 Studenten ermordet. Verhaftungen und Folterungen folgten. Gegen Bauernaufstände, die meistens lokal begrenzte Ziele verfolgten, wurde mit Soldaten und Bomben angegangen.

Nach außen hin bemüht sich Haile Selassie wie kaum ein zweiter Politiker um das international anerkannte Image eines friedenstiftenden Staatsmannes - er braucht eine Legitimierung von außen, um den Terror im eigenen Land zu verdecken. So auch jetzt sein Verhalten zur Hungersnot.

BRD und USA: Helfer und Nutznießer der Unterdrückung in Äthiopien

Die BRD half mit, den Repressionsapparat zu vollenden: 1965-71 jährlich 1,5 Mill. DM für Ausrüstung und Ausrüstung der Polizei aufgrund eines Vertrages mit dem Bonner Verteidigungsministerium (!); Einrichtung und Lehrkräfte für eine Facharbeiterschule des Heeres; Bau einer TH, deren Absolventen am ehesten in der Armee Verwendung finden.

Für den US-Imperialismus ist Äthiopien eine der Säulen in Afrika und gleichzeitig zusammen mit Israel und Persien ein wichtiger Faktor in der strategischen Beherrschung des Nahen und Mittleren Ostens: 1951 Verteidigungsvertrag zwischen Äthiopien und den USA; 1950-68 500 Mill. DM Militärhilfe; die US-Militärbasis Kagnew-Station ist die größte und wichtigste in Afrika; die US-Mapping-Mission kartographiert ganz Äthiopien; US-Berater in der gesamten Regierungsbürokratie und in der Armee; der US-Botschafter spielt wichtige Rolle bei der Niederschlagung des Putschversuches linker Offiziere 1960; Sinclair Oil hat Monopolkonzession für alle etwaigen Ölfunde; Gold wird von der Duval Co. geschürft; aus Weltmarktinteressen läßt die Kaiser's Co. Pottaschevorkommen, für die sie die Konzession hat, ungenutzt liegen; Hunderte von Peace-Corps-Lehrern traktierten äthiopische Schüler mit US-Geschichte und -Kultur, solange, bis die Schüler sie rauswarfen.

Der äthiopischen Regierung ist ausländisches Kapital willkommen: 1962 warb sie über 20 Seiten in der "New York Times" um US-Investoren; 5 Jahre lang können ausländische Investoren steuerfrei von äthiopischen Arbeitern zu Tageslöhnen von weniger als 2 DM produzieren lassen; Rücktransfer von Gewinnen und investiertem Kapital sind gesetzlich garantiert.

Wenn man also folgende Tatsachen im Zusammenhang sieht:

- Wahnsinnige Summen fließen in den militärischen Sektor und fast gar nichts in den agrarischen;
- in Addis Abeba führt eine aufgeblähte Bürokratie ein Parasitendasein;
- das Interesse feudaler Landlords verhindert die Modernisierung und Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion;
- die wenigen vorhandenen Baumwoll- und Zuckerplantagen bringen äthiopischen und ausländischen Kapitalisten hohe Gewinne;
- das Land könnte bei rationaler Produktion ein Vielfaches seiner Bevölkerung ernähren -

DANN STELLT SICH DIE JETZIGE HUNGERSNOT DAR ALS DAS ERGEBNIS HISTORISCHER UND GEGENWÄRTIGER UNTERDRÜCKUNG DES ÄTHIOPISCHEN VOLKES DURCH SEINE EIGENEN HERREN UND DEREN AUSLÄNDISCHE, DARUNTER WESTDEUTSCHE, VERBÜNDETE!

Spenden für die von der Hungersnot Betroffenen können auf das Konto

Nr. 997 966 0000 bei der Berliner Bank

des Komitees für die Opfer der Hungersnot in Äthiopien

eingezahlt werden.

s. auch: iz3w Nr. 23: "Wem nützt die Entwicklungshilfe" und iz3w Nr. 24: "Projekte der BRD in Äthiopien".

Flugblatt des Afrikakomitees und der Aktion Dritte Welt, Freiburg

CHILE
Zur historischen Entwicklung

von Georg Stingl, Freiburg

Im folgenden soll thesenartig die Entwicklung der chilenischen Unterentwicklung dargestellt werden: als wichtigstes Moment erscheint dabei die historisch erklärbare Auslandsabhängigkeit der chilenischen Agraroligarchie und der chilenischen Bourgeoisie.

Die Darstellung der chilenischen Abhängigkeiten ist bewußt nicht auf das inneramerikanische System beschränkt, da sich die diese bestimmenden Strukturen bereits vor dem Eindringen des US-Imperialismus nach Chile herausgebildet haben; zudem dominierte der US-Imperialismus keineswegs immer konkurrenzlos in Chile (bis 1920 waren das Deutsche Reich und England seine Konkurrenten und seit Beginn der sechziger Jahre ist das BRD-Kapital wieder im Kommen). Auch erscheint es fraglich, ob im Zeitalter der multinationalen Konzerne sich die Analyse imperialistischer Abhängigkeit auf die Beziehungen zu einer Nation beschränken darf.

1. Von der Kolonisierung zum Freihandel

Während der gesamten Kolonialzeit (1550-1817) war Chiles Wirtschaft exportorientiert. Zunächst beuteten die Spanier Goldminen aus. Als Anfang des 17. Jahrhunderts die Goldvorkommen erschöpft waren, verlegten sie sich auf die Produktion von Agrarprodukten (Talg, Weizen). Wichtigste Wirtschaftseinheit wurde die Hacienda, auf der zwar z.T. noch vorkapitalistische Produktionsverhältnisse existierten, die aber, wie Frank (S. 50 ff) überzeugend nachweist, immer in das merkantil-kapitalistische System integriert war (vgl. auch Sonntag, S. 24 ff).

Im 17. und 18. Jahrhundert entstanden im Schutze des spanischen Protektionismus Ansätze einer chilenischen Industrie (Talgverarbeitung, Schiffsindustrie, Töpfereien, Metall- und Lederverarbeitung). Mit zunehmender Abhängigkeit Spaniens von England und Frankreich drangen aber billige Fertigwaren nach Chile ein und konkurrierten mit den chilenischen Produkten. Die Einführung des Freihandels 1778 sollte Chiles Wirtschaft dem industriellen Monopol Englands ausliefern.

2. Die Erringung der politischen Unabhängigkeit

Die Kolonialisierung hatte in Chile die Klassen der Großgrundbesitzer und der eng mit diesen verbundenen Händlern (Ex- und Importeure) erzeugt. Mit abnehmender ökonomischer Macht der spanischen Metropole mußten sie immer mehr von ihren Gewinnen an das Mutterland abführen, das nur noch eine Handelszwischenstation im Englandhandel bildete.

Mit tatkräftiger Unterstützung Englands lösten sich diese Klassen von Spanien, die Unabhängigkeitsbewegung hatte als wesentlichen ökonomischen Beweggrund, in direkte Handelsbeziehung mit England zu kommen, um so den Eigenanteil an der Profitrealisierung zu vergrößern (vgl. Boris, S. 26).

3. Aufbau der englischen (Markt-)Macht

Der Unabhängigkeit folgte die totale Integration in den Weltmarkt. Der Wert der Ausfuhren nahm von 1844 bis 1960 um 400 % zu (Eßer, S. 11). Die Ausfuhr von Bergbauprodukten wurde zum wichtigsten Sektor der Wirtschaft. Eigenständige Industrialisierungsansätze wurden aber durch die Konkurrenz billiger englischer Waren und durch die Zerstrittenheit der schwachen chilenischen Industriebourgeoisie zunichte gemacht. Beide Momente wirkten sich z.B. in den Auseinandersetzungen der Kohlengrubenbesitzer mit denjenigen Kupfergrubenbesitzern aus, die langsam dazu übergingen, die ersten Verarbeitungsstufen zu übernehmen: Erstere traten entschieden für einen Schutz der einheimischen Kohle vor billigen britischen Importen ein, während letztere, die ihre Hütten als Werkzeuge zur Beseitigung der englischen Monopolstellung ansahen, für den unbeschränkten Import englischer Kohle eintraten, ohne in Betracht zu ziehen, daß dadurch der einheimische Kohlebergbau schwer geschädigt wurde (Boris, S. 31).

Nachdem sich 1860 die Freihändlerfraktion (Agraroligarchie, Handels- und Bergbaubourgeoisie) endgültig durchgesetzt hatte, folgte auch eine schrittweise Entnationalisierung des Außenhandels: 1860 zählte die chilenische Handelsflotte 276 Schiffe, 1868 nur noch 21 Schiffe (Frank, S. 79).

In den siebziger Jahren erlebte Chile denn auch seine erste auslandsinduzierte Wirtschaftskrise. Die Weltmarktpreise für wichtige Exportprodukte ver-

schlechterten sich, die Zahlungsbilanz wurde negativ.

Der Pazifikkrieg brachte dann (1879-1883) der verarbeitenden Industrie einen vorübergehenden Aufschwung. Die chilenische Wirtschaft entwickelte sich seither gemäß dem Bedarf der englischen Metropole, die Infrastruktur, besonders das Transportwesen und die Häfen, war auf den Export zugeschnitten. Die Tendenz zur Monoproduktionswirtschaft und damit zu weltmarktinduzierten Krisen wurde aufgrund der Salpeterkonjunktur verschärft, der Abbau und Export von ausländischen Unternehmen kontrolliert (Eßer, S. 43). Man schätzt, daß allein "dank" des Salpeters zwischen 1880 und 1913 Großbritannien ungefähr 16 Mio. Pfund Sterling einstrich, während die Chilenen vielleicht 2 Mio. erhielten (Frank, S. 99).

Allianz zwischen Agraroligarchie und ausländischen Bergbauunternehmern

"Gerade dadurch, daß sich der wichtigste Wirtschaftssektor des Landes in ausländischen Händen befand, konnte die Agraroligarchie ihre dominierende Rolle im machtpolitischen Kräftefeld Chiles so lange erhalten." (Eßer, S. 16) Der Salpetersektor diente als Markt für die international konkurrenzunfähig gewordenen Produkte der Haciendas und absorbierte den Bevölkerungsüberschuß aus den Agrarzonen. Die Großgrundbesitzer profitierten außerdem von der Salpeterkonjunktur auf zweierlei Weise: Es gelang ihnen zum einen, fast sämtliche sie belastenden Steuern abzubauen: 1854 kamen 66,1 % der Staatseinnahmen aus dem Außenhandel, 1897 dagegen 97 % (Eßer, S. 16); zum andern eigneten sie sich zusätzlich einen Großteil der Staatseinnahmen in Form von billigen Staatskrediten für den Ausbau ihrer Bewässerungsanlagen und für ihren Luxuskonsum an.

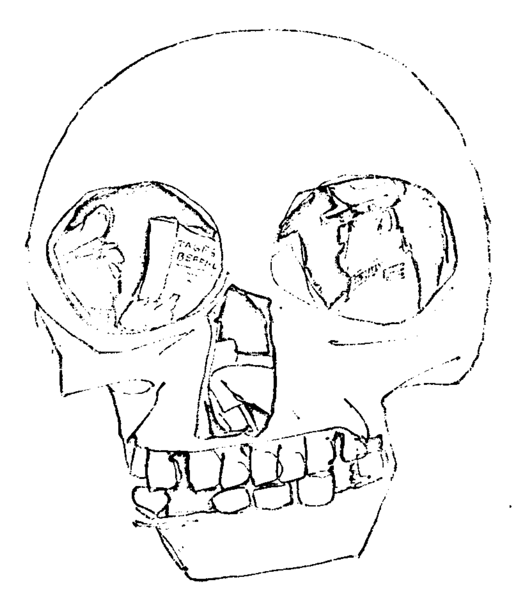
Als Gegenleistung sicherte sie dem ausländischen Kapital bis 1970 ein gutes Investitionsklima in Chile.

4. Die Schwäche der "nationalen Bourgeoisie": der Sturz Balmacedas

Die offensichtliche Beherrschung der chilenischen Wirtschaft durch den englischen Imperialismus führte in den achtziger Jahren zu einer von Intellektuellen, Teilen des Kleinbürgertums und von Industriellen aus der verarbeitenden Industrie getragenen antiimperialistischen Kampagne, die zum Wahlsieg Balmacedas 1886 führte. Verschiedene antiimperialistische Maßnahmen der Regierung (insbesondere die Erhebung neuer Import- und Exportsteuern) führten zur militärischen Reaktion der auslandsorientierten Oligarchie. Mit propagandistischer und finanzieller Hilfe Englands, Deutschlands und der USA wurde dem einmaligen Auftreten einer chilenischen Nationalbourgeoisie auf der politischen Bühne Chiles ein Ende bereitet. Die Salpeterherren verwandelten ihre Arbeiter in Soldaten und stürzten im September 1891 die Regierung. Der Selbstmord Balmacedas ist Symbol des Scheiterns eines chilenischen kapitalistischen Wegs (Frank, S. 88 ff, Boris, S. 47 ff).

5. US-Konzerne im Kupfersektor

Zwischen 1890 und 1920 verdrängten die aufsteigenden kapitalistischen Mächte, Deutschland und USA, Großbritannien aus seiner "Halbkolonie" (Lenin). Zwischen 1906 und 1920 kauften zwei US-Konzerne (Kennecott und Anaconda) die chilenischen Kupfergruben auf. Da der englisch beherrschte Salpetersektor infolge der Substituierung des Salpeters durch Stickstoff an Bedeutung verlor, wurde der Kupfersektor zum wichtigsten Teil der chilenischen Wirtschaft und diese damit zu einem Teil der "panamerikanischen Großraumwirtschaft" (Eßer, S. 44).



In Chile liegen nach Schätzungen ca. 30-40 % des Weltkupfervorkommens. Zur Zeit ist Chile zu etwa 16 % an der gesamten Weltproduktion dieses für Elektro-, Auto- und Rüstungsindustrie unentbehrlichen Metalls beteiligt. Der Anteil des Bergbausektors am Bruttosozialprodukt stieg seit den vierziger Jahren bis heute von 6 auf über 10 %. Der Anteil des Kupfers am gesamten Produktionswert des Bergbausektors lag je nach Kapazitätsauslastung zwischen 2/3 und 4/5. Der Anteil des Kupfers am Gesamtexport stieg von 27 % 1922 auf 76 % 1968.

1876 lagen noch 90 % der chilenischen Kupferproduktion in chilenischen Händen; 1918 nur noch 4 %, die US-Kon-

zerne hatten einen Produktionsanteil von 87 % (vgl. Boris, S. 108 ff, Eßer, S. 43 ff).

Die ökonomischen und politischen Auswirkungen dieser Struktur kann man wie folgt zusammenfassen:

"Zwar wurde in der... Gesamtperiode die Kupferproduktion außerordentlich gesteigert, ihr Beitrag zum Bruttosozialprodukt (BIP) wuchs rasch an, der chilenische 'Anteil am Wert der Kupferproduktion' stieg ebenso wie die hierdurch erlangte 'externe Zahlungsfähigkeit', da zudem die 'Copper terms of trade' im Gegensatz zu den allgemeinen 'terms of trade' sich langfristig leicht zugunsten Chiles entwickelten. Gleichzeitig jedoch war die ökonomische Relevanz dieses Wirtschaftszweiges für die Stimulierung einer raschen Entwicklung Chiles weit weniger ausgeprägt und kontinuierlich als sie - bei einheimischem Besitz und entsprechender Regierungspolitik - hätte sein können. Denn im Laufe der gesamten Periode hat sich die Abhängigkeit der chilenischen Exportwirtschaft von einem Produkt nicht abgeschwächt, sondern verstärkt; die Labilität und Empfindlichkeit der Wirtschaft und des Staatshaushaltes gegenüber der Preis-, Absatz-, Investitions- und Produktivitätsentwicklung dieses Sektors hat sich vergrößert. Der Anteil der weiterverarbeitenden Formen von Kupfer nahm in den letzten zwanzig Jahren sogar ab. (Hervorhebung v. G.S.) ... Die entscheidenden Ursachen für die relativ geringe gesamtwirtschaftliche Relevanz der chilenischen Versuche, einen höheren Anteil an der Kupferproduktion zu erhalten und diesen zur Förderung der eigenen Wirtschaft einzusetzen, sind in der Tatsache des ausländischen Eigentums der Minen, des im nationalen und sogar partiell internationalen Maßstab monopolitischen Charakters der Kupfergesellschaften sowie in einer Regierungspolitik zu sehen, die aufgrund ihrer Klassenlage und ihrer Bindungen zum US-Imperialismus (Hervorhebung v. G.S.) nicht willens und in der Lage war, die Dispositionsfreiheit der ausländischen Giganten wirksam einzuschränken, ohne dabei selbst größeren Schaden zu erleiden. Die verschiedenen Versuche, den chilenischen Anteil zu erhöhen, konnten die Gesellschaften mit sehr verschiedenen Mitteln jeweils abwehren. Arbeitskraftsparende Investitionen, Investitionsstop, Unterauslastung der Kapazitäten, internationale Baisse-Spekulation etc. ..." (Boris, S. 116f).

Durch die enormen Gewinntransfers der US-Gesellschaften sind Chile seine wesentlichen Wachstumspotenzen entzogen worden. Dazu Salvador Allende in seiner Eröffnungsrede der UNCTAD III in Santiago de Chile am 13. April 1972:

"Um den Schaden abzuschätzen, der unserer Wirtschaft entstanden war, genügt es, ein paar Zahlen anzuführen: Ihrem Buchwert entsprechend haben die Kupferminen-Gesellschaften in Chile vor 42 Jahren 30 Millionen Dollar als Anfangskapital investiert und danach - ohne jemals neue Investitionen zu machen - die ungeheure Summe von 4 500 Millionen Dollar aus den Minen herausgeholt, einen Betrag, der fast unserer derzeitigen Auslandsschuld entspricht. Sie haben uns außerdem Kreditverpflichtungen von über 700 Millionen hinterlassen, die der Staat nun bezahlen muß. Nach ihrem Rechnungsabschluß für 1968 hatte die Anaconda Company nur 20 % ihrer gesamten Investitionen in unserem Land angelegt, erhielt aber 80 % ihrer Gewinne aus Chile." (Allende II, S. 6)

6. Produktionsverhältnis im Agrarbereich: ein Entwicklungshemmnis

Die monopolistische Agrarstruktur überdauerte von der politischen Unab-

hängigkeit an alle Regierungen bis zum Jahre 1970, ob liberal oder konservativ. 1925 umfaßten 5396 Haciendas 10,4 Mio ha (89 % aller landwirtschaftlichen Betriebsfläche), während sich 77 000 Subsistenzwirtschaften mit 1,3 Mio ha zufrieden geben mußten (Boris, S. 88).

In den letzten 100 Jahren stagnierte die Produktivitätsentwicklung der chilenischen Landwirtschaft. Seit 1939 war das ehemalige Agrarexportland ein Nettoimporteur für lebenswichtige Agrarprodukte, ein Moment, das Chile noch enger an den Welt..rkt fesselte.

Die monopolistischen Hacienderos hatten aufgrund ihrer Monopolstellung in der chilenischen Wirtschaft keinerlei Interesse an einer produktiven Verwendung ihrer Riesengewinne. 1960 erhielten z.B. rund 32 600 Großgrundbesitzer 52,1 % des gesamten Agrareinkommens, davon investierten sie ca. 2-4%; von ihrem Nettoeinkommen (Bruttoeinkommen minus (Neuinvestitionen - Steuern)) gaben sie 48 % für Wohnung, Ernährung, Kleidung, Dienstpersonal und Erziehung aus, 52 % für Luxusgüter, Auslandsreisen, US-Autos und Privatflugzeuge (Eßer, S. 53).

Zwischen der Landoligarchie und der städtischen Bourgeoisie bestand eine enge Symbiose. Charakteristisch dafür war, daß der Interessenverband der Industrie (SOFOFA) 1883 von der SNA, der Organisation der Großgrundbesitzer geschaffen wurde und sich bis heute

Güter gegen Emigranten

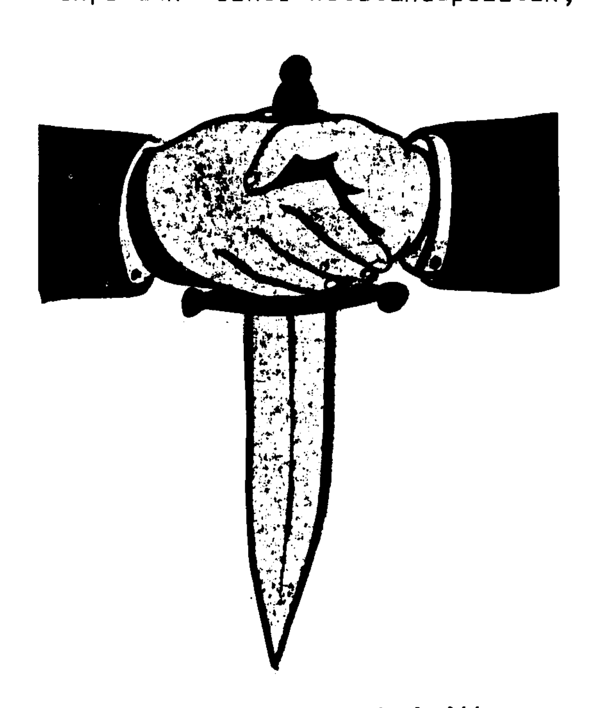
Die brasilianische Regierung ist zur aktiven Unterstützung der Militär-Junta in Santiago übergegangen. Flugzeuge der brasilianischen Luftwaffe bringen regelmäßig dringend benötigte Hilfsgüter nach Chile; die Chilenen liefern dafür brasilianische Emigranten an das Regime in Rio de Janeiro aus, die unter der Regierung Salvador Allendes Schutz gefunden hatten. Die Emigranten werden mit den gleichen Flugzeugen aus Chile geflogen und nach Ankunft in Brasilien mit unbekanntem Ziel abtransportiert.

Spiegel 47/73

nicht von deren Einfluß lösen konnte (Eßer, S. 72). Wie schon unter 3. gezeigt, hatten die Großgrundbesitzer ein existenzielles Interesse an der Fortdauer der chilenischen Auslandsabhängigkeit und waren daher bis heute engste Alliierte des Auslandskapitals. Über ihre Anteile an den städtischen Industrien waren sie zudem direkt kapitalmäßig mit dem Auslandskapital verbunden.

7. Industrialisierung und Stagnation - Reproduktion der Auslandsabhängigkeit auf erweiterter Stufenleiter

Die Weltwirtschaftskrise, die Chile vorübergehend von allen Lieferantenländern abschnitt, zwang den chilenischen Staat dazu, eine importsubstituierende Industrialisierungspolitik zu fördern. Diese Politik, anfangs Nebenprodukt einer Notstandspolitik,



Allianz für den Fortschritt

wurde systematisch durch die antifaschistischen Volksfrontregierungen 1938-1948 gefördert.

Wichtigstes Instrument war dabei die CORFO (Corporación de Fomento de la Producción), das erste Instrument staatlicher Planung und Industrieförderung in Lateinamerika. Die CORFO sollte der Privatwirtschaft das Investitionsrisiko in bestimmten Wirtschaftszweigen vermindern helfen. Verschiedene Unternehmungen mit staatlichen Beteiligungen investierten in für Einzelkapitalisten unrentablen Infrastrukturprojekten. Ihre Mittel bezog die CORFO aus dem Staatshaushalt, aus eigenen Einnahmen und - aus Krediten der US-amerikanischen "Ex-Im-Bank" (Boris, S. 85). Obwohl es falsch wäre, die CORFO als ein klassenneutrales, das "nationale Wohl" förderndes Instrument einzuschätzen, so muß doch festgehalten werden, daß in dem wachsenden staatlichen und halbstaatlichen Sektor der Wirtschaft immerhin ein technokratisches Potential heranwuchs, dessen Interessen nicht unmittelbar mit denen der Oligarchie und des Auslandskapitals zusammenfiel (Eßer, S. 58).

In den 40 Jahren von 1930 bis 1970 entstand in Chile mit Hilfe der Staatsinterventionen eine verarbeitende Industrie, die aber die für viele Staaten Lateinamerikas typischen Verzerrungen aufwies. Eßer (S. 59-64) nennt u.a. folgende Punkte:

- keine wirklich national geplante Industrialisierung, sondern regional wildwachsende Ballungszentren (Fol-

ge: Landflucht, Entstehen von Elendsvierteln);

- von Anfang an monopolistische Struktur (Folge: geringe Auslastung der Kapazitäten, Förderung der Inflation);
- zu 67 % Investitionen im nicht wachstumsfördernden Konsumgütersektor, Luxusproduktion, niedrige Sparquote;
- Import kapitalintensiver Technologie (Folge: verstärkte Auslandsabhängigkeit über Patente, Beraterverträge etc., Arbeitslosigkeit);
- Import kompletter ausländischer Montagebetriebe als Zweigniederlassungen internationaler Konzerne (Folge: Verhinderung eines Aufbaus einer chilenischen Montageindustrie, keine chilenische Automobilindustrie);
- wachsender Einfluß ausländischen Kapitals (zunächst über Berater- und Patentverträge, später über direkte Kapitalbeteiligungen. Folge: wachsender Profittransfer auch aus der verarbeitenden Industrie).

Diese Politik konnte Chile nicht aus der Unterentwicklung befreien. Salvador Allende stellt dazu in der bereits oben zitierten Rede fest:

"Lateinamerika hat eine längere Zeit von schwungvollem Optimismus hinter sich, der sich aus einer Politik industrieller Entwicklung durch Import-Ersatz herleitete. Mit anderen Worten: Die Einrichtung von Fabriken zur lokalen Produktion dessen, was früher eingeführt wurde, ist ein Vorgang, der durch kostspielige Vorteile subventioniert wurde: Devisenerleichterungen, Zollschutz, Darlehen in einheimischer Währung und Regierungsbürgschaften für Finanzierung vom Ausland. Die Erfahrung hat gezeigt, daß dieser Typ der Industrialisierung, der vor allem von den internationalen Gesellschaften gefördert wird, sich als ein neues Instrument der Kolonialisierung erweist. Zu seinen nachteiligen Wirkungen gehört die Entstehung einer Techniker-Manager-Schicht von steigendem Einfluß, die zum Verteidiger ausländischer und zu eigen gemachter Interessen wurde. Noch schlimmer sind die sozialen Auswirkungen. Die großen industriellen Anlagen mit raffinierter Technik brauchen wenig Arbeitskräfte und begünstigen Schwierigkeiten durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit. Sie verursachen schließlich den Bankrott kleiner und mittlerer Industrie. Wir sollten auch bedenken, daß sich eine Neigung zur Konzentration auf die Industrien bildet, die Verbrauchsgüter nur für eine kleine privilegierte Schicht herstellen und indirekt deutliche Verbrauchsmodelle und -werte schaffen, zum Nachteil der Werte, die für unsere Kultur charakteristisch sind." (Allende II, S. 15 ff).

Zusammenfassend läßt sich feststellen: die chilenische Unterentwicklung ist darauf zurückzuführen, daß die wirtschaftlich herrschende Klasse Chiles aufgrund ihrer besonderen historischen Voraussetzungen zunächst mit dem Kolonialismus und in der Folge mit dem Imperialismus verbunden war: so war es für Chile nicht möglich, die undustrielle Entwicklung der kapitalisti-



schen Metropolen zu wiederholen, seine Entwicklung glich eher einer "Reflexmodernisierung" (Darcy Ribeiro). Die Unterentwicklung des chilenischen Satelliten war die Kehrseite der Entwicklung des Kapitalismus und Imperialismus in den Metropolen (vgl. Frank).

8. Literaturverzeichnis

Salvador Allende, Chiles Weg zum Sozialismus, Wuppertal 1972 (zit. als: Allende I)

ders., Ansprache zur Eröffnung der dritten Versammlung der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen, in: Entwicklungspolitik, Materialien Nr. 32, Bonn Juni 1972 (zit. als: Allende II)

D. Boris, E. Boris, W. Ehrhardt, Chile auf dem Weg zum Sozialismus, Köln 1971 (zit. als: Boris)

Centre d'information sur le développement, Pays et Peuples No. 3, Chile, Paris 1971

Régis Debray/Salvador Allende, Der chilenische Weg, Neuwied Juni 1972

Klaus Eßer, Durch freie Wahlen zum Sozialismus oder Chiles Weg aus der Armut, Reinbek bei Hamburg 1972

Andre Gunder Frank, Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika, Frankfurt 1969

Klaus Lindenberg (Hrsg.), Politik in Lateinamerika, Hannover 1971 (darin die Aufsätze von Henrik Bischof, Karl-Heinz Stanzick, Manfred Nitsch)

Heinz Rudolf Sonntag, Revolution in Chile, Frankfurt 1972

Höchst: «Putsch wurde glänzend durchgeführt»

Auszüge aus einem Bericht der Quimica Hoechst Chile an die Muttergesellschaft (Farbwerke Hoechst AG) in der BRD

Gerencia

Farbwerke Hoechst AG
Postfach 80 0320
6230 Frankfurt/Main 80



Betr.: Regierungswechsel in Chile

Der so lange erwartete Eingriff der Militärs hat endlich stattgefunden. Am 11.9. morgens um 8 Uhr kreisten... (es folgt eine kurze Schilderung der Putschereignisse).

Am 13.9. abends stand bereits einwandfrei fest, daß der Staatsstreich mit relativ geringen Verlusten an Material und Menschenleben - wir schätzen 2-3000 Tote - gelungen war...

Wir sind der Ansicht, daß das Vorgehen des Militärs und der Polizei nicht intelligenter geplant und koordiniert werden konnte und daß es sich um eine Aktion handelte, die bis ins letzte Detail vorbereitet war und glänzend ausgeführt wurde...

Soviel sich aus den ersten Aktionen und Mitteilungen der Militär-Junta entnehmen läßt - wir schließen dies auch aus anderen uns bekannten Quellen - wird diese eine Politik verfolgen, die zwischen dem brasilianischen und dem peruanischen Modell liegt, wobei die Sympathien weit mehr nach Brasilien tendieren, während das Erbe der Volksregierung nolens volens zu einer gewissen Ausrichtung nach dem peruanischen Vorbild zwingen wird...

Wenn die "Volksregierung" auch in den drei Jahren ihrer Existenz das Land in jeder Hinsicht - moralisch, wirtschaftlich und sozial - in Grund und Boden gewirtschaftet hat, so sind wir, was die Regenerierungsfähigkeit des chilenischen Volkes und damit auch der Wirtschaft des Landes anbelangt, durchaus optimistisch. Wir sind überzeugt davon, daß sich Chile unter einer energischen, autoritären und intelligenten, nicht von Politikern, die nur ihren Parteiinteressen dienen, beeinflußten Führung sehr bald erholen wird. Die Substanz des Volkes ist eine der besten Lateinamerikas; das hat auch der wirklich heroische Widerstand der Zivilbevölkerung und ganz besonders der chilenischen Frau gegen das marxistische Regime bewiesen. Chile gehört heute zu den wenigen Ländern der Erde, die gegen den marxistischen Virus geimpft sind und die daher für längere Zeit eine politische Stabilität erwarten lassen. Neun Jahre sozialistischer Regierung - wir rechnen die sechs Jahre der Präsidentschaft Frei mit hinzu - haben das Land andererseits in sozialer Hinsicht stärker weiterentwickelt als der größte Teil der Länder der westlichen Welt und die letzten Überreste einer feudalen Epoche zum Verschwinden gebracht. In wirtschaftlicher Hinsicht ist diese Entwicklung von besonderem Gewicht, da die Konsumkraft des Arbeiters auf dem Land und in der Stadt stark gewachsen und zu einem wichtigen Faktor der Wirtschaft geworden ist. Chile wird in Zukunft ein für Hoechster Produkte zunehmend interessanter Markt sein...

Wichtig erscheint uns auch die günstige Entwicklung des Kupferpreises, des weitaus wichtigsten Exportartikels des Landes. Unter normalen Umständen würde Chile heute über ein Exportvolumen von über US $ 2 Mrd gegenüber einem Importbedarf von nur US $ 1,2 - 1,4 Mrd verfügen. Wenn es der Militärregierung gelingt, die Kupferproduktion wieder anzukurbeln, dürfte sich die Devisenlage des Landes sehr bald günstig gestalten.

Die nächsten Wochen werden der Militärregierung schwere Probleme bringen. Wir schätzen, daß noch ca. 25 % der erwachsenen Bevölkerung, dies sind immerhin eine Million Personen, von denen die Hälfte in Santiago lebt, mit dem Regierungswechsel in keiner Weise einverstanden sind und bei denen sich immer noch ein stattliches Arsenal von Waffen befinden dürfte. Es ist daher noch für längere Zeit mit Sabotageakten aller Art zu rechnen und eine tatsächliche Beruhigung der Situation wird noch lange nicht eintreten. Drei Jahre Hetzpropaganda und Gehirnwäsche nach den modernsten psychologischen Methoden, können nicht in wenigen Tagen oder Wochen wieder ausgelöscht werden.

Die Regierung Allende hat das Ende gefunden, das sie verdiente. Das Regime hat sich wie kein anderes durch Korruption, Sektierertum, Unfähigkeit und Präpotenz ausgezeichnet. In diesen drei Jahren ist wirklich nichts Positives geschafft worden, aber dafür wurden dem Volk Versprechungen gemacht, die unerfüllbare Ambitionen und Wünsche hervorriefen und zwischen den Chilenen wurde Haß und Zwietracht in nie gekanntem Ausmaß gestiftet. Das günstige Bild, das Allende im Ausland genossen hat, ist der geschickten Propaganda seiner "Volksregierung" zu verdanken. Mit freundlichen Grüßen

p.p. QUIMICA HOECHST CHILE LTDA

gezeichnet: (Name war nicht zu identifizieren)

GUATEMALA
Geschichte der Ausbeutung

Juan Lopez

Kolonialzeit

Die Koloniastion Lateinamerikas begann mit der Entdeckung der Antillen durch Christoph Kolumbus im Jahre 1492. Ab 1522 wurde auch Zentralamerika von Mexiko aus, das kurz vorher unter spanische Herrschaft gekommen war, kolonisiert. Die spanischen Eroberungszüge drangen über Panama, Peru, Ekuador, Bolivien und Paraguay innerhalb weniger Jahrzehnte bis nach Chile vor, während die Portugiesen das heutige Brasilien besetzten. Dabei stießen die Einwanderer auf die Hochkulturen der Eingeborenen, z.B. das Reich der Mayas in Mittalamerika, die sie mit Gewalt, wie der Hinrichtung der Inkaherrscher, zerstörten. Die 300 000 Einwanderer, die in den ersten beiden Jahrhunderten der Kolonisation von der iberischen Halbinsel kamen begannen, nach der Plünderung der Kunstschätze, die Silberminen und andere Bodenschätze auszubeuten. Als Arbeiter wurden Indios und später aus Afrika herbeigeschaffte Sklaven angestellt, während die im Land geborenen Kreolen und die Spanier die weiße Oberschicht bildeten, die zu großem Wohlstand gelangte. Die Indianer dagegen, die auf dem Großgrundbesitz ihres Herren arbeiteten, lebten faktisch in einem Abhängigkeitsverhältnis, das der Sklaverei gleichkam.

Mitte des 18. Jahrhunderts verstärkte sich unter den Kreolen die Unzufriedenheit: Sie fühlten sich gegenüber den spanischen Einwanderern bei der Verteilung der Ämter im Staat zurückgesetzt. Anlaß für einen bewaffneten Aufstand war der Sieg Napoleons über die bourbonische Monarchie in Spanien. Die beiden Führer der Unabhängigkeitskämpfe, die von 1810-24 dauerten, waren im Norden Simon Bolivar und im Süden Jose de San Martin. Nach anfänglichen Erfolgen der Aufständischen konnte Spanien nach der Niederlage Napoleons wieder neue Streitkräfte aus der Heimat entsenden und die Macht in einigen Regionen vorübergehend zurückerobern. Doch nach Siegeszügen der Armeen Bolivars und Martins verloren die Spanier 1824 ihre letzten Kolonien auf dem amerikanischen Festland.

Die Unabhängigkeitskämpfe waren keine umfassende Volksbewegung, sondern das Werk der kreolischen Oberschicht. Somit blieben die sozialen und politischen Strukturen erhalten und die neuen, nach dem Vorbild der USA entstandenen Verfassungen standen nur auf dem Papier: Die Rivalitäten unter den alteingesessenen Familien und Machtcliquen bestimmten die Politik. Zu dieser Zeit begannen also die in der lateinamerikanischen Geschichte so häufigen Revolutionen, Aufstände und Putsche: in 150 Jahren über 1000 (1) (Die Zahlen bezeichnen die jeweils verwendeten Quellen, die am Ende des Berichts aufgeführt werden.). Ebenfalls in die Schlußphase der Unabhängigkeitskämpfe fiel der Beginn des "Dollar-Imperialismus". Seine Grundlage stellte die 1823 von der USA erlassene Monroe-Doktrin dar, die sich jeder Einmischung europäischer Staaten in die Angelegenheiten unabhängiger amerikanischer Staaten entgegenstellte und die USA zur "Schutzherrin" Lateinamerikas machte (2).

DOLLAR IMPERIALISMUS UND DIKTATORENHERRSCHAFT

1823 war, im Anschluß an die Unabhängigkeitskämpfe, das mexikanische Kaiserreich in Mexiko und die 5 Provinzen des ehemals spanischen Guatemala (nicht identisch mit dem heutigen Staat gleichen Namens) zerfallen, die sich zum Mittelamerikanischen Bund zusammenschlossen. Aus ihm gingen 1838 bei seiner Auflösung die 5 selbständigen Zwergstaaten El Salvador, Honduras, Nikaragua, Costa Rica und Guatemala hervor (3). In der folgenden Zeit gab es zwar noch mehrmals föderative Bestrebungen, aber entweder kam es gar nicht erst zum Zusammenschluß, da die kleineren Staaten sich nicht von dem einflußreichsten (Guatemala) dirigieren lassen wollten, oder der Bund brach, wie der 1896 gegründete, bald wieder auseinander (4).

Guatemala wurde seit dieser Zeit von einer Reihe Diktatoren regiert. Doch die Person des jeweiligen Herrschers reicht nicht aus, um die politische Szene Guatemalas zu kennzeichnen. Dies geht auch aus dem Zitat der Le Monde Diplomatique hervor: "Kein Volk Lateinamerikas hat so hart die doppelte Herrschaft einer einheimischen Oligarchie der Terratenientes (Großgrundbesitzer) und des nordamerikanischen Kapitals zu spüren bekommen." (5) Neben der herrschenden Schicht, deren Exponent der jeweilige Diktator darstellte, spielte also die vom USA-Präsidenten Taft begonnene "Diplomatie des Dollars" (5) eine wesentliche Rolle: Diese existierte in Mittelamerika vor allem in Gestalt der "United Fruit Company" (im folgenden UFC abgekürzt). Wie der Beiname "Bananenrepublik" zeigt, steht das Schicksal Guatemalas in engem Zusammenhang mit der Geschichte dieses Konzerns:

Im Jahre 1871 wurde Mr. Keith, Mit-

glied einer amerikanischen Millionärsfamilie, vom Diktator Costa Ricas mit dem Bau einer Eisenbahnlinie beauftragt. Um die dabei entstandenen Schulden wieder hereinzuwirtschaften und der Eisenbahn ein Beförderungsgut zu verschaffen, pflanzte er Bananen an und trieb mit ihnen einen schwunghaften Handel (6). Ebenfalls 1871 transportierte der Kapitän Lorenzo D. Baker auf seinem Schoner einige Bananenstauden von Jamaika nach USA und fand dort einen reißenden Absatz. Darauf hin gründete er mit 9 Partnern die Boston Fruit Company mit einem Anfangskapital von 20 000 Dollar. Bereits 5 Jahre später, 1890, wurde der Wert der Gesellschaft auf 531 000 Dollar geschätzt (7).

Im Jahre 1899 fusionierten die Boston Fruit Company und die Keith Companies (die Gesellschaft des vorhin erwähnten Amerikaners) zur UFC. Diese kontrollierte nunmehr anfangs des 20. Jahrhunderts, was den Verkauf und die Preise betraf, 80 % der Bananenindustrie. Die folgende Statistik aus dem Jahre 1931 verdeutlicht diese Marktsituation in Zentralamerika (8):

	Total Exports in bunches	UFC in bunches	Standard Fruit C. in bunches
Costa Rica	4 313 000	4 100 000	--
Guatemala	5 248 000	5 300 000	--
Honduras	27 896 000	20 200 000	5 076 920
Jamaika	20 360 000	10 500 000	3 582 866
Nikaragua	3 378 000	1 100 000	1 621 340
Panama	3 600 000	3 000 000	546 269
	64 795 000	44 200 000	10 827 395
	100 %	68,25 %	16,72 %

(Zitiert nach: "The Banana Empire", Seite 37)

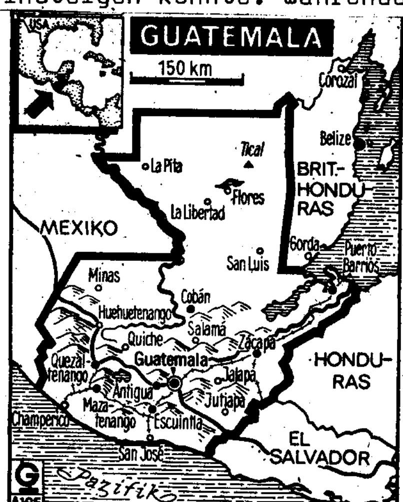
Ihre marktbeherrschende Position gewann die UFC durch eine expansionistische Politik: Durch Landkäufe zu oft sehr niedrigen Preisen, wie in Costa Rica (ein Hektar für ca. 8 Dollar), vergrößerte sie ihren Landbesitz in Honduras von 2430 Hektar im Jahre 1912 auf 35 600 Hektar im Jahre 1924. (9) Insgesamt gehörten der UFC, die nach einjähriger Geschäftstätigkeit 1900 86 500 Hektar besaß (10), 1954 inzwischen 1,6 Millionen Hektar (3). Nicht zuletzt Privilegien wie die Steuerfreiheit für ihren Landbesitz in Guatemala (3) verhalfen der Gesellschaft zu einem 70 %igen Jahresprofit (11), das waren im Durchschnitt 1919-29 20 Millionen Dollar netto jährlich (12). Somit erhöhte sich das Gesamtvermögen der UFC seit der Gründung im Jahre 1899 von 20 Millionen Dollar (3) auf 242,4 Millionen 1930 (13) und 580 Millionen Dollar im Jahre 1954 (3). Heute (1970) kontrolliert die Gesellschaft über 50 % der Devisenerlöse von 6 lateinamerikanischen Ländern (14). Zwar gründet dieser Erfolg vor allem auf dem Handel mit Bananen, doch daß sich die wirtschaftlichen Aktivitäten der UFC keinesfalls ausschließlich auf diesen Sektor beschränkten, zeigt die folgende Aufstellung:

1954 befand sich die Gesellschaft im Besitz von 65 Fruchtdampfern im Gesamtwert von 72,34 Millionen Dollar, einer Eisenbahngesellschaft der International Railways of Central America, mit einem Netz von 2400 km, 300 km Straßenbahnen, Hafenanlagen, einem Telephonnetz und einem hohen Prozentsatz an Häusern (3). Welcher Art die Unternehmungen waren, die der UFC in Guatemala zu dem Namen "El Pulpo" (3), der Polyp, verhalfen, soll das folgende Beispiel aus der Geschichte Costa Ricas zeigen:

Im Jahre 1912 versuchte die Atlantic Fruit and Steamship Company im Bananengeschäft in Costa Rica Fuß zu fassen, wo die UFC Eisenbahn und Verlademöglichkeiten kontrollierte (15). "Die United war fest entschlossen, den Eindringling daran zu hindern, in ihr privates Reservat einzudringen, und sie erreichte ihr Ziel durch eine Anzahl von Methoden, von denen einige ohne Frage kriminell, andere offenbar legal waren. Eines Nachts, nachdem die Bananen geerntet und auf den Rampen der Eisenbahn zurückgelassen worden waren, um am nächsten Morgen an die Atlantic Fruit and Steamship Company ausgeliefert zu werden, kamen Banden von Männern, die unter dem Befehl eines UFC-Angestellten standen, in Autos an und zerhackten die Früchte mit Macheten." - "Auf die barbarischen Methoden, die in diesem Kampf um die Bananenvorherrschaft angewandt wurden, deutet die folgende Botschaft hin, die vom Gouverneur von Limòn an den Präsidenten der Republik (Costa Rica) im Juli 1912 gesandt wurde: 'Es ist meine schmerzliche Pflicht, ihnen mitzuteilen, daß ich Informationen erhalten habe, des Inhalts, daß Angestellte der UFC und der Costa Rica Railway Company, unterstützt von ihren Vorgesetzten, Leute daran hindern.

ihre Früchte der Atlantic Fruit Company zu verkaufen.'" - "Ähnliche Klagen wurden vom Kampf der beiden Gesellschaften in Jamaika berichtet" (Übersetzung: "The Banana Empire", Seite 67).

Nachdem sich die Atlantic Fruit and Steamship Company aus Costa Rica zurückgezogen hatte ("weil die Bedingungen zu ungleich waren, um einen Wettbewerb zu erlauben." Übersetzung: "The Banana Empire", Seite 69), versuchten es 1927/28 erneut zwei Gesellschaften: die von einheimischen Pflanzern gegründete Cooperativa Bananera Costarricense und die Cuyamel Fruit Company. Während die Pflanzer, die bei der UFC unter Vertrag standen, 60 Cents "per count bunch" (Verrechnungseinheit, die eine bestimmte Bananenmenge bezeichnet) erhielten, sollten die Farmer, die der neuen Vereinigung beigetreten waren, außer diesen 60 Cents noch eine Beteiligung an den Nettogewinnen erhalten: damit wären sie auf 95 Cents bis 1,75 Dollar per count bunch gekommen (16). "Aber wieder behielt die UFC die Oberhand, dank ihrer privilegierten Position, gleichzeitig Käufer von Bananen und Unternehmer von Eisenbahnen und Dampfschiffen zu sein. Sie verkündete eine Bestimmung, daß jede Gesellschaft, die Bananen mit der Eisenbahn verladen wolle, eine detaillierte Bestellung über die Dienste, die sie benötigte, machen solle." (Übersetzung: "The Banana Empire", Seite 71). Dies gab der UFC Einblick in die Vorhaben ihres Konkurrenten und kostete diesen, ebenso wie Verhandlungen mit neuen Pflanzern, eine Menge Zeit, ehe die Vereinigung in das Bananengeschäft Costa Ricas einsteigen konnte. Währenddessen aber mußten die Pflanzer, deren Verträge mit der UFC abgelaufen waren, entweder mit dem halben Preis (30 Cents per count bunch) vorlieb nehmen (einigen Farmern, deren "Abwanderungspläne" bekannt geworden waren, nahm die UFC überhaupt keine Bananen mehr ab), oder aber ihren Vertrag bei der UFC erneuern. Da sich die meisten Pflanzer einen derartigen Verdienstausfall nicht leisten konnten, verpflichteten sie sich bei der UFC für weitere 10 Jahre (denn die ursprünglich 5 Jahre dauernden Verträge waren von der UFC bei Erscheinen des Konkurrenten auf 10 Jahre ausgedehnt worden.). Die vertraglich gebundenen Pflanzer durften ihre Bananen ausschließlich der UFC verkaufen (17).



Die so gewonnene Monopolstellung in Costa Rica veranlaßte die Gesellschaft 1932 dazu, ausgelaufene Verträge mit Pflanzern, die auf altem, d.h. nicht mehr so ertragreichem Boden arbeiteten, nicht zu erneuern. Die übrigen Verträge versprachen den Pflanzern statt bisher 60 Cents jetzt nur noch 24 Cents per count bunch, während den vertragslosen Pflanzern statt den bisher üblichen 30 Cents nur noch 16 Cents bezahlt wurden (18). "Das Ergebnis war ein ungeheurer Verlust für die Bananenpflanzer, ..." (Übersetzung: "The Banana Empire", Seite 263)

Die UFC besaß noch andere Mittel, um die Farmer zu ruinieren: Zwar wurde ihnen durch den Vertrag die Abnahme einer bestimmten Bananenmenge zugesichert, doch handelte es sich dabei nur um exportfähige ("exportable") Bananen. Die Kriterien dafür waren: "die grün und sauber sind, die nicht angestoßen, befleckt, schmutzig, narbig, von der Sonne verbrannt oder durch irgend eine andere Sache beschädigt sind" (Übersetzung: "The Banana Empire", Seite 267). Man sieht, daß diese Maßstäbe eine naturwissenschaftlich exakte Bestimmung der Qualität der Bananen nicht erlauben, sondern im Gegenteil sehr dehnbar sind und viel von der jeweiligen Auslegung des UFC-Angestellten, der die Bananen prüft, abhängt. Daß dies von der Gesellschaft ausgenutzt wurde, um das Angebot der Farmer an Bananen dem Bedarf entsprechend zu regulieren, zeigen die folgenden Zahlen: In Costa Rica wurden um 1930 im Jahresdurchschnitt 7 % bis 8 % der angebotenen Früchte zum Verlust der Pflanzer zurückgewiesen und weitere 2 % bis 3 % bereits von der Gesellschaft eingekaufte Bananen vor dem Verschiffen aussortiert. Insgesamt wurden also normalerweise höchstens 11 % nicht angenommen. 1932, zur Zeit der Weltwirtschaftskrise, stieg die Rate der Abweisungen auf 50 % an, was natürlich für die Pflanzer verheerende Folgen hatte (19).

In welch starkem Maße auch die Arbeiter von der UFC abhängig waren, zeigt das Beispiel Guatemalas:

Bei ihrem Eintritt in das gualtematekische Bananengeschäft 1906 (3) verstand es die Gesellschaft, sich den landesüblichen Sitten anzupassen: Sie übernahm das "Privilegio-System". Dies bedeutet, daß sie die Arbeiter, in Guatemala meist Indianer, nicht mit

Geld, sondern mit Mais und anderen Lebensmitteln entlohnte. Da die Arbeiter auch ihren übrigen Bedarf in plantageneigenen Läden decken mußten, hatte der Plantagenbesitzer alle Mittel in der Hand, um den Indianer durch Verschuldung an sich zu binden. So war oft der Arbeitersohn gezwungen, die Schulden des Vaters abzuarbeiten, was ihn an eine Plantage fesselte (20). "Das Privilegio-System gipfelt also in einer Art Sippen-Leibeigenschaft, von der sich der Indianer schwerer freikaufen kann, als einst der Negersklave." (Herbert Wendt: "Der schwarz weiß rote Kontinent", Seite 120). Dies entsprach auch den Interessen der UFC: "Ihr lag daran, einen festen Stamm von Arbeitskräften, der sich aus Eigenem ständig vermehrt, kündigungssicher zu erhalten. Überall auf den Plantagen der Obstgesellschaft sind darum saubere, hygienisch einwandfreie Ladengeschäfte eingerichtet worden, in denen die Indianer alles erwerben können, was ihr Herz begehrt - freilich gegen Umrechnung auf den Lohn. Da die Artikel, die in den Läden der Fruchtplantagen verkauft werden, zu einem Großteil aus Nordamerika stammen und darum (nach Ansicht der Nordamerikaner) von besserer Qualität sind als die einheimischen Produkte, haben sie entsprechend höhere Preise. Aus diesem Grunde muß auch auf den Bananenplantagen die Schuld der Väter oftmals abgegolten werden bis ins dritte und vierte Glied." ("Der schwarz weiß rote Kontinent", Seite 120).

Dies sind die Schattenseiten der erfolgreichen Tätigkeit des Konzerns. Natürlich existiert auch eine glänzende Fassade, auf die sich der Präsident der UFC (1954) Redmond bezieht, wenn er von seiner Gesellschaft spricht, als von uns, "die wir mehr für die... Wohlfahrt unserer lateinamerikanischen Nachbarn getan haben, als irgendjemand sonst." ("Der Spiegel", Nr. 27, vom 30. Juni 1954). Was damit im Detail gemeint ist zeigt das folgende Zitat: "Während der 35 Jahre ihres Bestehens hat die United Fruit Company die Produktion, den Transport und die Verteilung von schätzungsweise 2 Billionen Bananenstauden organisiert. Bei der Durchführung dieser wirtschaftlichen Tätigkeiten hat sie in den Tropen eine große Menge Geld ausgegeben - ein Teil von dem, was sie in den Tropen durch Dampfschiff, Eisenbahn, Radio und andere Gebühren und durch... Zahlungen für Behandlungen in Hospitälern gewann. Bei dem Streben nach Profit hat sie verstrickte Dschungel, wenigstens zeitweise, in Zentren menschlicher Aktivität verwandelt; sie hat Häuser, Eisenbahnen und andere Werke der materiellen menschlichen Zivilisation aufgebaut; sie hat gut ausgerüstete Hospitäler errichtet; und sie hat, wenn auch nicht ausgelöscht, die Bedrohung durch tropische Fieberarten



Ausbeutung auf Plantagen

verringert." Diese positiven Aussagen über die UFC relativiert der Autor im folgenden: "Zusammenfallend mit der Erfüllung dieser und anderer 'konstruktiver' Aufgaben hat diese mächtige Gesellschaft Konkurrenten unterdrückt, Regierungen beherrscht, Eisenbahnen 'gefesselt', Pflanzer ruiniert, Mitarbeiter 'erstickt', Arbeiter gegängelt, gegen Gewerkschaften gekämpft und Konsumenten ausgebeutet. Solch ein Gebrauch von Macht durch eine Aktiengesellschaft einer stark industrialisierten Nation in relativ schwachen fremden Ländern bildet eine Variante des wirtschaftlichen Imperialismus." (Beide Zitate Übersetzungen aus "The Banana Empire", Seite 336).

Die UFC war dem letzten der vier klassischen Diktatoren, die in Guatemala zusammen 80 Jahre regierten, George Ubico, gut gesonnen (21): Er verlängerte 1936 die Verträge der Gesellschaft unter günstigen Bedingungen um weitere 35 Jahre (22). Damit arrangierte sich die UFC mit einem Herrscher, der sich als Soldatenkönig fühlte (Beiname: "Napoleon der Tropen"), jede Opposition rücksichtslos unterdrückte und sich (ohne Spesen) ein jährliches Gehalt von einer Million DM zahlte (3).

REFORMERISCHE PHASE

Im Jahre 1944 wurde Ubico nach 13jähriger Herrschaft von jungen Offizieren, Akademikern und Kaufleuten gestürzt. In den ersten freien Wahlen der Republik wurde 1945 der Universitätsprofessor Juan Arevalo Präsident (23). Bei seinem Amtsantritt fand er folgende Situation in Guatemala vor:

10 % der landwirtschaftlichen Anbaufläche besaß die UFC, weitere

13 % gehörten 3 Familien (24) oder

50 % im Besitz von 22 Familien (25).

Während also 2,2 % der Grundbesitzer 70 % des Plantagenbodens besaßen, von dem sie wiederum nur 10 % nutzten,

lebten 80 % der Landbevölkerung von 10 % der Anbaufläche (24).

Der UFC gehörte: die Eisenbahn, das Telephon, die Überseekabel und der einzige Hafen an der karibischen Küste (25).

Indios und Mestizen stellten 95 % der Bevölkerung (24), von denen 50 % nicht integriert waren (25), also außerhalb der Zivilisation standen.

Analphabetenquote: 66 % (25) bis 95 % (24) der Bevölkerung.

Durchschnittliche Lebenserwartung: 35 Jahre (24).

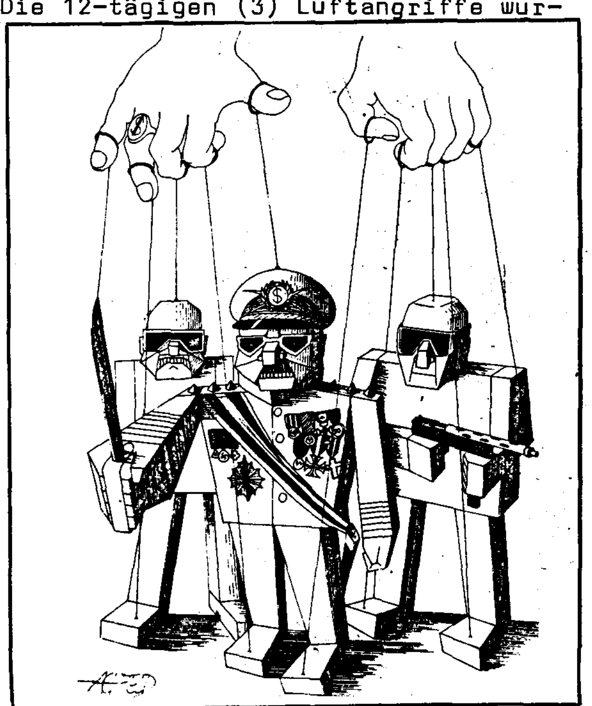
Präsident Arevalo gab seinem Land eine freiheitliche Verfassung (25) mit freien Wahlen auch für Analphabeten (26). Auch schaffte er das Steuerschuldsystem ab, das die verschuldeten Indios praktisch zu Sklaven der Diktatoren gemacht hatte, da sie solange in deren Dienst standen, bis sie ihre Schuld abgearbeitet hatten (3). Weiterhin gründete er eine Gewerkschaft und einen Landarbeiterbund (3), erlaubte die Existenz der KP (24) und schaffte mit einem Versicherungsschutz für Plantagenarbeiter (24) erste Ansätze zur Sozialversicherung (3). Auf den Rat Washingtons hin, begann er die Kaffeeplantagen der Guatemaladeutschen, die 1942 ausgewiesen worden waren (26), zu enteignen (3). Auch brachliegenden Großgrundbesitz griff er an (3). (Hierüber liegen widersprüchliche Aussagen vor: In der Zeitung "Weltblick" Nr. 2 heißt es: "Die feudalen Besitzverhältnisse tastete er nicht an, ..."). Der linksliberale Präsident Arevalo, der später (etwa 1963) von sich selbst sagte: "Ich mag den Kommunismus nicht und werde kein Kommunist" (27), hinterließ seinem Nachfolger ein Landreform-Projekt (24) und beendete seine Amtszeit als erster Präsident in der 120jährigen Geschichte Guatemalas ohne gestürzt oder ermordet zu werden (25). Neuer Präsident wurde in offenen Wahlen 1951 (3) der Kriegsminister des Arevalo-Regimes (28), der 37jährige Jacobo Arbenz. Er gehörte zu den Offizieren, die 1944 die Diktatur gestürzt hatten (25). 1952 begann er den Landreform-Entwurf seines Vorgängers zu verwirklichen (29): "Landbesitz bis zu 90 Hektar blieb unantastbar, und vom Großgrundbesitz durfte nur dann ein Teil (gegen Entschädigung) enteignet werden, wenn er nicht genutzt wurde." ("Weltblick", Nr. 2/1969). Während Gerhard Maurer diese Landreform in seinem Buch "Lateinamerika, eine politische Länderkunde" als radikal bezeichnet (29), halten die Autoren von "Zeit" und "Weltblick" sie für bescheiden (24 und 25). Entscheidend jedoch war die Beurteilung, die das Projekt von nordamerikanischer Seite aus erfuhr: Die Reform betraf nämlich auch die brachliegenden Ländereien der UFC, der man für die Enteignung als Entschädigung 600 000 Dollar anbot. Angesichts der geforderten 16 Millionen Dollar (3) war dies eine "traurig unangemessene Entschädigung" (so US-Präsident Eisenhower in "Der Spiegel", Nr. 27, vom 30. Juni 1954). Der Unterschied zwischen den beiden Summen erklärt sich dadurch, daß die UFC ihre Forderung nach dem effektiven Wert der Ländereien richtete, während die Regierung Guatemalas die Höhe der Entschädigung aufgrund der von der UFC gezahlten Steuern bestimmte (5). Dieser Streit um die Landreform und der Druck, den er auf die amerikanischen Elektrizitäts- und Verkehrsgesellschaften ausübte, und sie zwang, ihre Tarife zu senken (3), brachten den Präsidenten Arbenz bald als "Erzkommunisten" und "Moskaufreund" in Verruf (30). Tatsächlich arbeiteten bei der Verwirklichung der Landreform Mitglieder der von Mexikanern gegründeten kommunistischen Partei emsig mit (3) und in der Tat wurden die Bestrebungen des Reformpräsidenten in Moskau mit Wohlwollen betrachtet (31). Auch wurde Guatemala zu dieser Zeit ein Mekka der lateinamerikanischen Intelligenz, der liberalen wie der marxistischen (25). Andererseits aber hatte die kommunistische Partei bei den Wahlen nur 4 von 56 Sitzen gewonnen und Arbenz betonte gegenüber den amerikanischen Vorwürfen, daß es seine Pläne und nicht die der Kommunisten seien, die er durchführe (3). Dennoch wurde er vom US-Außenminister John Forster Dulles zum Kommunisten "ernannt" (32) und Guatemala als kommunistischer Gefahrenherd bezeichnet (5). Derselbe John Forster Dulles hatte 1936 als Mitglied des New Yorker Anwaltbüros "Sullivan & Cromwell" die Verträge zwischen der UFC und George Ubico, dem Diktator Guatemalas, mit ausgearbeitet (5 und 33). "War dieser Jacobo Arbenz nun wirklich Kommunist? Er war es wohl ebenso wenig, wie es die mexikanischen Revolutionäre einst waren und wie es Castro zu Beginn seiner Revolution gewesen ist. Er tat nur das, was in Lateinamerika längst überfällig geworden ist: er liquidierte die Feudalwirtschaft in seinem Lande. Ohne Zweifel hat die zahlenmäßig recht kleine kommunistische Partei von Guatemala zur Arbenz-Zeit allerlei Schlüsselpositionen in den Gewerkschaften besetzen können. Arbenz wurde auch (wie jeder exotische Sozialreformer, der mit den Amerikanern Streit hat) vom Kreml beifällig beklatscht. Doch der guatemaltekische Linkssozialist war immerhin so geschickt, die Gesandtschaft seines Landes in Moskau aufzulösen – aus Ersparnisgründen, wie er behauptete. Er warf sich weder dem Westen noch dem Osten in die Arme; er versuchte sich vorsichtig an beiden Extremen vorbeizulavieren. Ihm ging es zweifellos nicht um Ideologien, sondern um sein Land Guate-

mala." (Herbert Wendt: "Der schwarz weiß rote Kontinent", Seite 124).

Ein Ende Januar 1954 von der guatemaltekischen Regierung herausgegebenes Weißbuch verschärfte die Spannungen im Verhältnis zur USA: Darin wurde behauptet, daß unter der Leitung des Präsidenten von Nikaragua, Tache Somoza, eine internationale Verschwörung gegen Guatemala vorbereitet würde; deren Mitglieder sollten in Nikaragua ausgebildet und von der UFC bezahlt werden. (Tacho Somoza stand seit 29 Jahren an der Spitze seines Staates und war Besitzer von Zeitungen, Baumwollmühlen, Schnapsfabriken, Viehherden, Textilwerken und 10 % des Bodens. Als seinen Nachfolger hatte er seinen Sohn vorgesehen, ein Plan, der durch die Sozialreformen im nahen Guatemala gefährdet war.) Das US-Außenministerium bezeichnete das Weißbuch als kommunistischen Versuch, die Arbeit der bevorstehenden interamerikanischen Konferenz zu stören (3). (Hier wurde, gegen die Stimme Guatemalas (3), die "Caracas Resolution" verabschiedet: "Die Beherrschung oder Kontrolle der politischen Einrichtungen irgendeines amerikanischen Staates durch die kommunistische Bewegung würde eine Bedrohung der Souveränität und der politischen Unabhängigkeit der amerikanischen Staaten darstellen und den Frieden Amerikas gefährden." Zitiert nach dem Manuskript zur Radiosendung "Ole amigos" von Radio Bremen, Seite 44b).

Guatemala war für den befürchteten Überfall militärisch schlecht gerüstet, da die USA seit 1949 kein Waffenmaterial mehr geliefert hatte. So wandte sich Guatemala an die Tschechoslowakei (3). Davon erfuhr die amerikanische Regierung durch einen Spion aus Stettin: Dieser berichtete, im schwedischen Frachter "Alfhelm" würden 150 000 aus der Tschechoslowakei gekommene Ballen und Kisten verladen. Weitere Nachforschungen ergaben, daß es sich um 1 900 Tonnen Munition und Waffen handelte, die aus den tschechischen Skoda-Werken stammten und für die guatemaltekische Regierung bestimmt seien (34). Wie die New York Times später berichtete, waren die Waffen zum Teil unbrauchbar und schrottreif (3). US-Außenminister Dulles jedoch erklärte, Guatemala sei nun in der Lage, das lateinamerikanische Gebiet militärisch zu beherrschen. Um das Gleichgewicht wiederherzustellen, errichteten die USA eine Luftbrükke nach Nikaragua und sandten 3 B-36 Bomber nach Managua, der Hauptstadt Nikaraguas (3). Die Operationsabteilung der CIA schickte 2 Globemastertransporter der Luftwaffe mit Waffen nach Honduras (34). Chef der CIA war zu dieser Zeit Allen Dulles, der Bruder des Außenministers John Forster Dulles (5). Auf seine Veranlassung hin wurde in Honduras eine Söldnertruppe rekrutiert (5, 24, 25 und 32). Während noch Präsident Arbenz unter seinen kompromittierenden kommunistischen Mitarbeitern aufräumte und sein Außenminister Toriello Honduras einen Nicht-Angriffspakt anbot (was abgelehnt wurde), wurden die Invasionsvorbereitungen der Söldnerarmee am 15. Juni 1954 abgeschlossen. Am 18. Juni gab der von den "Rebellen" in Honduras besetzte Radio-Sender den offiziellen Beginn der Invasion bekannt (3). Unter der Leitung des exilierten (25) Oberst Castillo Armas, der an der US-Generalstabsakademie geschult worden war, fielen, unterstützt von CIA-Offizieren, etwa 1 000 Söldner von Honduras aus in Guatemala ein (5). Zur moralischen Stärkung seiner Truppe erließ Armas eine Reihe von Aufrufen, darunter: "Durch Symbole zur Wirklichkeit". Darin wird den Freischärlern empfohlen für die Symbole Gott, Vaterland und Freiheit zu kämpfen, denn Gott sei gleichbedeutend mit Güte, Wahrheit und Anti-Kommunismus, während das Böse, die Lüge, das Teuflische und der Kommunismus mehr oder weniger identisch seien (35).

Die Söldner wurden von der guatemaltekischen Armee bald gestoppt (3). Daß die Aktion dennoch zum Erfolg führte, ist den amerikanischen Thunderbolt-Maschinen zu verdanken, die am 25. Juni 1954 begannen, Guatemala zu bombardieren. Sie trafen dabei auf keinen Widerstand, da die guatemaltekische Armee lediglich 4 antiquierte Kriegsflugzeuge zur Luftabwehr besaß (36). Die 12-tägigen (3) Luftangriffe wur-



den von einem Flugplatz auf der Plantage des Kaffeekönigs Alejo Arzu in Guatemala (37) und von Honduras aus geflogen (36). (In Honduras war der Einfluß der UFC noch stärker als in Guatemala. So war der damalige Präsi-

dent als Syndikus der Gesellschaft in sein Amt aufgestiegen (3).)

Neben dem Tod von etlichen Menschen und dem materiellen Schaden hatten die Luftangriffe vor allem eine Wirkung auf die Offiziere der guatemaltekischen 6 000-Mann Armee (35), die aus der Herkunft der Maschinen unschwer erkennen konnten, daß die USA die Aktion des Castillo Armas unterstützt. Deshalb arrangierten sie sich mit Armas (38) und der Chef der Armee Carlos Dias bewegte Präsident Arbenz zum Rücktritt. Dieser hoffte dadurch die Reformen zu retten (3) und floh nach Kuba (5). Vorher hatte Arbenz versucht, den Weltsicherheitsrat der UNO einzuberufen. Cabot Lodge, der amerikanische Chefdelegierte, der zu dieser Zeit turnusmäßig den Vorsitz führte, lehnte ab: Es handle sich bei den Vorfällen in Guatemala um eine rein innenpolitische Angelegenheit (wie auch das US-Außenministerium das Ereignis nicht als Invasion, sondern als Bürgerkrieg bezeichnete (3)). Dafür aber war die Weltorganisation nicht zuständig. Cabot Lodge war Hauptaktionär der UFC (5, 33 und 36).

1947 waren die amerikanischen Staaten im "Rio Pakt", Artikel 1, übereingekommen, "in ihren internationalen Beziehungen weder zur Gewaltandrohung noch zu Gewalt in einer mit den Bestimmungen der Satzung der Vereinten Nationen unvereinbaren Weise zu greifen." (Zitiert nach dem Manuskript zur Sendung "Ole amigos" von Radio Bremen, Seite 42b und 43b).

RESTAURATION

Nach dem Sturz des Präsidenten Arbenz begann die Aufhebung aller Reformen und eine blutige Säuberung (25). So gab der neue Herrscher Castillo Armas der UFC die bereits enteigneten 6069 km^2 zurück (32). Während Armas 3jähriger Regierungszeit zahlten die USA 60 Millionen DM (35) und unterstützten damit, zumindest indirekt, die "monotone Eskalation des Terrors" ("Die Zeit" vom 20. März 1970), die dem Regierungswechsel folgte.

Am 26. Juli 1957 wurde Castillo Armas im Präsidentenpalast von einem Mitglied seiner Leibwache ermordet (25, 35 und 39). Es gilt als sicher, daß er nicht im Auftrag einer Gruppe, sondern auf eigene Verantwortung handelte (35).

Bei den folgenden Wahlen waren aufgrund der Initiative des Armas-Regimes, das allen Analphabeten das Wahlrecht aberkannt hatte, nur noch ein Drittel der guatemaltekischen Bevölkerung wahlberechtigt. Die Partei des ehemaligen Präsidenten Arbenz war ebenso verboten wie die KP (39). "Da dennoch zu befürchten war, daß andere Sozialbewegungen bei den Indios Gehör finden könnten, fuhren die Agitatoren der erlaubten Parteien von Dorf zu Dorf und zahlten jedem wahlberechtigten Indio 10 Cent, wenn er seine Stimme für sie abgab. Die Wahl mußte annuliert werden, weil zum Schluß mehr Stimmen ausgezählt worden waren, als das Land wahlberechtigte Bürger hatte. Viele gewitzte Indios hatten ihre Stimme mehrmals verkauft." (H. Wendt: "Der schwarz weiß rote Kontinent", Seite 127). Aus der Wiederholungswahl ging im Februar 1958 der alte Kampfgenosse Ubicoa, Fuentes als Sieger hervor (40). Der konservative General regierte nach Diktatorenmanier, wobei allein die Summe, die er als Aufwandsentschädigung jährlich bezog, die Millionengrenze überschritt. Die ihm als Castro-Gegner zufließenden Kredite der USA versickerten in den Händen der weißen Oberschicht. 1963 kehrte der Ex-Präsident Arevalo aus seinem Exil in Mexiko heimlich nach Guatemala zurück, um bei der nächsten Wahl zu kandidieren. Doch dazu kam es nicht: einige Monate vor der Wahl putschten Militärs und eine Militärjunta übernahm die Macht. Präsident Fuentes erklärte in Nikaragua, er begrüße den Militärputsch, da er "zum Besten für Guatemala und zum Besten für ganz Mittelamerika sei." (Zitiert in: H. Wendt: "Der schwarz weiß rote Kontinent", Seite 128). Da Fuentes der Verfassung nach ohnehin nicht mehr hätte kandidieren können, hatte er sein Militär gegen sich putschen lassen, um auf diese Weise seine politische Linie zu wahren (41).

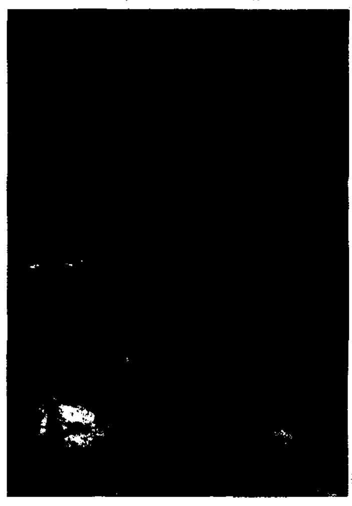
In der Folgezeit herrschten bis 1966 verschiedene Militärdiktaturen (32). Allen gemeinsam war die rücksichtslose Ausschaltung der Opposition: "Im Karibichafen Puerto Barrios zum Beispiel wurden acht Gewerkschaftsführer getötet, indem man schwerbeladene Lastwagen über sie rollen ließ. Bei einem anderen Blutbad wurden 28 Oppositionelle, darunter zwei Frauen, bestialisch zu Tode gemartert und ihre Leichen aus einem Flugzeug ins Meer geworfen. Daneben gehörten 'normale' politische Morde zum Alltag." ("Die Zeit" vom 20. März 1970).

Im Jahre 1966 übernahm nach 12jähriger Militärherrschaft wieder ein gewählter Präsident die Regierung (25). Unter Ausschaltung der Linken (24) gewann der Reformkandidat Mendez Montenegro, dem auch die Linke ihre Stimme gab (5). Auch diese Hoffnung auf eine gewaltlose Verbesserung erwies sich als trügerisch: Sei es, daß Montenegro durch den Starrsinn der extremen Linken in die Arme der Rechten getrieben wurde (25) oder daß er nur eine Marionette der Oligarchie darstellte (5), die Unterdrückung der Opposition wurde brutaler denn je fortgesetzt (5, 25 und 32).

GUERILLAS

Die bisher geschilderten Ereignisse betrafen vorwiegend die Veränderungen an der Spitze des Staates. Heute jedoch ist eine "zweite Ebene" ("Weltblick", Nr. 2, 1969) des politischen Geschehens in den Blickpunkt der Öffentlichkeit geraten. Am 13. November 1961 versuchten junge Offiziere, die einst unter Arbenz gedient hatten, die Garnison von Zapaca zu besetzen. Ihr Putschversuch scheiterte und sie wurden in die Berge vertrieben. Diese Rebellen bildeten den Keim der guatemaltekischen Guerillas (5, 24 und 32), die sich bald spalteten: Oberst Marco Yon Sosa führte die "Revolutionäre Bewegung vom 13. November", kurz MR-13. Yon Sosa war Sohn einer Guatemaltekin und eines Chinesen (daher auch "El Chino" genannt) und war von den Amerikanern in Panama im Dschungelkrieg ausgebildet worden. Seine Gruppe war eher trotzkistisch orientiert und hielt den Bauernkampf für das einzig geeignete Mittel des Rebellenkampfes. Die castristischen "Streitkräfte der bewaffneten Revolution" (FAR) dagegen vertrauten auf das Zusammenspiel zwischen KP, Studentenbewegung, Bauern und Guerillas (5 und 24). Sie wurden anfangs vom einstigen Leutnant Lima geführt. Nachdem dieser bei einem "Autounfall" ums Leben gekommen war, übernahm der 21jährige Jurastudent Montes das Kommando der FAR (25). Unter dem Schock, den die Ermordung Che Guevaras im Herbst 1967 auslöste, versöhnten sich beide Gruppen (24). Unterstützt von den Bauern und revolutionären Studenten attackierten die etwa 200 (32) Guerillos Armee-Posten und erpreßten von entführten Gutsbesitzern und Bankiers Lösegelder bis zu 100 000 DM (5).

Der systematische Gegenterror begann nach der Wahl Montenegros. Immer stärker wurde auch das Engagement der USA: "Sie lieferten Karabiner und Maschinenpistolen, Fernmeldeeinrichtungen und Flugzeuge." ("Der Spiegel", Nr. 16, 13. April 1970). Die "inzestuösen Beziehungen" ("Weltblick", Nr. 2/1969 zitiert Arthur Schlesinger) zwischen dem Pentagon und lateinamerikanischen Militärs bewirkten auch, daß der Missionschef Oberst Webber im Sommer 1966 aus der USA entsandt wurde und in der USA, der Panama-Kanalzone und auf der Hazienda "La Coyeta" guatemaltekische Offiziere von amerikanischen Special Forces im Nahkampf ausgebildet wurden. In Panama stiegen US-Bomber auf, um die Partisanen-Schlupfwinkel in Guatemala mit Napalm zu bombardieren (32). 1967 begann ein "systematischer Ausrottungsfeldzug" ("Die Zeit", vom 20. 3.70) der Armee unter Leitung des Oberst Carlos Arana: in den Bergen der Sierra de las Minas "wurde gefoltert, geschändet, geplündert" ("Die Zeit vom 20.3.70), und 80 Guerillos, 500 ihrer Helfer und obendrein mindestens 2400, nach Angaben der "Zeit" um 4000, nach anderen Schätzungen gar 6000 unbeteiligte Bauern ermordet (5). "Das Nachrichtenmagazin 'Time', dem antiamerikanische Tendenzen nicht nachzuweisen



Guerillas in Guatemala

sind, berichtet über die Methoden: 'Die Armee heuerte Banden von 'zivilen Kollaborateuren' an und erlaubte ihnen, diejenigen Bauern zu töten, die sie für Guerillas oder 'potentielle' Guerillas hielten.'" ("Weltblick", Nr. 2/1969).

Nach Zerschlagung der Landguerilla zog sich die FAR in die Stadt zurück (25). Am Kampf gegen die Rebellen beteiligten sich seit Ende 1966 mindestens 5 (32) ultra-rechte Zivilmilizen, die von reaktionären Reichen finanziert und von der Armee rekrutiert und geführt wurden. Die bekanntesten sind die MANO ("Weiße Hand") und die NOA ("Neue Antikommunistische Organisation"). Von der Polizei nicht behelligt, liquidierten sie linke und liberale Anwälte, Studenten, Geschäftsleute, Journalisten, Gewerkschaftler und sogar Regierungsmitglieder. Am 8. Januar 1968 kidnappten 4 Zivilisten die Freundin eines FAR-Guerillas, die ehemalige "Miß Guatemala" Rogelia Cruz, "vergewaltigten sie und schlugen sie nach unbeschreiblichen Greueln tot." ("Die Zeit"). 3 Tage später fand ein Bauer ihre Leiche unter einer Brücke in der Nähe von Guatemala-City (5, 24, siehe auch 25 und 32). Die FAR erklärte die USA für das Verbrechen verantwortlich und erschoß den Leiter der US-Militärmission Oberst Webber und einen Marineattache. "Beim anschließenden Feuergefecht in der Hauptstadt tötete die Polizei den Freund des ermordeten Mädchens" ("Die Zeit"). Ebenfalls 1968 entführte die "Weiße Hand" für 4 Tage den Erzbischof von Guatemala Casariego, der die guatemaltekische Sozialordnung als "außerordentlich ungerecht" ("Die Zeit" und "Der Spiegel" vom 13.4.70) bezeichnet hatte. Nachdem er von der Polizei befreit worden war, führte die FAR den nächsten, bis dahin

spektakulärsten Schlag: "Am 28. August 1968 wurde der US-Botschafter John Gordon Mein in der Hauptstadt mit Maschinenpistolen niedergeschossen." - "Präsident Mendez verhängte den Ausnahmezustand, ein verblüffendes Wort angesichts der Unruhe in Permanenz." ("Die Zeit") (5 und 25). Ebenfalls 1968 wurde der Großgrundbesitzer Alfonso Alejos getötet, auf dessen Ländereien ein Truppenübungsplatz und ein Flugplatz lag, auf dem 1954 die US-Bomber Richtung Guatemala-City starteten und 1961 die von der CIA unterstützte 'Schweinebucht-Invasion" in Kuba vorbereitet wurde (24 und 37).

Trotz dieser Welle von Terrorakten gelang es Präsident Mendez Montenegro als zweitem Staatschef Guatemalas, seine Amtszeit zu Ende zu bringen. Der Wahlkampf allerdings kostete weitere 30 Todesopfer. Die Guerillas hatten ihr Schlachtfeld im Herbst 1968 hauptsächlich nach Guatemala-City verlegt und erschossen hier rechte Politiker, Journalisten, Polizisten und einen Geheimdienstchef, warfen Bomben, setzten Geschäfte in Brand und kidnappten zum Schluß des Wahlkampfs den guatemaltekischen Außenminister Alberto Fuentes Mohr, der im Austausch gegen einen FAR-Guerilla freigelassen wurde. Die FAR hatte zur Wahlenthaltung aufgefordert und etwa 50 % der Wähler folgten dem Aufruf, so daß nur 10 % der Gesamtbevölkerung ihre Stimme abgaben. Es siegte der Oberst Carlos Arana, der den Ausrottungsfeldzug gegen die Landguerillas geleitet hatte und nach der Entführung des Erzbischofs vom Präsidenten Mendez ins Ausland abgeschoben worden war. Zwar gewann Arana nicht die erforderliche absolute Mehrheit, sondern nur 42,9 %, doch "niemand wagte sich dem Oberst, den die Armee stützt, zu widersetzen. Sein Rivale, der Kandidat der Regierungspartei, räumte freiwillig das Feld; der Kongreß bestimmte Arana zum nächsten Präsidenten" ("Der Spiegel" vom 13.4.70) (5 und 25). Arana "versprach, die Rebellen mit Stumpf und Stil auszurotten" und aus Guatemala ein "Bollwerk des Antikommunismus in Lateinamerika" zu machen. "Die FAR antwortete mit der Entführung des amerikanischen Botschaftssekretärs Sean Holly und erzwang damit die Freilassung von drei weiteren Gefangenen nach Mexiko." ("Die Zeit").

Das Ereignis, das auch das Interesse der deutschen Öffentlichkeit auf Guatemala richtete, fand am 31. März 1970 statt: Guerillos entführten den deutschen Botschafter Karl Graf von Spreti aus Guatemala-City. Sie verlangten die Freilassung von zunächst 16, später 22 politischen Gefangenen und über 2,5 Millionen DM Lösegeld. Nach Berichten der französischen Zeitung "Le Monde" wäre der der Verfassung nach noch amtierende Präsident Mendez Montenegro bereit gewesen, auf die Forderung der Entführer einzugehen. Doch Oberst Arana, der offiziell erst am 1. Juli sein Amt antreten sollte, und das Militär hätten sich jedem Tauschhandel widersetzt, da sie nicht bereit waren, das Völkerrecht über ihre eigenen Interessen zu stellen. Da auch die Guerillos unnachgiebig waren, wurde Graf von Spreti durch einen Schuß aus 30 cm Entfernung getötet. Als Reaktion der "Weißen Hand" wurde am 8. April, 3 Tage nach der Ermordung des deutschen Botschafters, ein ehemaliger Parlamentsabgeordneter von Mitgliedern einer Zivilmiliz erwürgt. Dies war sicherlich nicht das letzte Opfer im "Bürgerkrieg ohne Schützengräben" (so Vizepräsident Rojas) (5), der bis 1968 nach mexikanischen Schätzungen bereits 4000 Menschenleben gekostet hat (24).



Guerilla-Opfer Graf Spreti

SOZIO-ÖKONOMISCHE LAGE

Seit dem Sturz des Präsidenten Arbenz im Jahre 1954 verhinderten 7 Präsidenten, darunter 4 Militärdiktatoren, jede Reform (32). "Das Land machte seither 'buchstäblich keinen politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Fortschritt mehr.'" ("Der Spiegel" vom 26.2.68 zitiert die "Washington Post").

GUATEMALA
ist 109 000 km groß (zum Vergleich: DDR 107 901 km) (42),
besitzt 4 717 000 Einwohner (42)

DAVON
sind 97 % (5), 85 % (32) Mestizen und Indios und 53 % (43) Indios

sind 66 % (44), 70 % (45) Landbevölkerung und 74,8 % in der Landwirtschaft beschäftigt (46)

sind 88 % besitzlos oder Besitzer von unwirtschaftlichen Minifundien (47)

sind 75 % arm, d.h. sie verdienen durchschnittlich 80 Pf am Tag (32)

leben 75 % unter dem Existenzminimum (5).

Durchschnittliches Pro-Kopf-Jahreseinkommen 1966: 1160 DM (zum Ver-

gleich: BRD 8008 DM) (48).

Guatemala nahm 1968 476 Millionen Steuern ein. Davon waren nur 28 Millionen (5,9 %) Einkommenssteuer, der größte Teil aber Verbrauchssteuern, von denen vor allem die Armen getroffen werden (32).

In Guatemala
besitzen 2,2 % der Grundbesitzer 70 % des nutzbaren Bodens (von dem aber nur 10 % bearbeitet werden) (49)
besitzt die UFC 10 % des nutzbaren Bodens (32)
besitzt die UFC 95 % der Bananenplantagen (50).

Guatemala besitzt eine Monokultur:

Anteil eines Produkts am Gesamtexport Guatemalas:
Kaffee 73 % (im Durchschnitt 1957-60) (51)
Kaffee 59,7 %
Bananen 8,3 % (1961/62) (52)

Währungsreserven pro Kopf der Bevölkerung 1962:

Guatemala: 51 Schweizer Franken
Schweiz: 2028 Franken (53).

Anteil am Welthandel:

	Einfuhren 1950	Einfuhren 1961
Guatemala	0,12 %	0,11 %
Europa	44,22 %	48,94 %

	Ausfuhren 1950	Ausfuhren 1961
Guatemala	0,12 %	0,09 %
Europa	38,28 %	46,64 %

(54)

Sterblichkeitsziffer:
2,13 % (Europa: 1 %; Verhältnis 2,13:1)

Geburtenziffer:
4,87 % (Europa: 1,9 %; Verhältnis 2,56:1) (55)

Bevölkerungswachstum:
3,3 % jährlich (Europa: 0,9 %) (56)
Anzahl der Jahre ab 1961 bis zur Verdopplung der Bevölkerung:
Guatemala: 22 - USA: 41 (57)

Kindersterblichkeit unter den Indios:
55 % (43)

Lebenserwartung:
40 (5), 43 (58), 47 (56) Jahre

Analphabeten:
62 % (56)

Die Serie "Ideologiekritik" wird aus Platzmangel erst in der nächsten Nummer der "blätter" mit dem Schlußteil des Artikels zur Bildungshilfe fortgesetzt.



Quellenangaben

1) Der Spiegel Nr. 36 vom 31.8.70
2) sonstige Informationen über die Kolonialzeit: Molt/Maurer: "Lateinamerika - Eine politische Länderkunde" 1968
3) Der Spiegel Nr. 27 vom 30.6.54
4) Herbert Wendt: "Der schwarz weiß rote Kontinent", 1964, S. 117/18
5) Der Spiegel Nr. 16 vom 13.4.70
6) Der schwarz weiß rote Kontinent, S. 113/14
7) Kepner jr./Soothill: "The Banana Empire", S. 33
8) Kepner jr./Soothill: "The Banana Empire", S. 34/35
9) ebenda, S. 112/13
10) ebenda, S. 35
11) Carlos Widman in "Weltblick" Nr. 2/69: "Politik mit Pistolen in der Bananenrepublik", schon vorher erschienen in: "Süddeutsche Zeitung"
12) The Banana Empire, S. 353
13) ebenda, S. 36
14) Manuskript zur Sendung "Ole amigos" von Radio Bremen, S. 34
15) The Banana Empire, S. 66
16) ebenda, S. 70/71
17) ebenda, S. 72/73
18) ebenda, S. 262/276
19) ebenda, S. 269/70
20) Der schwarz weiß rote Kontinent, S. 119/20
21) Alejandro Magnet: "Politisches Panorama Lateinamerika", in: "Lateinamerika" mit Aufsätzen von 9 Autoren
22) Der Spiegel Nr. 16 vom 13.4.70 und Nr. 27 vom 30.6.54

Fortsetzung auf S.28